Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Juni 2016

Impressum

Herausgeber
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion
PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:
27. Mai 2016

Druck
Bonifatius GmbH, Paderborn

Bildnachweis
Kick Images – Jupiter Images (Titel), BMWi/Maurice Weiss (S. 2), EuroNorm (S. 5), Freepik (S. 8), Fotolia – DOC RABE Media (S. 11), Fotolia – maxsim (S. 14), Fotolia – Kara (S. 15), Fotolia – dimasobko (S.17), Fotolia – Tyler Olson (S. 20), Fotolia – verbaska (S. 21), Fotolia – kamasigns (S. 22), istock – George Clerk (S. 23), istock – Peter Hermus (S. 24), istock – EdStock (S. 26), istock – Aslan Alphan (S. 27), shutterstock – Scanrail1 (S. 29), Pixabay – 349658 (S. 31), shutterstock – Andrea Church (S. 32), Vege – Fotolia (S. 33), Michael Reitz/GIW-Kommission (S. 34 – 37)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.

Zertifikat seit 2002
audit berufundfamilie

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für seine familienfreundliche Personalpolitik ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.

FSC
www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C011558

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial 2

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen 4

Auf einen Blick 5

Überblick über die wirtschaftliche Lage 9

Die Reform des Vergaberechts 2016 11

Gesundheitswirtschaft: Gesamtdeutscher Wachstumsmotor 17

Bleiben oder Nicht-Bleiben – das ist hier die Frage: Das EU-Referendum im Vereinigten Königreich 22

Wettbewerbliche Ausschreibungen für Stromeffizienz am Start 29

Potenziale für die Wirtschaft: Über den Nutzen von offenen (Geo-)Daten 33

II. Wirtschaftliche Lage 39

Internationale Wirtschaftsentwicklung 40

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 42

III. Übersichten und Grafiken 53

1. Gesamtwirtschaft 54
2. Produzierendes Gewerbe 62
3. Privater Konsum 70
4. Außenwirtschaft 72
5. Arbeitsmarkt 74
6. Preise 76
7. Monetäre Entwicklung 80

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse 82

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben 84

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Mit der Elektromobilität stehen wir vor einer technologischen Zeitenwende. Die Vorteile der neuen Technologie liegen auf der Hand: Lädt man Elektrofahrzeuge mit Strom aus Sonne und Wind, fahren sie praktisch ohne Schadstoffausstoß. Ziel der Bundesregierung ist es, die enormen Chancen der Elektromobilität für Umwelt und Klima zu nutzen und gleichzeitig die internationale Spitzenposition der deutschen Automobilindustrie zu erhalten.

Bereits im Mai 2011 haben wir das Regierungsprogramm „Elektromobilität“ verabschiedet. Eine Million Elektrofahrzeuge in Deutschland bis zum Jahr 2020 waren die Zielmarke. Von diesem Ziel sind wir mit derzeit rund 55.000 Elektroautos auf Deutschlands Straßen noch weit entfernt. Damit sich die Elektromobilität künftig schneller verbreitet, haben wir am 18. Mai im Bundeskabinett ein umfassendes Maßnahmenpaket beschlossen. Wir wollen auf dem deutschen Markt zeigen, dass wir die neuen Antriebsformen beherrschen und sie massenmarktfähig machen können. Gemeinsam mit der Industrie wollen wir den notwendigen Strukturwandel in der Automobilindustrie anschieben und mit neuen Anreizen zu einer schnelleren Verbreitung dieser innovativen Technologie beitragen. Fortschritte bei der Elektromobilität sind entscheidend für die Zukunft des Automobilstandortes Deutschland.

Wer ein Elektrofahrzeug kauft, kann nun eine Kaufprämie bekommen – 4.000 Euro für rein elektrische Fahrzeuge und 3.000 Euro für Plug-In-Hybride. Finanziert wird dies je zur Hälfte durch den Bund und die Automobilindustrie. Gefördert wird, bis die vorgesehenen Bundesmittel in Höhe von 600 Millionen Euro aufgebraucht sind, längstens jedoch bis 2019. Es stehen somit Kaufprämien für bis zu 400.000 Fahrzeuge zur Verfügung. Hinzu kommen steuerliche Entlastungen: Käufer von neuen Elektrofahrzeugen sollen künftig für zehn statt für fünf Jahre von der Kfz-Steuer befreit werden. Wer sein Elektroauto im Betrieb des Arbeitgebers aufladen darf, muss diese „Tankfüllung“ nicht als geldwerten Vorteil versteuern. Ein wichtiges Element des Förderpakets ist auch der flächendeckende Ausbau der Ladeinfrastruktur. An Tankstellen und Autohöfen, Einkaufs- und Sportzentren, Carsharing-Stationen, Bahnhöfen und Flughäfen sollen Ladesäulen zur Verfügung stehen. Von 2017 bis 2020 werden wir 200 Millionen Euro für den Ausbau der Schnellladeinfrastruktur verwenden und 100 Millionen Euro für normale Ladesäulen.

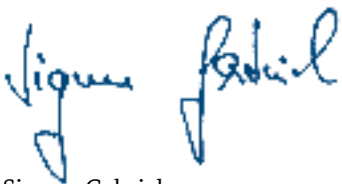
In diesem Monatsbericht erhalten Sie darüber hinaus interessante Einblicke in weitere Themen. Wir informieren Sie ausführlich über die Reform des Rechtsrahmens für die Vergabe öffentlicher Aufträge, einem wichtigen Schritt zu weniger Bürokratie. Wir haben das Vergaberecht modernisiert, vereinfacht und anwenderfreundlicher gestaltet. Öffentliche Auftraggeber und Unternehmen erhalten dadurch zukünftig mehr Flexibilität bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Die größte Reform des Vergaberechts seit über zehn Jahren ist am 18. April 2016 in Kraft getreten.

Sie erfahren außerdem etwas über die weiter wachsende deutsche Gesundheitswirtschaft, über das britische Referendum zum Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union und über unser Programm „STEP up!“, mit dem wir Fördermittel für die besten Investitionen in Energieeffizienz vergeben.

Außerdem berichten wir über den Open-Data-Fachkongress, bei dem Unternehmer und Experten aus Verwaltung und Zivilgesellschaft über die Chancen frei verfügbarer Daten und über Nutzungsmöglichkeiten für die Wirtschaft diskutierten. In „Auf einen Blick“ ziehen wir Bilanz über die Veranstaltungsreihe „Von der Idee zum Markterfolg“, in der wir seit Oktober 2015 Fördermöglichkeiten für innovative Gründer und mittelständische Unternehmen vorstellen.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre der neuen Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“!

Ihr



Sigmar Gabriel
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I.
Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Abschluss der Roadshow des BMWi – Von der Idee zum Markterfolg

Gezielt zu den Unternehmen gehen, zu Innovationen ermuntern und konkrete Hilfestellungen aufzeigen – das waren die Ziele der bundesweiten Roadshow „Von der Idee zum Markterfolg“, einer Veranstaltungsreihe des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). Seit Oktober 2015 haben weit über 1.000 Gründerinnen und Gründer, Mittelständler sowie Interessenten aus Wissenschaft und Forschung die Gelegenheit genutzt, sich vor Ort über die unterschiedlichen Unterstützungsleistungen für innovative Gründungen und mittelständische Unternehmen zu informieren.

Die Veranstaltungen wurden in acht Regionen zusammen mit regionalen Partnern – zumeist mit Industrie- und Handelskammern – durchgeführt. Die Roadshow machte vor allem in regionalen Zentren Halt, wie in Frankfurt am Main, Hannover oder Chemnitz. Aber auch kleinere Städte wie Mülheim an der Ruhr in Nordrhein-Westfalen oder Suhl in Thüringen standen auf dem Programm. Daneben wurde das Thema bei wichtigen Branchen-Veranstaltungen platziert, etwa auf der Hannover-Messe. Ihren Abschluss findet die Roadshow am 2. Juni 2016 auf dem diesjährigen Innovationstag Mittelstand im BMWi.

Zum Hintergrund: Gründungen und Innovationen sind Motor des strukturellen Wandels. Kreative Ideen und innovative Geschäftsmodelle modernisieren die Wirtschaftsstruktur, erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit und schaffen neue Arbeitsplätze.

Das BMWi bietet daher gezielte Förderprogramme, um die Innovationskraft mittelständischer Unternehmen zu stärken und Start-ups den Weg zu ebnen. Die technologieoffenen Programme für den Mittelstand unterstützen die Unternehmen bei der Realisierung ganz unterschiedlicher Projekte. Sie reichen von der Idee bis in den Markt und sind auf die verschiedenen Bedürfnisse und Herausforderungen zugeschnitten. Die Antrags- und Genehmigungsverfahren sind dabei so unbürokratisch und schnell wie möglich.

Doch welches Förderprogramm kommt für wen infrage und an wen kann man sich wenden? Hierzu boten die Veranstaltungen konkrete Antworten, Erfahrungen und Praxisbeispiele.

Die Förderprogramme des BMWi lassen sich dabei in vier Programmfamilien gruppieren:

- Antrieb für innovative Gründungen: INVEST, High-Tech Gründerfonds (HTGF)
- Impulse für mehr Innovationskompetenz: Innovationsgutscheine go-innovativ, Modellversuch go-digital, go-cluster
- Perspektiven für effizienteren Technologietransfer: Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF), Innovationskompetenz Ost (INNO-KOM-Ost), Wissens- und Technologietransfer durch Patente und Normen (WIPANO)
- Chancen für marktorientierte Technologieprojekte: Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)

Das BMWi stellt für die Förderprogramme 2016 insgesamt rund 800 Millionen Euro zur Verfügung. Hinzu kommt das Fondsvermögen des High-Tech Gründerfonds.

Die Förderung ist grundsätzlich offen für unterschiedliche Technologien und Branchen. Schließlich lassen sich marktgetriebene Innovationen und Investitionen mit wirtschaftlicher Perspektive durch die technologieoffenen Förderinstrumente besonders gut realisieren. Denn die Unternehmen haben die Zukunftsthemen selbst am besten im Blick. Damit wird der Innovationsstandort Deutschland gestärkt und die Technologieführerschaft ausgebaut.

Kontakt: Claudia Flügel
Referat: Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Juni 2016	
06.06.	Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie (Energie)
06.06.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (April)
07.06.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (April)
10.06.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
16./17.06.	Eurogruppe und ECOFIN
28./29.06.	Europäischer Rat
Ende Juni 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Juli 2016	
06.07.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Mai)
07.07.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Mai)
12.07.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
11./12.07.	Eurogruppe/Ecofin
12./13.07.	Informeller Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie (Energie)
17. – 19.07.	Informeller Wettbewerbsfähigkeitsrat
Ende Juli 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
August 2016	
05.08.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Juni)
08.08.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juni)
11.08.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
Ende August 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

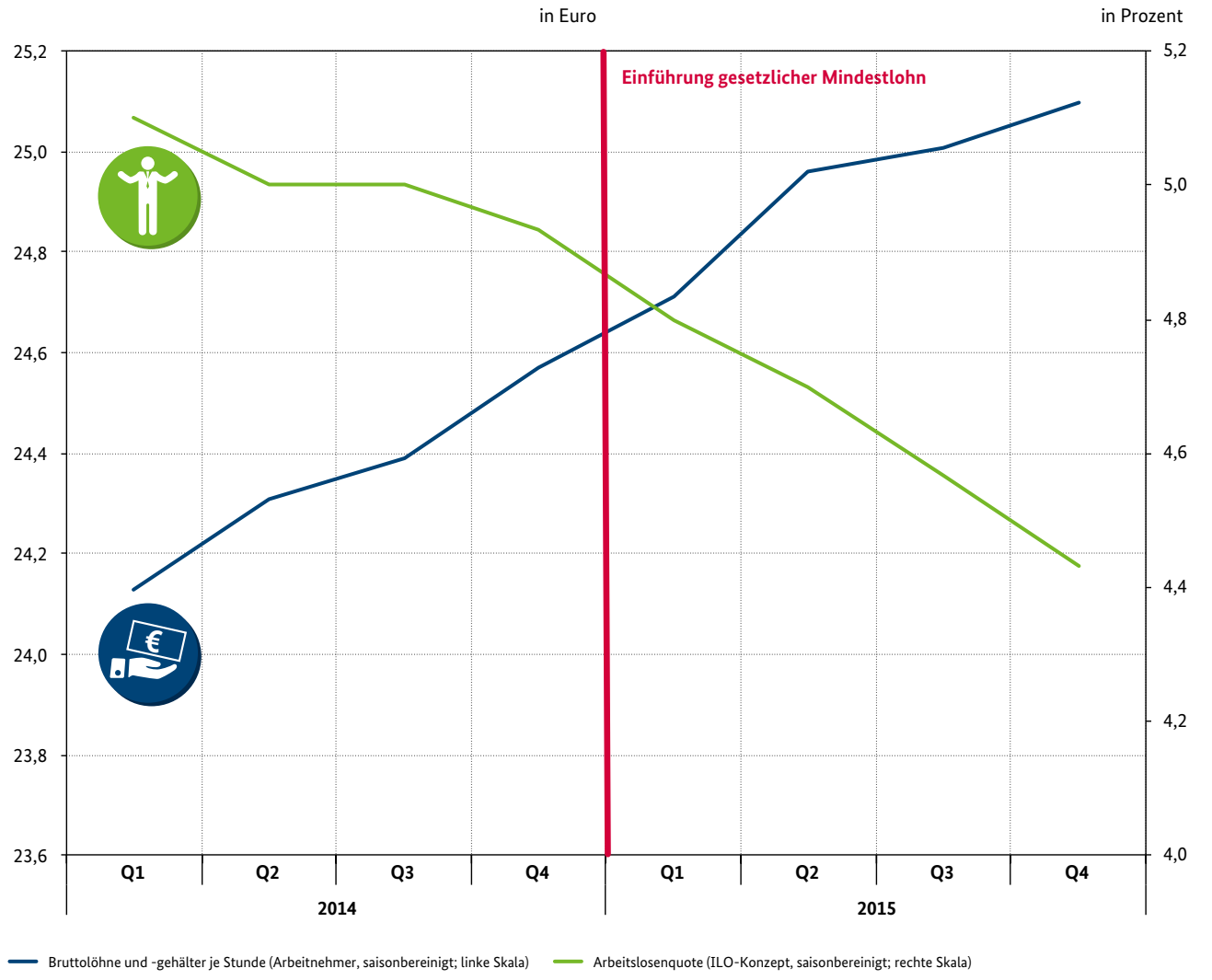
Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html

Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:
http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html

Grafik des Monats

Der Mindestlohn ...

... hat nach bisherigen Erkenntnissen derzeit keine ungünstigen Nebenwirkungen auf den Arbeitsmarkt, der sich in Deutschland weiterhin hervorragend entwickelt. Die Arbeitslosenquote – hier gemessen anhand des Konzepts der Internationalen Arbeitsorganisation ILO – geht im langjährigen Trend deutlich zurück und erreicht mittlerweile das niedrigste Niveau seit der Wiedervereinigung. Die Stundenlöhne der Arbeitnehmer stiegen in den letzten Jahren spürbar an. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns hat an diesem Bild nichts geändert. Bei recht kräftigen Lohnzuwächsen im Verlauf des Jahres 2015 lag die Arbeitslosenquote im vierten Quartal 2015 im Vergleich zum selben Quartal des Vorjahres um etwa ½ Prozentpunkt niedriger. Empirische Untersuchungen des BMWi bestätigen diesen Eindruck. In Regionen, in denen besonders viele Beschäftigte durch die Einführung des Mindestlohns betroffen waren, entwickelten sich Arbeitslosigkeit und Beschäftigung nicht schlechter als in weniger stark betroffenen Regionen.



Quelle: Statistisches Bundesamt, in Anlehnung an Darstellungen des Internationalen Währungsfonds

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- Die deutsche Wirtschaft ist gut in das Jahr 2016 gestartet.
- Das außenwirtschaftliche Umfeld hellt sich nur langsam auf. Im ersten Quartal dürften vom Außenhandel kaum positive Impulse ausgegangen sein.
- Industrie und Baugewerbe verbuchten im ersten Quartal ein Produktionsplus. Auch die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe nahmen etwas zu.
- Die Beschäftigung in den Dienstleistungsbereichen wurde weiter deutlich erhöht.

Die deutsche Wirtschaft ist gut in das Jahr 2016 gestartet. Gemäß der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 13. Mai 2016 nahm die wirtschaftliche Aktivität in den ersten drei Monaten saisonal bereinigt um 0,7 % kräftig zu.[1] Getragen wurde das Wachstum vornehmlich von den binnenwirtschaftlich orientierten Komponenten des Bruttoinlandsprodukts. Aber auch die Ausfuhren haben sich in den letzten Monaten etwas belebt. Die Erwerbstätigkeit nahm im ersten Vierteljahr weiterhin merklich zu, wobei neue Beschäftigung vornehmlich in den Dienstleistungsbereichen entstand. Die Industrieproduktion war im ersten Quartal deutlich besser, als von vielen Seiten angesichts des schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds erwartet wurde, und die Bauproduktion profitierte spürbar vom milden Winter. Das stabile Preisniveau, die steigende Beschäftigung und zunehmende Einkommen der privaten Haushalte ermöglichten einen weiteren Anstieg der privaten Konsumausgaben. Konjunkturell stützend haben auch die staatlichen Ausgaben für die Versorgung der Flüchtlinge gewirkt. Nach den bisher vorliegenden Indikatoren dürften auch die Investitionen merklich zugenommen haben. Insbesondere im Kraftfahrzeugbereich kam es zu einem kräftigen Anstieg der Neuzulassungen in den ersten vier Monaten dieses Jahres.

Die Verunsicherung der Wirtschaft zu Jahresbeginn hat sich weiter zurückgebildet. Die konjunkturellen Aussichten der deutschen Wirtschaft werden von den Unternehmen wieder etwas besser eingeschätzt. Die aktuelle Lageeinschätzung seitens der Unternehmen ist nach wie vor günstig. Nach dem positiven Start in das Jahr 2016 dürfte sich das Wachstum der deutschen Wirtschaft im zweiten Vierteljahr dennoch etwas verlangsamen, weil die übliche Frühjahrsbelebung angesichts der milden Witterung im ersten Vierteljahr etwas schwächer ausfallen dürfte.

Die Weltwirtschaft wächst gegenwärtig nur moderat. Im laufenden Jahr dürfte ihr Wachstum nur wenig höher ausfallen als im Vorjahr. In den Vereinigten Staaten hat sich das Expansionstempo im ersten Quartal 2016 stark verlangsamt. Die Konjunktur in Japan ist ins Stocken geraten. Demgegenüber hat sich im Euroraum die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal beschleunigt. Unter den Schwellenländern verzeichnet China zwar weiterhin ein hohes Wachstum. Es verlangsamt sich aber weiter. Die aktuellen Frühindikatoren für die globale Wirtschaft deuten nur auf eine sehr allmähliche konjunkturelle Belebung hin.

Trotz des nach wie vor schwierigen Umfelds haben sich die deutschen Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen zuletzt etwas erholt. Nach der Zahlungsbilanzstatistik erhöhten sie sich nach einem spürbaren Anstieg im Februar um 4,2 % im März nochmals leicht um 0,1 %.[2] Im ersten Quartal ergab sich ein Plus der Ausfuhren um 1,2 % gegenüber dem Vorquartal. Die nominalen Einfuhren wurden im ersten Quartal um 0,7 % reduziert. Daraus ergaben sich Überschüsse in der Leistungsbilanz im ersten Quartal in Höhe von 65,7 Mrd. Euro (+7,5 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr). Da die Einfuhrpreise im ersten Quartal mit -2,6 % deutlich stärker gesunken sind als die Ausfuhrpreise (-0,7 %) dürften vom Außenhandel preisbereinigt dennoch keine positiven Impulse auf das Wirtschaftswachstum ausgegangen sein. Die Exportaussichten werden sich voraussichtlich nur langsam aufhellen.

Das Produzierende Gewerbe konnte seine Schwächephase der zweiten Jahreshälfte 2015 überwinden. Trotz eines Rückpralls der Produktion im März fiel das Ergebnis des ersten Quartals insgesamt sehr positiv aus. Sowohl die Produktion in der Industrie (+1,9 %) als auch im Baugewerbe (+3,4 %) wurde kräftig ausgeweitet. Die Energieerzeugung ging hingegen angesichts des milden Winters zurück (-1,4 %). Innerhalb der Industrie konnte das Produktionsvolumen im ersten Quartal in allen Hauptgruppen und über nahezu

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 18. Mai 2016 vorlagen.

2 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

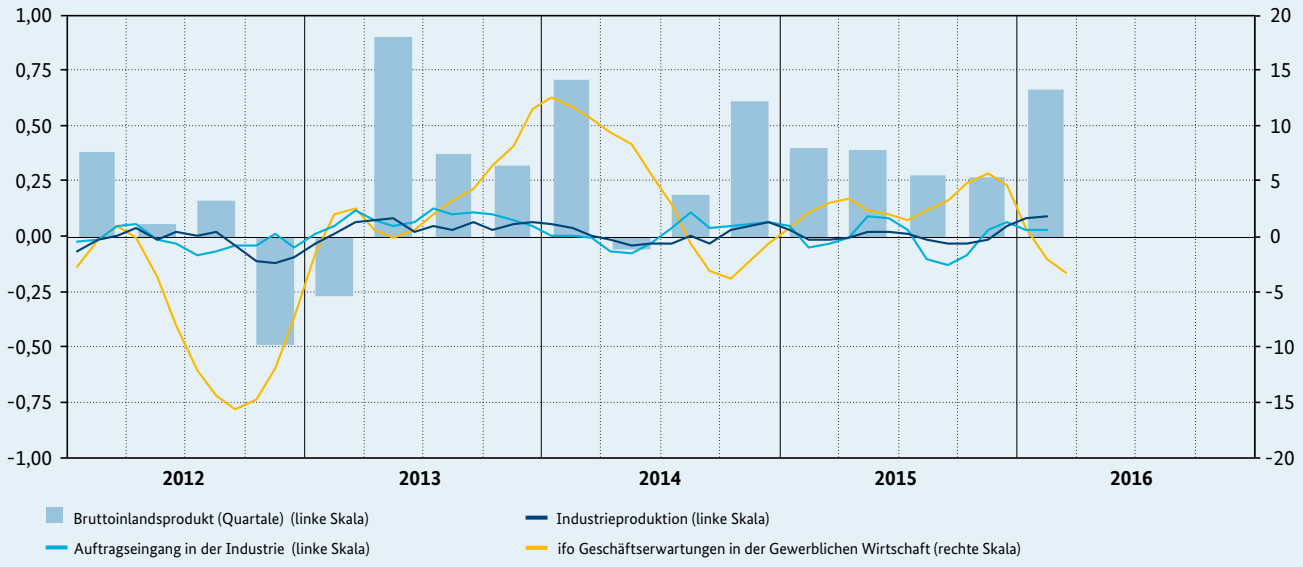
alle Branchen hinweg ausgeweitet werden. Bei den Umsätzen der Industrie waren zwar am aktuellen Rand leichte Rückgänge zu beobachten, für das Quartal insgesamt wurden jedoch sowohl mit dem In- als auch Ausland Umsatzzuwächse verzeichnet. Die Auftragseingänge expandierten bei leicht überdurchschnittlichen Großaufträgen im März spürbar und auch im Quartalsvergleich wurde ein Auftragsplus verbucht. Hier war jeweils ein Zuwachs der Auslandsnachfrage ausschlaggebend, wobei die positiven Impulse insbesondere aus Ländern außerhalb der Eurozone kamen. Die Bestellungen aus dem Inland gingen demgegenüber etwas zurück. Die Geschäftserwartungen der Industrie hellten sich weiter auf. Insgesamt dürfte die Industriekonjunktur moderat aufwärtsgerichtet bleiben.

Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte bleibt hoch. Insbesondere der Handel mit Kraftfahrzeugen verläuft seit einiger Zeit sehr dynamisch. Im Durchschnitt der Monate Januar und Februar fielen die Kfz-Umsätze gegenüber dem Jahresschlussquartal 2015 real um 4,5 % höher aus. Der sonstige Einzelhandel entwickelt sich seit Jahresbeginn dagegen etwas schwächer. Trotz eines kräftigeren Rückgangs im März konnte für das erste Quartal dennoch ein geringes Umsatzplus von 0,2 % verbucht werden. Insgesamt befindet sich die Stimmung unter Einzelhändlern auf einem hohen Niveau. Auch die Kauflaune der Verbraucher bleibt angesichts positiver Rahmenbedingungen nahezu ungebremst. Insbesondere der robuste Arbeitsmarkt und eine äußerst moderate Preisentwicklung sorgen dafür, dass der private Konsum als Stütze der Konjunktur bestehen bleibt.

Der positive Trend am Arbeitsmarkt hält an. Die Erwerbstätigkeit stieg im März gegenüber Februar um 44.000 Personen. Die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung blieb bemerkenswert hoch. Mit der Frühjahrsbelebung ist im April die registrierte Arbeitslosigkeit um 101.000 auf 2,74 Mio. Personen gesunken. In der saisonbereinigten Betrachtung ergab sich bei der Arbeitslosigkeit auch aufgrund des Anstiegs entlastender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gegenüber dem Vormonat ein Rückgang um 16.000 Personen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften bleibt hoch. Die Auswirkungen der kräftigen Zuwanderung durch Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt sind noch moderat, sie werden aber bei der Arbeitslosigkeit sichtbarer.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

Die Reform des Vergaberechts 2016

Modernes Vergaberecht sichert anwenderfreundlichen und flexiblen Einkauf der öffentlichen Hand

Am 18. April 2016 ist die größte Reform des Vergaberechts seit über zehn Jahren in Kraft getreten. Anlass war die Umsetzung von drei EU-Richtlinien, durch die die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen oberhalb bestimmter Schwellenwerte umfassend modernisiert wurde. Ziel der Reform ist es, anwendungsfreundliche und möglichst einfache Regeln für die Durchführung von Vergabeverfahren zu schaffen. Dazu gehört auch eine umfassende Digitalisierung der Verfahren. Im Zuge der Reform wurde in Deutschland auch das Vergabesystem insgesamt neu gestaltet und unnötig komplizierte Regelungsstrukturen wurden abgeschafft. Erstmals soll zudem eine valide Datenbasis über das öffentliche Auftragswesen in Deutschland geschaffen werden.

Die wirtschaftliche Bedeutung öffentlicher Aufträge

Bundesweit macht das jährliche Beschaffungsvolumen öffentlicher Institutionen geschätzt etwa zehn Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts oder rund 280 Milliarden Euro aus. Neben Ausgaben für den laufenden Betrieb der öffentlichen Hand sind Aufträge für öffentliche Investitionen ein besonders wichtiger Teil dieser Beschaffungen. Beispiele für öffentliche Aufträge sind der Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs, der Bau von Straßen oder die Ausstattung von Kindergärten, Schulen und Universitäten. Immer öfter entscheidet sich zudem die öffentliche Hand dafür, bestimmte Leistungen über die Vergabe von Konzessionen durch Private anbieten zu lassen, wie etwa den Betrieb von Freizeiteinrichtungen oder Parkhäusern. Für beides – öffentliche Aufträge wie Konzessionen – gilt: Die öffentliche Hand soll im Interesse des Steuerzahlers immer das wirtschaftlichste Preis-Leistungs-Verhältnis am Markt erzielen.

Das Vergaberecht legt fest, wie Bund, Länder und Kommunen vorgehen müssen, um Güter am Markt einzukaufen oder Bau- und Dienstleistungen in Auftrag zu geben. Es soll sicherstellen, dass Haushaltsmittel wirtschaftlich und in einem wettbewerblichen, transparenten und nicht-diskriminierenden Verfahren eingesetzt werden. Je effizienter die Verfahren ablaufen, umso wirtschaftlicher fallen die öffentlichen Investitionen aus. Umgekehrt können schwerfällige Verfahren und komplexe Regelwerke Investitionen verteuern oder verhindern.

Ein modernes Vergaberecht für Deutschland

Mit den neuen Regelungen wird ein übersichtliches und leichter handhabbares Regelwerk für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen eingeführt. Die Regelungen auf Gesetz- und auf Verordnungsebene werden stärker gegliedert und besser strukturiert. Dadurch wird es für die öffentliche Hand ebenso wie für Unternehmen

Tabelle 1: EU-Schwellenwerte für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen

Auftragsart	Schwellenwerte
Liefer- und Dienstleistungsaufträge von öffentlichen Auftraggebern (nur oberste, obere Bundesbehörden und vergleichbare Bundeseinrichtungen)	135.000 Euro
Liefer- und Dienstleistungsaufträge für alle anderen öffentlichen Auftraggeber	209.000 Euro
Bauaufträge von öffentlichen Auftraggebern	5.225.000 Euro
Soziale u. andere besondere Dienstleistungen von öffentlichen Auftraggebern	750.000 Euro
Liefer- und Dienstleistungsaufträge von Sektorenauftraggebern*	418.000 Euro
Bauaufträge von Sektorenauftraggebern	5.225.000 Euro
Verteidigungs- und sicherheitsspezifische Liefer- und Dienstleistungsaufträge	418.000 Euro
Verteidigungs- und sicherheitsspezifische Bauaufträge	5.225.000 Euro
Konzessionen	5.225.000 Euro

* Sektorenauftraggeber sind – vereinfacht dargestellt – privatrechtliche Unternehmen, die auf dem Gebiet der Trinkwasserversorgung, der Energieversorgung (bestehend aus den Bereichen Elektrizitäts-, Gas- und Wärmeversorgung) und des Verkehrs tätig sind, sofern dies im Rahmen monopolähnlicher Strukturen erfolgt, die durch staatlichen Einfluss begründet wurden. Beispiele wären die Deutsche Bahn AG oder kommunale Stadtwerke.

Quelle: Delegierte Verordnung (EU) 2015/2171 der EU-Kommission vom 24.11.2015 (ABl. L 307/7); Delegierte Verordnung (EU) 2015/2170 der EU-Kommission vom 24.11.2015 (ABl. L 307/5); Art. 4 der Richtlinie 2014/24/EU vom 26.02.2014 (ABl. L 94/65); Richtlinie 2009/81/EG vom 13.07.2009 (ABl. L 216/76); Delegierte Verordnung (EU) 2015/2172 der EU-Kommission vom 24.11.2015 (ABl. L 307/9)

künftig einfacher werden, die jeweils einschlägigen Vorschriften zu ermitteln und sie anzuwenden. Die Reform gilt für Vergabeverfahren mit hohen Auftragswerten, die oberhalb der so genannten EU-Schwellenwerte liegen (siehe Tabelle 1). Anlass für die Reform war die Umsetzung von drei EU-Richtlinien aus dem Jahr 2014 in das deutsche Recht.

Das Reformwerk besteht aus dem neu gefassten Teil 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und mehreren neuen Rechtsverordnungen, die unterschiedliche Aspekte der öffentlichen Beschaffung, von der Vergabe „klassischer" öffentlicher Aufträge über die Vergabe von Konzessionen bis zur Schaffung einer Vergabestatistik, umfassen. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Rechtstexte:

- der neu gefasste **Teil 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)**, der neben dem Anwendungsbereich der Vorschriften grundlegende Prinzipien des Vergaberechts enthält und das Vergabeverfahren erstmals auf gesetzlicher Ebene vorzeichnet;

- **die Vergabeverordnung (VgV)**, mit der die Vergabe von öffentlichen Aufträgen durch öffentliche Auftraggeber näher ausgestaltet wird (so genannte „klassische Auftragsvergabe" – darin sind auch die Regelungen zur elektronischen Vergabe enthalten);

- **die Sektorenverordnung (SektVO)**, mit der die Vergabe von Aufträgen durch Sektorenauftraggeber (z. B. öffentliche Stadtwerke oder die Deutsche Bahn AG) für ihre Tätigkeit im Bereich des Verkehrs, der Trinkwasserversorgung und der Energieversorgung geregelt wird;

- die **Konzessionsvergabeverordnung (KonzVgV)**, die als neu zu erlassende Rechtsverordnung erstmals grundlegende Bestimmungen für die Vergabe von Bau- und Dienstleistungskonzessionen enthält;

- die **Vergabestatistikverordnung (VergStatVO)**, mit der erstmals eine Statistik über die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen eingeführt wird.

Anwenderfreundliche Vergabeverfahren

Struktur und Inhalt des bislang geltenden Vergaberechts waren sehr komplex. In der Vergangenheit wurden vergleichbare Fälle mehrfach und teilweise unterschiedlich geregelt, ohne dass es hierfür einen sachlichen Grund gab. Das galt etwa für den Ausschluss vom Vergabeverfahren, zum Beispiel im Falle einer Verurteilung wegen Wirtschaftsdelikten.

Alle wesentlichen Vorgaben zur Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen sind nun im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen enthalten. Dafür wurde das Gesetz umfassend überarbeitet. Erstmals wird im Gesetz neben den allgemeinen Grundsätzen des Vergaberechts auch der Ablauf des Vergabeverfahrens, von der Leistungsbeschreibung über die Festlegung von Eignungs- und Zuschlagskriterien bis hin zur Ausführung des Auftrags, vorgezeichnet. Das schafft Rechtssicherheit. Einzelheiten und Detailvorgaben regeln ergänzend die neue Vergabeverordnung, die Sektorenverordnung und die Konzessionsvergabeverordnung. Damit erhalten öffentliche Auftraggeber und Unternehmen gleichermaßen ein übersichtliches und leichter anwendbares Regelwerk.

Die Reform wurde auch dafür genutzt, eine – der Sache nach längst überfällige – moderate Strukturreform zu verwirklichen: Der ehemalige zweite Abschnitt von Teil A der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/A EG) sowie die Vergabeordnung für freiberufliche Dienstleistungen (VOF) wurden in die neue Vergabeverordnung überführt (siehe auch Abbildung 1). Die spezifischen Vorschriften zur Vergabe von Bauaufträgen bleiben dagegen zunächst weiterhin Bestandteil der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A EU). Allerdings haben Bundestag und Bundesrat die Bundesregierung während des Gesetzgebungsverfahrens aufgefordert, eine mögliche Anpassung im Rahmen der Evaluierung der jetzigen Reform zu prüfen und – soweit erforderlich – weitere Änderungen vorzuschlagen.

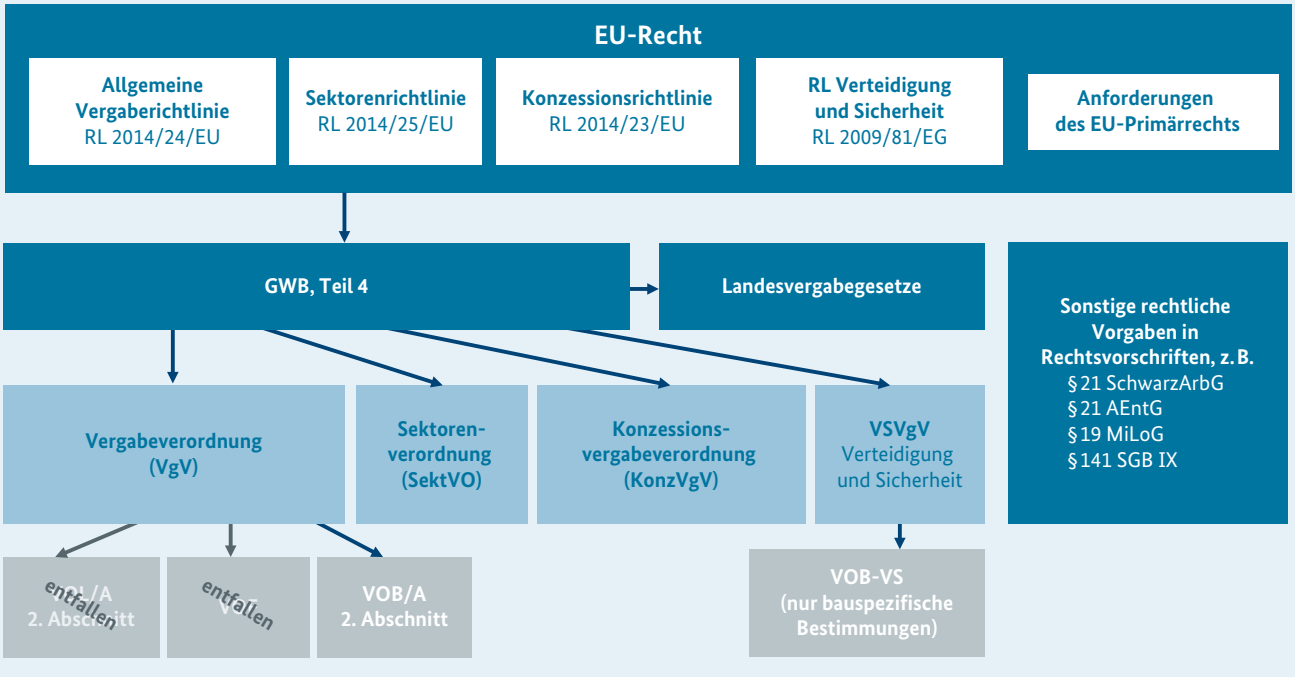
Durch die neuen Vorschriften wird den öffentlichen Auftraggebern in vielerlei Hinsicht mehr Flexibilität eingeräumt. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die freie Wahl zwischen offenen und nicht-offenen Verfahren. Künftig kann der Auftraggeber selbst frei entscheiden, ob er die Eignung der Unternehmen und die Wirtschaftlichkeit ihrer Angebote in einem Schritt prüft, indem er eine unbegrenzte Zahl von Unternehmen zur Angebotsabgabe auffordert (offenes Verfahren), oder ob im Rahmen eines Teilnahmewettbewerbs zunächst die geeigneten Unternehmen ermittelt werden und nur diese im Anschluss zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden (nicht offenes Verfahren). Dies kann zu mehr Verfahrenseffizienz auf beiden Seiten führen. Das Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb, das häufig das Verfahren der Wahl gerade bei komplexeren Aufträgen ist, kann vom öffentlichen Auftraggeber unter deutlich erleichterten Voraussetzungen gewählt werden. Neu eingeführt wurde die Verfahrensart der Innovationspartnerschaft, die die Beschaffung von Leistungen erleichtern soll, die es so am Markt noch gar nicht gibt und die daher erst für den Auftraggeber entwickelt und hergestellt werden müssen.

Häufig steht der Auftraggeber vor der Herausforderung, möglichst zügig die zu beschaffende Leistung zu erhalten. Hierbei helfen ihm verkürzte Mindestfristen und die Möglichkeit, durch Absprachen mit den Unternehmen Fristen individuell festzulegen.

Freiräume für Kommunen

Erstmals regelt das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen die Voraussetzungen für die Inhouse-Vergaben und die horizontale Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Stellen, bei denen kein Vergaberecht anzuwenden ist. Dadurch

Abbildung 1: Struktur und Aufbau des neuen Vergaberechts



Quelle: BMWi, Referat IB6

erhalten Städte, Kreise und Gemeinden ein hohes Maß an Rechtssicherheit, um Aufgaben der Daseinsvorsorge durch eigene Unternehmen oder durch Zusammenarbeit zu erfüllen. So haben Kommunen die Möglichkeit, ihre Kompetenzen effizient zu bündeln und lokale Verwaltungskapazitäten zu stärken. Ebenso wurden weitere Ausnahmen vom EU-Vergaberecht im Gesetz verankert, etwa für Konzessionen für die Versorgung mit Trinkwasser oder die Vergabe bestimmter Rettungsdienste an gemeinnützige Organisationen.

Vergaben werden digital

Mit der Reform ist auch das Vergaberecht im digitalen Zeitalter angekommen: Die Kommunikation zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer und der Austausch von Dokumenten werden künftig grundsätzlich elektronisch ablaufen. Dies beschleunigt die Verfahren. Die Bundesregierung hat sich auf Vorschlag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie bewusst dagegen entschieden, die Verwendung elektronischer Signaturen vorzuschreiben. Der Grund ist, dass möglichst wenig Barrieren für die Digitalisierung der Vergabeverfahren errichtet werden sollen.

Es wurde darauf geachtet, dass sowohl die öffentliche Hand als auch die Wirtschaft ausreichend Zeit für die erforderlichen technischen Anpassungen erhalten. Bisher schon musste die Bekanntmachung eines öffentlichen Auftrags oberhalb der EU-Schwellenwerte elektronisch erfolgen. Seit dem 18. April 2016 müssen außerdem die Vergabeunterlagen, insbesondere die Leistungsbeschreibung, online und ohne weitere Beschränkungen verfügbar sein. Spätestens zum 18. Oktober 2018 wird dann das gesamte Vergabeverfahren ohne Papier abgewickelt, da ab diesem Zeitpunkt auch die Teilnahmeanträge und Angebote nur noch elektronisch übermittelt werden können.

Soziale Vorgaben stärken, innovativ und nachhaltig beschaffen

Das neue Vergaberecht schützt die Arbeitnehmer, wenn öffentliche Aufträge ausgeführt werden. Der bundesweite gesetzliche Mindestlohn und für allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge sind zwingend einzuhalten. Verstöße gegen das Arbeits-, Sozial- und Umweltrecht können zum Ausschluss von Unternehmen von Vergabeverfahren führen.

Die Belange von Menschen mit Behinderung werden stärker berücksichtigt. So ist künftig bei jeder Beschaffung, deren Gegenstand für die Nutzung durch Menschen bestimmt ist, die Barrierefreiheit im Rahmen der Beschreibung der zu erbringenden Leistung zwingend zu berücksichtigen. Erstmals erhalten öffentliche Auftraggeber die Möglichkeit, Aufträge gezielt nur für Werkstätten für behinderte Menschen oder Sozialunternehmen auszuschreiben.

Auch bei der Stärkung von Innovation und Nachhaltigkeit kommt der öffentlichen Hand eine Vorbildwirkung zu. Das neue Vergaberecht erweitert daher die Möglichkeiten, die Beachtung innovativer, sozialer und ökologischer Aspekte vorzugeben – und dies auf allen Stufen des Vergabeverfahrens, insbesondere bei der Leistungsbeschreibung und den Zuschlagskriterien. Wenn der öffentliche Auftraggeber es vorgibt, kann sich künftig zum Beispiel ein Produkt aus fairem Handel, das unter Berücksichtigung der ILO-Kernarbeitsnormen hergestellt wurde, gegenüber konventionellen Leistungen durchsetzen, auch wenn es für einen höheren Preis angeboten wird. Der öffentliche Auftraggeber kann seine Vorgaben auch dadurch durchsetzen, dass er die Vorlage von Siegeln verlangt, sofern diese bestimmte Mindestanforderungen erfüllen.

Aufträge für den Mittelstand

Das deutsche Vergaberecht ist heute bereits ein Vorbild für das EU-Recht, wenn es um den Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen geht. Das neue Vergaberecht bleibt bei dem Grundsatz, dass Aufträge verpflichtend in Lose aufzuteilen sind, da hohe Auftragsvolumina kleine und mittlere Unternehmen überfordern können.

Wichtig ist auch, sicherzustellen, dass die Anforderungen etwa an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bieter in einem angemessenen Verhältnis zur tatsächlich zu erbringenden Leistung stehen. Anderenfalls würden kleine und mittlere Unternehmen durch überzogene Anforderungen an ihre Leistungsfähigkeit diskriminiert. Auch Newcomer müssen bei öffentlichen Aufträgen eine echte Chance haben. Das stellen Gesetz und Verordnung sicher.

Spielräume bei sozialen Dienstleistungen

Bei der Vergabe sozialer Dienstleistungen etwa in den Bereichen Arbeit, Gesundheit oder Bildung können Auftraggeber nach dem neuen Vergaberecht zwischen allen wettbewerblichen Verfahrensarten frei wählen. Hinzu treten weitere Erleichterungen etwa bei der Fristsetzung, der Dauer von Rahmenvereinbarungen und der Änderung laufender Aufträge. Bei den Kriterien für den Zuschlag können insbesondere der Erfolg und die Qualität bereits erbrachter Leistungen berücksichtigt werden. So fließen beispielsweise in die Bewertung der Angebote für Arbeitsmarktdienstleistungen die Eingliederungs- und Abbruchquoten ein.

Konzessionen

Erstmals sieht die neue EU-Konzessionsrichtlinie europaweit ein einheitliches Vergabeverfahren für Bau- und Dienstleistungskonzessionen vor. Betroffen sind zum Beispiel Baukonzessionen für Freizeiteinrichtungen und Parkhäuser oder Dienstleistungskonzessionen zum Betrieb von Raststätten oder Kantinen.

Die europäischen Vorgaben lassen bei der Ausgestaltung des Verfahrens zur Vergabe von Konzessionen einen großen Gestaltungsspielraum. Insbesondere sind Auftraggeber nicht an bestimmte Verfahrensarten gebunden. Diese Flexibilität wurde bei der Umsetzung in das deutsche Vergaberecht vollumfänglich erhalten. Da Auftraggeber wie zum Beispiel Kommunen in der Praxis oftmals gleichermaßen öffentliche Aufträge und Konzessionen vergeben, wurden allerdings einzelne Prüfschritte bei der Konzessionsvergabe an das Vergabeverfahren für öffentliche Aufträge angeglichen.

Nach dem Motto „so flexibel und einfach wie möglich“ soll Praktikern die Anwendung des neuen Konzessionsvergaberechts möglichst erleichtert werden. Auftraggebern wird dazu insbesondere ein solides Prüfraster an die Hand gegeben, um die Vergabe von Konzessionen effizient und rechtssicher durchführen zu können.

Sektorenauftragsvergabe

Die Auftragsvergabe in bestimmten Sektoren, wie etwa die Versorgung mit Verkehrsleistungen und Energie, wird auch weiterhin in einer eigenständigen Verordnung geregelt. In diesem Bereich gilt ein erleichtertes Vergaberegime, das zum Beispiel die freie Wahl der Verfahrensarten und mehr Flexibilität bei der Festlegung der Eignungskriterien ermöglicht. Davon profitieren maßgeblich der Sektorenauftraggeber Deutsche Bahn für den Verkehrssektor und die kommunale Versorgungswirtschaft (wie etwa kommunale Stadtwerke).

Schließlich besteht im Sektorenvergaberecht im Einzelfall die Möglichkeit, bestimmte Bereiche vom Vergaberecht auszunehmen. Hierzu ist ein Antrag bei der EU-Kommission zu stellen, der dann genehmigungsfähig ist, wenn der zugrundeliegende Markt ungehindert und frei zugänglich ist und auf diesem ausreichend Wettbewerb herrscht.

Vergabestatistik

Die neue Vergabestatistikverordnung sieht erstmals vor, dass in Deutschland die grundlegenden Daten zu öffentlichen Aufträgen flächendeckend statistisch erfasst werden. Bislang verfügen Bund, Länder und Kommunen über keine valide Datenbasis. Solche Daten sind aber wichtig, auch um die volkswirtschaftliche Bedeutung der Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen besser einschätzen zu können. Dies ist auch im Kontext der Investitionsstrategie der Bundesregierung von Bedeutung. Zudem bestehen Statistikpflichten gegenüber der EU-Kommission, die nur auf der Grundlage gesicherter Daten erfüllt werden können. Die Pflicht zur Übermittlung relevanter Daten liegt nicht bei den Unternehmen, sondern beim öffentlichen Auftraggeber. Sie soll durch automatisierte Abfragen nur zu sehr geringem Mehraufwand führen.

Nach der Reform ist vor der Reform

Die neuen Vorschriften enthalten eine Vielzahl von Erleichterungen und können durch den öffentlichen Auftraggeber häufig flexibler angewendet werden als zuvor. Sie gelten jedoch zunächst nur für die Vergabe öffentlicher Aufträge oberhalb der EU-Schwellenwerte. Daher liegt es nahe, auch die Regeln für die Vergabe von Aufträgen unterhalb der EU-Schwellenwerte entsprechend anzupassen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird in Abstimmung mit allen beteiligten Kreisen auch eine Reform für diesen Teil des Vergaberechts zeitnah in Angriff nehmen. Es prüft zudem die Schaffung eines bundesweiten Korruptionsregisters. Mit diesem Register soll den Auftraggebern die Prüfung erleichtert werden, ob bei einem Unternehmen Gründe für den Ausschluss vom Vergabeverfahren vorliegen.

Weitere Informationen zur Reform erhalten Sie auch unter

bit.ly/BMWi_Reform_Vergaberecht

Kontakt: Andreas Rüger, Dr. Daniela Hein-Dittrich, Dr. Sandra Voos, Dr. Daniel Fülling, Hans-Peter Müller und Dr. Ute von Oertzen Becker
Referat: Öffentliche Aufträge, Immobilienwirtschaft

Gesundheitswirtschaft: Gesamtdeutscher Wachstumsmotor

Die Gesundheitswirtschaft schafft Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Ost- und Westdeutschland

Am 18. April 2016 stellte Iris Gleicke, die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, die aktualisierten Ergebnisse der Gesundheitswirtschaftlichen Gesamtrechnung (GGR) vor. Zu diesem Anlass wurde eine Sonderauswertung zur Gesundheitswirtschaft in Ost- und Westdeutschland präsentiert. Zentrale Ergebnisse beider Studien: Die Gesundheitswirtschaft wächst nach wie vor stärker als die Gesamtwirtschaft – und das in beiden Teilen Deutschlands.

Leistungsfähige Gesundheitsversorgung ist essenziell für den Wirtschaftsstandort Deutschland

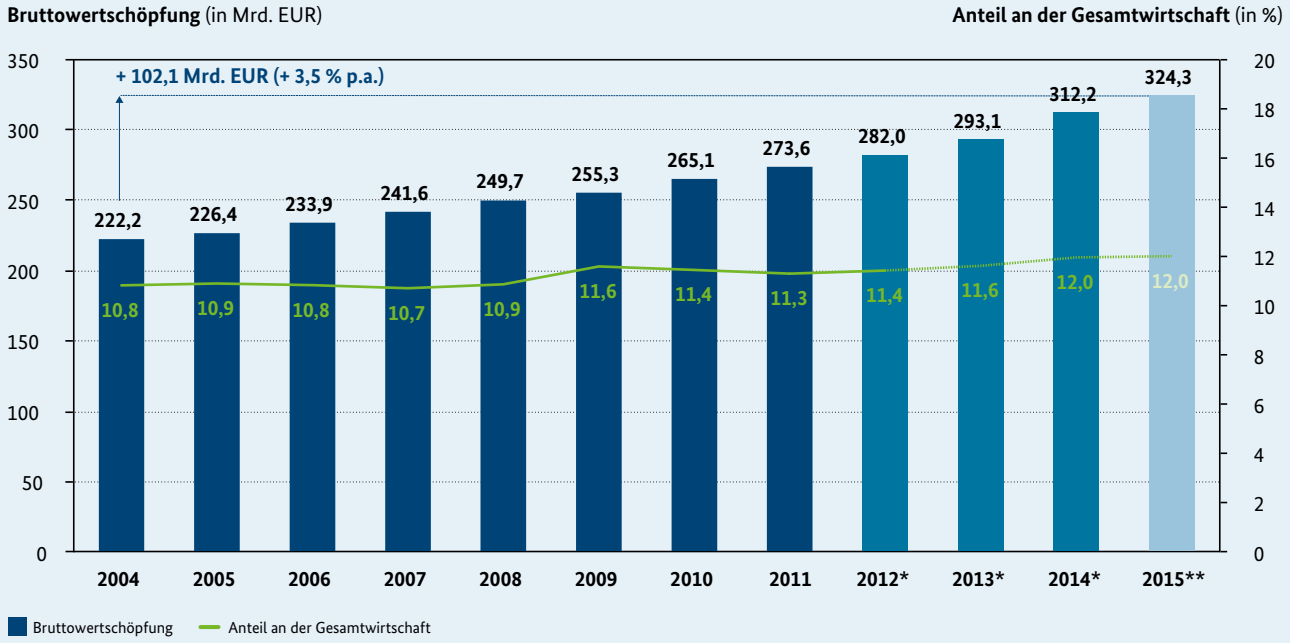
Gesundheit ist ein kostbares Gut – für jeden Einzelnen, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes. Gesundheit ist eine Grundvoraussetzung für ein unbeschwertes, erfülltes Leben, aber auch eine notwendige Bedingung für Produktivität und Wohlstand. Die solidarische gesetzliche Krankenversicherung, auf der die leistungsfähige Gesundheitsversorgung in Deutschland fußt, ist ein Grundpfeiler der deutschen Wirtschafts- und Sozialordnung. Der Anstieg der Lebenserwartung in Gesamtdeutschland seit der Wiedervereinigung – vor allem in den neuen Ländern – ist nicht zuletzt auch auf die enormen Fortschritte im Gesundheitswesen zurückzuführen.

Die Gesundheitswirtschaft selbst hat sich zu einer herausragenden Wirtschaftsbranche entwickelt. Sie beschäftigt inzwischen in Deutschland knapp 16 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung und erwirtschaftet dabei 12 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wegen ihrer großen wirtschaftlichen Bedeutung lässt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Entwicklung der Gesundheitswirtschaft regelmäßig quantitativ untersuchen. Die aktuellen Ergebnisse der GGR liegen nun für das Jahr 2015 vor.

Die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft nimmt zu

Wie die GGR zeigt, erwirtschaftete die Gesundheitswirtschaft in Deutschland im Jahr 2015 eine Bruttowertschöpfung von 324 Milliarden Euro. Über die letzten zehn Jahre ist ihre Wertschöpfung stetig gewachsen. Dabei lag die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate mit 3,5 Prozent sogar um mehr als ein Prozentpunkt über der Zunahme der Gesamtwirtschaft. Im Jahr 2015 arbeiteten 6,8 Millionen Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft – somit beschäftigte sie rund jeden sechsten Erwerbstätigen in Deutschland. Im Durchschnitt stieg die Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft um 1,4 Prozent pro Jahr – ein Anstieg um insgesamt 900.000 Erwerbstätige in den letzten zehn Jahren.

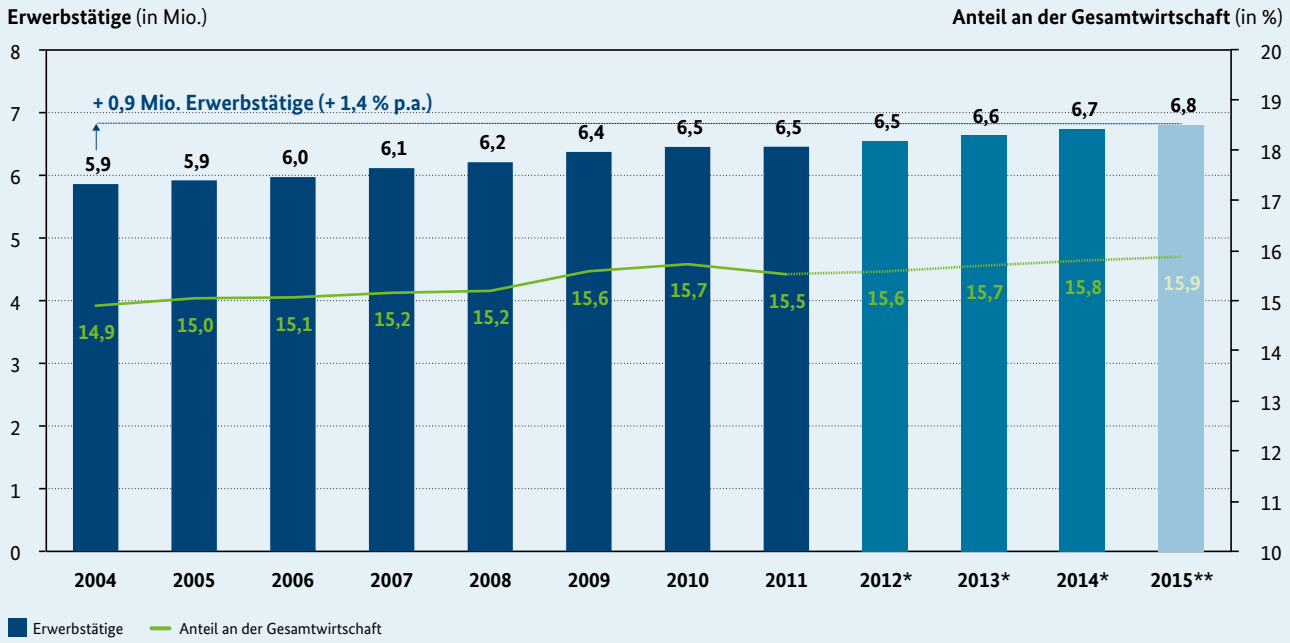
Abbildung 1: Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft, in jeweiligen Preisen, 2004 – 2015



* Fortschreibung
** Prognose

Quelle: Gesundheitswirtschaft Fakten und Zahlen, Ausgabe 2015

Abbildung 2: Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft, 2004 – 2015



* Fortschreibung
** Prognose

Quelle: Gesundheitswirtschaft Fakten und Zahlen, Ausgabe 2015

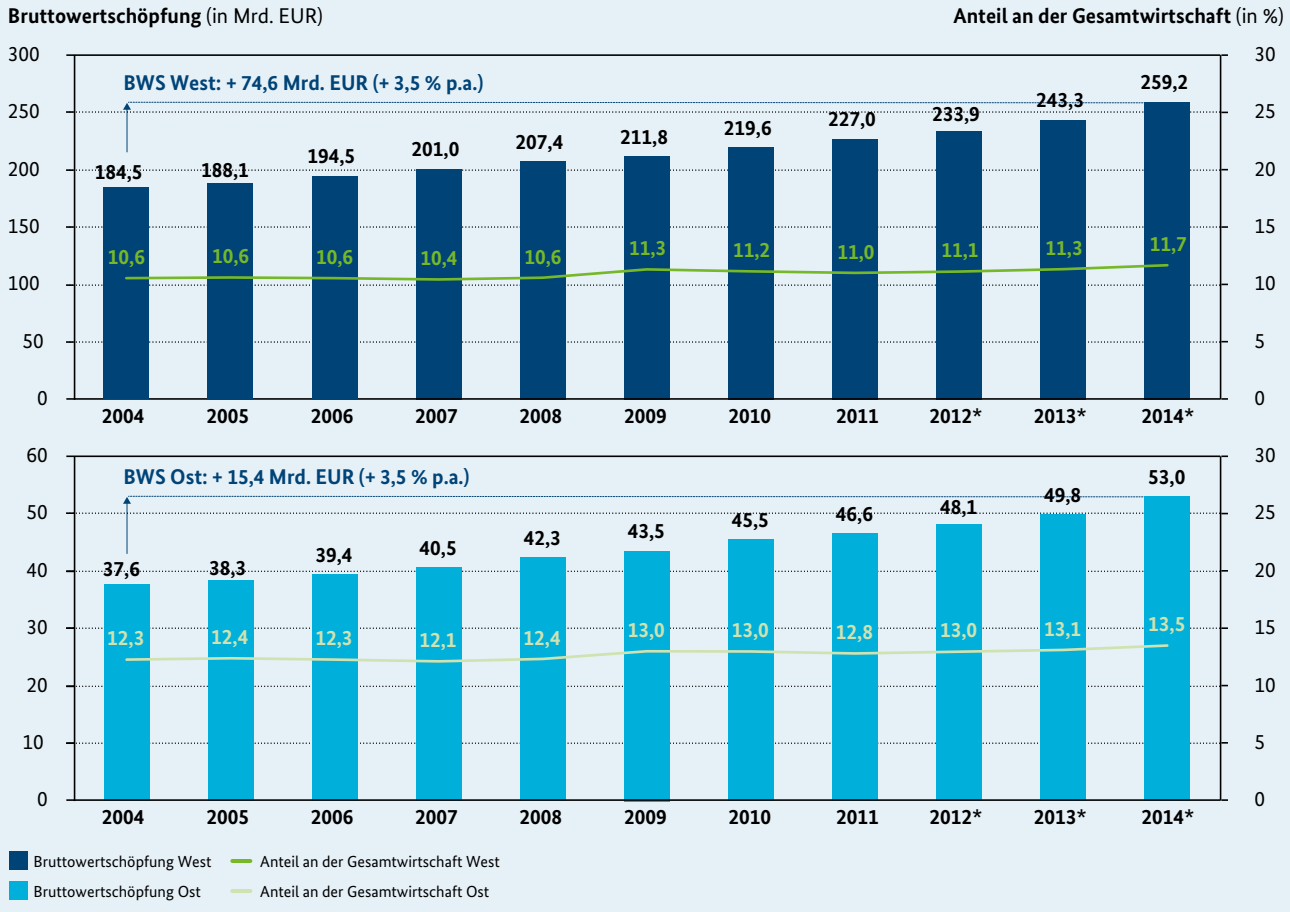
Innerhalb der Branche unterscheidet man zwischen der industriellen und der dienstleistungsorientierten Gesundheitswirtschaft. Die industrielle Gesundheitswirtschaft ist geprägt von der Pharma- und der Medizintechnikbranche sowie dem Handel mit Gütern der Gesundheitswirtschaft. Die industrielle Gesundheitswirtschaft erbringt knapp ein Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft. Der weitaus größere Teil der Bruttowertschöpfung entsteht in der dienstleistungsorientierten Gesundheitswirtschaft. Diese umfasst sämtliche gesundheitsrelevante Dienstleistungen, wie zum Beispiel den Krankenhaussektor, die ambulanten Arztpraxen, die Pflegeleistungen und die Rehabilitation.

Die Gesundheitswirtschaft trägt auch maßgeblich zum Außenhandel bei. Im Jahr 2015 belief sich der Wert ihrer Exporte auf über 100 Milliarden Euro (7,4 Prozent der deutschen Gesamtexporte). Die Exporte der Medizintechnik- und Pharmaindustrie machen dabei über ¾ der Gesamtexporte der Gesundheitswirtschaft aus.

Strukturelle Unterschiede in Ost und West

Im Rahmen der Aktualisierung der GGR wurde eine Sonderauswertung zur Gesundheitswirtschaft in Ost- und Westdeutschland vorgenommen. Diese Auswertung zeigt, dass die Gesundheitswirtschaft in beiden Teilen Deutschlands gleich stark wächst. Allerdings unterscheidet sich die Struktur der Gesundheitswirtschaft in den alten und neuen Ländern stark.

Abbildung 3: Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft und ihr Anteil an der Gesamtwirtschaft (jeweils in West und Ost)



* Fortschreibung
** Prognose

Quelle: Gesundheitswirtschaft in Ost- und Westdeutschland Fakten und Zahlen, Ausgabe 2015

Der Anteil der Gesundheitswirtschaft an der gesamten Bruttowertschöpfung ist in Ostdeutschland größer als in Westdeutschland. Im Jahr 2014 trug die Gesundheitswirtschaft in den neuen Ländern 13,5 Prozent zur Gesamtwertschöpfung bei. Im Westen hingegen waren es nur 11,7 Prozent. Dagegen kommt der industriellen Gesundheitswirtschaft eine größere Bedeutung in den alten Ländern zu. Dort trägt sie mit 61,5 Milliarden Euro zu 23,7 Prozent der Wertschöpfung der Gesundheitswirtschaft bei. In Ostdeutschland hingegen sind es nur 16,4 Prozent. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass in den neuen Ländern die dienstleistungsorientierte Gesundheitswirtschaft relativ gesehen wichtiger ist.

Auch bei der Beschäftigung ergeben sich Unterschiede. In Ostdeutschland arbeiten 1,3 Millionen Beschäftigte in der Gesundheitswirtschaft (16,8 Prozent der Gesamtbeschäftigten), in Westdeutschland hingegen sind es 5,4 Millionen Beschäftigte (15,6 Prozent).

Mit Blick auf die Arbeitsproduktivität steht die Gesundheitswirtschaft im Westen besser da. Die neuen Länder haben zwar aufgeholt, aber ein signifikanter Rückstand bleibt bestehen. 2014 war die Arbeitsproduktivität in der gesamten Gesundheitswirtschaft in Westdeutschland noch 17,7 Prozent höher als in den neuen Ländern. Ein Grund hierfür ist, dass der industriellen Gesundheitswirtschaft im Westen eine größere Bedeutung zukommt. Diese weist eine deutlich höhere Arbeitsproduktivität auf als die dienstleistungsorientierte Gesundheitswirtschaft, die in Ostdeutschland vorherrscht.

Aber auch im Dienstleistungssektor selbst ist die Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland noch geringer als in Westdeutschland. Allerdings hat hier ein Aufholprozess stattgefunden. Noch 2005 lag der Abstand in der Arbeitsproduktivität bei 17,5 Prozent. 2014 waren es nur noch 11 Prozent.

Chancen und Herausforderungen

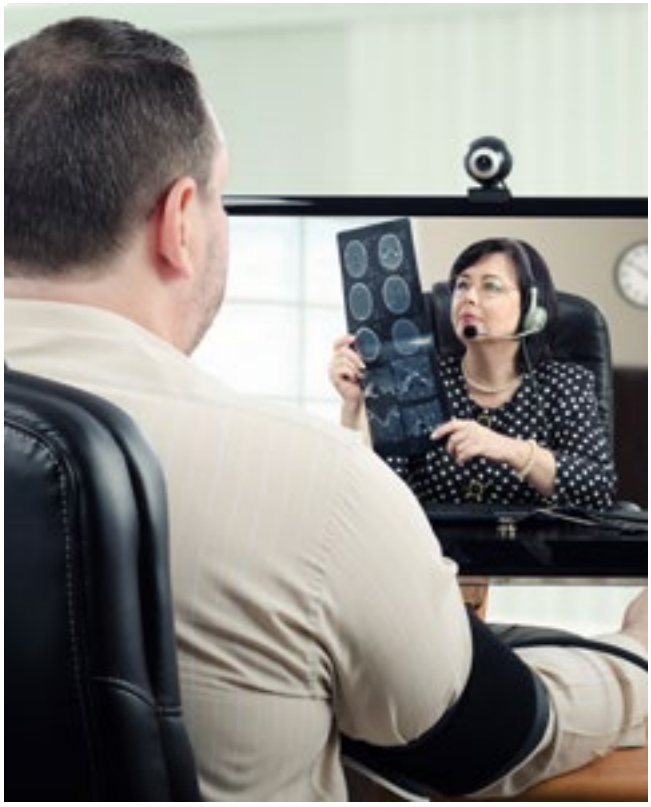
Die Daten der GGR zeigen, dass die Gesundheitswirtschaft wichtig für die neuen Länder ist und noch ein enormes Potenzial birgt. Es gibt bereits zahlreiche Initiativen, um dieses Potenzial zu nutzen. Beispielsweise verfolgt Mecklenburg-Vorpommern das Ziel, sich als führendes Gesundheitsland in Deutschland zu positionieren. Die Schwerpunkte des Bundeslandes sind laut Masterplan Gesundheitswirtschaft 2020 die Bereiche Life Science, Gesundheitsdienstleistungen, Gesundes Alter(n), Gesundheitstourismus und Ernährung für die Gesundheit.

Die stärker ländliche Prägung der östlichen Bundesländer ist sicherlich eine Ursache für die angesprochenen verbleibenden Produktivitätsunterschiede. Dies führt dazu, dass die zur Verfügung gestellte medizinische Infrastruktur nicht so effizient wie in Ballungszentren ausgelastet werden kann.

Um die Arbeitsproduktivität in der Gesundheitswirtschaft Deutschlands insgesamt, aber vor allem in der dienstleistungsorientierten Gesundheitswirtschaft in Ostdeutschland zu steigern, ist es wichtig, Produktivitätsreserven zu erschließen. Gerade im ländlichen Raum bietet die Digitalisierung der Gesundheitswirtschaft große Chancen, um die Effektivität zu steigern. So könnten zum Beispiel durch ein Telekonzil Patienten in abgelegenen Regionen von Spezialisten beraten werden. Dadurch können Wege gespart werden, während eine kontinuierliche ärztliche Beobachtung auf hohem Niveau ermöglicht wird. Ein Beispiel dafür ist das Pilotprojekt FONTANE. Dieses zielt darauf ab, die Betreuungsqualität von Herz-Kreislauf-Erkrankten in Brandenburg durch den Einsatz von Telemedizin zu verbessern (nähere Infos hierzu finden Sie unter www.gesundheitsregion-fontane.de).

Eine weitere Möglichkeit kann darin bestehen, verstärkt medizinische Versorgungszentren (MVZ) auf dem Land zu fördern. Dies würde es ermöglichen, Synergien zwischen verschiedenen Arztpraxen zu bündeln und dadurch Skalenerträge zu erzielen. Die Bundesregierung hat dafür mit dem 2015 in Kraft getretenen GKV-Versorgungsstärkungsgesetz die Rahmenbedingungen verbessert.

Die Herausforderungen innerhalb der Gesundheitswirtschaft sind vielfältig. Die hier aufgeführten Initiativen sind beispielhaft dafür, wie sie gemeistert werden können. Die Ergebnisse der GGR legen nahe, dass diese Projekte wichtige Schritte in die richtige Richtung sind. Sie tragen dazu bei, die Chancen der Gesundheitswirtschaft voll zu nutzen – auch und gerade in Ostdeutschland.



Die Broschüren zu beiden Auswertungen finden Sie unter:

bit.ly/BMWi_Gesundheitswirtschaft_Ost_West

bit.ly/BMWi_Gesundheitswirtschaft_2015

Kontakt: Dr. Toni Glaser
Referat: Gesundheitswirtschaft/Gesundheitswirtschaft in Europa

Bleiben oder Nicht-Bleiben – das ist hier die Frage: Das EU-Referendum im Vereinigten Königreich

Dieses Jahr zelebriert Großbritannien den 400. Todestag Shakespeares. Gleichzeitig steht das Land politisch vor einer Frage, die an Hamlets Dilemma erinnert: Bleiben oder Nicht-Bleiben?

Das Referendum – Wer stimmt wann worüber ab?

Am 23. Juni stimmt die britische Bevölkerung über die Frage ab „Should the United Kingdom remain a member of the European Union, or leave the European Union?“. Der zweite Teil des Abstimmungstextes wurde von der nationalen Wahlkommission nachträglich hinzugefügt, weil sie die Ausgangsformulierung für tendenziös hielt. Auch mit anderen Maßnahmen soll ein Höchstmaß an Neutralität im Referendumsprozess sichergestellt werden: So wurden zwei offizielle Referendumskampagnen benannt und mit jeweils gleichen Mittelzuweisungen und Sendezeiten ausgestattet. Für die Unterstützungsleistungen von Unternehmen gelten klare Regelungen. Dieses Bemühen um ein faires Abstimmungsverfahren ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass es sich bei diesem Thema um eine hochsensible Frage mit großer emotionaler Bedeutung für die britische Bevölkerung handelt.

Die wesentlichen rechtlichen Grundlagen für das Referendum wurden Mitte Dezember 2015 in einem nationalen Referendumsgesetz[1] geregelt. Wahlberechtigt sind danach alle im Vereinigten Königreich lebenden Briten, Iren, Commonwealth-Bürger (inklusive der Bürger aus Malta und Zypern) über 18, Auslandsbriten (soweit sie weniger als 15 Jahre im Ausland leben), die Mitglieder des House of Lords und Commonwealth-Bürger in Gibraltar. Andere EU-Bürger mit Wohnsitz in Großbritannien dürfen dagegen nicht abstimmen.

Seit einigen Wochen befindet sich der Wahlkampf der beiden Lager in der Hochphase. Noch erscheint allerdings weiter offen, ob die britische Bevölkerung für den Verbleib oder für den „Brexit“ („British Exit“) votieren wird. Der Trend zugunsten des Verbleib-Lagers vor dem Besuch von US-Präsident Obama Ende April hat sich trotz dessen deutlicher Mahnung für einen Verbleib seither in den Umfragen nicht konsequent fortgesetzt. Beim so genannten „Poll of Polls“, der sich aus dem jeweiligen Durchschnitt der letzten sechs Umfragen bildet, liegen die Lager derzeit ungefähr gleichauf (mit einem leichten Vorsprung für den Verbleib). Die Buchmacher sehen seit Längerem einen Vorsprung für den EU-Verbleib. Allerdings ist nicht sicher, ob sich aus diesen Wettquoten eine verlässliche Prognose über das Ergebnis des Referendums ableiten lässt. Denn auf den Verbleib setzen gerade auch institutionelle Anleger mit größeren

1 European Union Referendum Act vom 17. Dezember 2015, http://services.parliament.uk/bills/2015-16/europeanunionreferendum.html

Summen, einzelne Personen haben mit kleineren Beträgen demgegenüber oft zugunsten des Austritts gewettet. Der Ausgang des Referendums bleibt demnach unklar und es stellt sich die Frage: Woher stammt die europaskeptische Haltung in Großbritannien?

Großbritannien: Fremd in Europa?

Großbritannien ist derzeit nicht das einzige Land, in dem es EU-kritische Stimmen gibt. Das Erstarken von Parteien wie z. B. den „(Wahren) Finnen", der „Partei voor de Vrijheid" in den Niederlanden, dem französischen Front National u. a. zeugen davon, dass Zweifel an der EU kein britisches Alleinstellungsmerkmal sind. Anders aber als in den kontinentaleuropäischen Staaten lässt sich in Großbritannien eine lange und tief verwurzelte Tradition der Zurückhaltung gegenüber einer eigenen Teilnahme an einer weiteren europäischen Integration feststellen. Schon Winston Churchill, der immerhin 1946 die Vereinigten Staaten von Europa gefordert hatte, stellte 1953 – nachdem Deutschland, Frankreich und die Benelux-Staaten die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet hatten – klar: „We are with them, but we are not one of them"[2].

Ein Blick in die jüngere Geschichte kann zur Erklärung dieser Haltung beitragen. Die Gründung der Europäischen Union ist das Ergebnis des Bemühens um den Wiederaufbau des Kontinents nach zwei Weltkriegen und des Bestrebens, Frieden, Demokratie und Stabilität durch Zusammenarbeit zwischen den Nationalstaaten zu sichern. Die Erfahrungen des Vereinigten Königreichs unterscheiden sich aber in dieser Hinsicht von denen der meisten Länder Kontinentaleuropas. Das Vereinigte Königreich hat nie eine Niederlage im Krieg gegen ausländische Mächte im eigenen Land erlebt. Es ist auch nie zu einem vollständigen Vertrauensverlust in die politischen Institutionen gekommen. Die britische Bevölkerung ist damit weniger geprägt durch das Gefühl des „Nie wieder", das auf dem Kontinent lange treibendes Motiv für die europäische Einigung war. Für Großbritannien war die Teilnahme an der europäischen Integration daher von Beginn an eher von pragmatischen – weitgehend ökonomischen – Erwägungen geprägt und nicht von einer tiefgehenden, auch emotionalen, Motivation.

Historischer Rückblick – Großbritannien in der EU

Das Vereinigte Königreich ist der Europäischen Integration lange ferngeblieben. In den 1950er Jahren verfolgte das Land seine wirtschaftlichen und politischen Ziele vor allem im Commonwealth. Auch später, als die Briten sahen, dass die Volkswirtschaften Deutschlands und Frankreichs schneller als die eigene wuchsen, trat das Land zunächst nicht der 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bei, auch weil man die mit der Zollunion verbundene notwendige Integration für zu weitreichend hielt.[3]

Erst 1973 trat Großbritannien unter dem konservativen Premierminister Edward Heath der inzwischen gegründeten Europäischen Gemeinschaft (EG) bei. Hauptziel war es, wirtschaftlich wieder Anschluss zu finden.[4] Da die wirtschaftliche Entwicklung in Europa in den 1970er Jahren aber stagnierte (Ölkrise) und der erhoffte ökonomische Aufschwung in Großbritannien ausblieb, kam vor allem in der Labour-Partei bald Kritik auf. Daraufhin führte Labour-Premierminister Harold Wilson bereits 1975 das bisher einzige Referendum über den Verbleib in der EG durch, nachdem er zuvor mit den anderen Mitgliedstaaten gewisse Verbesserungen für Großbritannien ausgehandelt hatte. Damals stimmte die britische Bevölkerung mit knapp 70 Prozent für den Verbleib.

2 HC Deb 1953, 11 May, Volume 515 c891, siehe: http://hansard.millbanksystems.com/commons/1953/may/11/foreign-affairs

3 1960 trat Großbritannien stattdessen in die EFTA ein.

4 Allerdings ist auch darauf hinzuweisen, dass Großbritannien bereits 1961 und 1967 zwei Beitrittsersuche gestellt hatte, die der französische Präsident de Gaulle jeweils zurückgewiesen hatte.

An der Zurückhaltung vieler Briten gegenüber der europäischen Integration hat der positive Ausgang des Referendums im Kern gleichwohl nicht viel verändert. Auch in der Folgezeit blieb die britische Europapolitik immer wieder vom Widerstand gegen eine weitere Integration geprägt. Dies zeigte sich nicht zuletzt in dem Bemühen, die als ungünstig empfundenen Haushaltsregeln zu verändern. Im Jahr 1984 erwirkte die konservative Premierministerin Magret Thatcher einen britischen Beitragsrabatt zum EU-Haushalt („I want my money back!")[5]. Seit dem Vertrag von Maastricht 1992 hat sich Großbritannien – teilweise gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten[6] – in jedem Vertrag über eine weitere Integration die Möglichkeit von Ausnahmen („Opt-outs") ausbedungen. Dies gilt auch für die Zeit ab 1997, in der das Vereinigte Königreich unter der Führung des Labour-Premierministers Tony Blair eine sehr viel stärker pro-europäische Politik verfolgte als die konservativen Vorgängerregierungen. Hintergrund der Ablehnung einer weiteren Einbindung waren dabei stets auch Bedenken gegen einen möglichen Souveränitätsverlust des britischen Parlaments.

Der Status quo: Schon jetzt hat Großbritannien eine Sonderrolle

Großbritannien hat aus diesem Grund schon bisher eine gewisse Sonderrolle in der Europäischen Union (siehe auch Abbildung 1, S. 28): Zum einen nimmt Großbritannien infolge seines „Opt-outs" vom Maastricht-Vertrag nicht an der dritten Stufe der Währungsunion teil. Mittlerweile schließen beide großen Parteien auch längerfristig eine britische Beteiligung am Euro aus. Zum anderen hat Großbritannien umfangreiche Ausnahmen in der Justiz- und Innenpolitik sowie im Hinblick auf das Schengener Abkommen (gemeinsam mit Irland), bei denen es sich jeweils aber über „Opt-ins" an einzelnen Maßnahmen beteiligen kann. Schließlich existiert ein weiteres „Opt-out" von der Anwendung der Charta der Grundrechte, welches Großbritannien im Rahmen des Lissabonner Vertrags ausgehandelt hat.

5 Kurz vor dem britischen Beitritt im Jahr 1973 hatte in der EG noch eine Neuordnung der Finanzen stattgefunden, die sich vor allem zugunsten der französischen Landwirtschaft auswirkte.

6 Zu den Opt-outs anderer Mitgliedstaaten s. auch Ondarza, „Die britischen Verhandlungen mit der Europäischen Union", SWP-Arbeitspapier, Juni 2015, S. 2.

Vom Amtsantritt Camerons bis zu den EU-Verhandlungen

Bereits direkt nach dem Amtsantritt der ersten Koalitionsregierung in Großbritannien unter Premierminister Cameron im Jahre 2010 gab es Spannungen innerhalb der Regierung über die Europapolitik: Während die Liberaldemokraten dezidiert pro-europäisch eingestellt waren, schlossen die Konservativen weitere Integrationsschritte aus.[7] Mit der Krise der Eurozone wuchs die Ablehnung im Vereinigten Königreich gegenüber der EU. Ausdruck davon war auch der rasche Aufstieg der für einen EU-Austritt eintretenden UK-Independence Party (UKIP). Er kulminierte 2014 darin, dass die UKIP erfolgreichste britische Partei bei den Wahlen zum Europäischen Parlament wurde. Unter diesem politischen Druck von rechts forderte der europakritische Flügel der britischen Konservativen immer stärker eine harte Haltung Camerons und ein Referendum zur EU.[8] Daran konnten auch weitere Zugeständnisse, wie der 2011 verabschiedete European Union Act, nichts ändern.

Im Januar 2013 versprach Premierminister Cameron in seiner lange angekündigten Bloomberg-Rede für den Fall seiner Wiederwahl, die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens neu zu verhandeln und bis spätestens 2017 ein In-Out-Referendum durchzuführen. Als Basis für die Neuverhandlungen stellte er einen Fünf-Punkte-Plan vor: Die EU müsse wettbewerbsorientierter, flexibler, subsidiärer, demokratischer und fairer werden. Er führte damit viele Argumente für eine EU-Reform an, die auch in anderen Mitgliedstaaten – vor allem Nordeuropas – Zuspruch fanden. Im Laufe der Zeit und vor allem im Lichte des weiteren Erstarkens von UKIP rückte jedoch daneben vor allem ein weiteres Thema stark in den Vordergrund: die Zuwanderung von EU-Bürgern aus anderen Mitgliedstaaten.[9]

Im Jahr 2014 hat Premierminister Cameron seine Ideen erstmals umrissen. Konkretisierungen seiner Ziele für „eine neue Stellung des Vereinigten Königreichs in einer reformierten Union“ erfolgten dann nach seiner Wiederwahl im Mai 2015. In einem Brief an Ratspräsident Tusk stellte er seine Forderungen im November 2015 vor. Camerons Forderungen konzentrierten sich auf vier Bereiche, in der EU-Verhandlungsterminologie auch „Körbe“ genannt: Wettbewerbsfähigkeit, nationale Souveränität, Verhältnis zur Eurozone und Zuwanderung.

Vier Verhandlungskörbe für den Verbleib Großbritanniens in der EU

Im Bereich **Wettbewerbsfähigkeit** ging es Premierminister Cameron vor allem um eine Vertiefung des Binnenmarkts für Dienstleistungen, Waren und Kapital (ausdrücklich nicht aber für Personen) sowie um den Bürokratieabbau und den Ausbau von Freihandelsabkommen.

Mit dem zweiten Korb zielte er auf die Stärkung der **nationalen Souveränität** gegenüber der EU. Er forderte vor allem eine Ausnahme für das Vereinigte Königreich vom Prinzip einer „immer engeren Union“ (und damit Klarstellung einer Abwendung von einer weiteren Beteiligung an der politischen Integration) sowie eine Aufwertung des Rügerechts für nationale Parlamente gegen EU-Rechtsakte im Fall eines Verstoßes gegen das Subsidiaritätsprinzip.

Außerdem ging es ihm um ein neues **Verhältnis der Nicht-Euro-Staaten zu den Euro-Staaten**. Schwerpunktmäßig forderte er verschiedene Garantien, z. B. eine Nicht-Diskriminierung auf Basis der Währung im Binnenmarkt oder einen Haftungsausschluss für Nicht-Euro-Mitgliedstaaten bei Schutzmaßnahmen für die Euro-Zone. Darüber hinaus wurden eine Erklärung, dass die Europäische Union mehr als nur eine Währung hat („Multi Currency Union“), sowie ein „Mechanismus zur Absicherung dieser Prinzipien“ angestrebt.

Im vierten, für die britische Bevölkerung wohl wichtigsten Bereich ging es darum, die Anreize für die **Migration von Bürgern aus anderen EU-Staaten** zu verringern. Mit seinen Vorschlägen stellte Premierminister Cameron nicht die Freizügigkeit als solche infrage. Allerdings sollten finanzielle Anreize der EU-Migration u. a. durch die Einführung einer so genannten „Notbremse“ reduziert werden, nach der EU-Bürger erst nach vier Jahren Beschäftigung einen Anspruch auf Sozialleistungen erhalten sollten.

7 Die EU-skeptische Position der Partei zeigte sich auch darin, dass Premierminister Cameron die britischen Konservativen 2009 im Europäischen Parlament aus der Fraktion der EVP herausführte.

8 Im Oktober 2011 konnte Premierminister Cameron bei einer Abstimmung im Unterhaus ein gefordertes EU-Referendum abwenden, allerdings hatten 81 der 305 Tories trotz Vorgaben gegen die eigene Regierung gestimmt.

9 Großbritannien hatte nach der Erweiterung 2004 anders als Deutschland und Österreich seinen Arbeitsmarkt unmittelbar für Bürger aus anderen EU-Staaten geöffnet und in der Folgezeit über drei Millionen EU-Bürger aufgenommen.

Der Europäische Rat vom 18./19. Februar 2016 – Ein fairer Kompromiss

Die intensiven Verhandlungen mit Großbritannien fanden schließlich beim Europäischen Rat am 19. Februar 2016 ihren Abschluss. Mit der dort erzielten Einigung kann Premierminister Cameron Ergebnisse in allen vier von ihm thematisierten Bereichen vorweisen. So wurde etwa neben verschiedenen Maßnahmen zur Stärkung des Binnenmarkts auch eine britische Ausnahme vom Prinzip der immer engeren Union festgeschrieben; diese soll bei der nächsten anstehenden EU-Vertragsänderung im Primärrecht verankert werden. Auch erhalten nationale Parlamente mehr Rechte bei möglicher Verletzung des Subsidiaritätsprinzips: Bei EU-Gesetzesvorhaben können sie mit einer Mehrheit von 55 Prozent der ihnen zugewiesenen Stimmen eine Befassung des Rates herbeiführen und im Ergebnis erreichen, dass die Verhandlungen ausgesetzt werden.[10] Schließlich wurde ein Kompromiss zum Verhältnis der Nicht-Euro-Staaten zu den Euro-Staaten erzielt. Danach erhalten Nicht-Euro-Länder die notwendigen Garantien, wie etwa einen Haftungsausschluss für die Maßnahmen der Eurozone. Andererseits dürfen sie wichtige Beschlüsse der Eurozone nicht verzögern oder verhindern. Eine Einigung gelang auch in dem besonders kontrovers diskutierten Feld der Sozialleistungen für EU-Ausländer. Die von Großbritannien geforderte „Notbremse“ für neu zugewanderte EU-Bürger wurde als Übergangsregelung für eine Dauer von sieben Jahren ohne Verlängerungsmöglichkeit festgelegt. In diesem Zeitraum dürfen Sozialleistungen für den Einzelnen in abgestufter Form für maximal vier Jahre begrenzt werden.

Auf dem Weg zum Referendum

Premierminister Cameron wirbt seit dem Gipfel intensiv für einen Verbleib seines Landes in der EU: Er habe „das Beste aus zwei Welten“ – der Mitgliedschaft in der EU mit ihren wirtschaftlichen Vorteilen und den Ausnahmen für sein Land – herausgeholt. In Großbritannien selbst fiel die Reaktion auf die Verhandlungen in Brüssel je nach Lager unterschiedlich aus. In jedem Fall wird eine Vielzahl von

10 Jedem nationalen Parlament werden dabei zwei Stimmen bzw. bei einem Zweikammersystem je eine Stimme zugewiesen, d.h., es müssen Parlamente aus mindestens 16 Mitgliedstaaten eine entsprechende Rüge erheben. Nach der aktuellen Rechtslage können die nationalen Parlamente mit der Subsidiaritätsrüge lediglich eine erneute Überprüfung des Vorhabens erreichen, nicht jedoch unmittelbar eine Aussetzung der Verhandlungen.

Faktoren bei dem Referendum eine Rolle spielen. Der Ausgang bleibt nach den derzeitigen Umfragen weiter offen. Das Ergebnis des Referendums jedoch – so viel ist sicher – wird von großer Bedeutung für Großbritannien und die Europäische Union als Ganzes sein.

Im Falle eines Verbleibs bleibt es (fast) beim Status quo

Im Falle eines Verbleibs würde sich vorerst nur wenig ändern. Auf europäischer Ebene stünde zunächst die Umsetzung der Vereinbarung der Staats- und Regierungschefs vom 19. Februar 2016 an; denn diese wird erst an dem Tage wirksam, an dem die Briten für den Verbleib stimmen. Als Erstes ginge es dabei vor allem um die sekundärrechtlich umzusetzenden Beschlüsse zur Begrenzung der Sozialleistungen für EU-Ausländer, die in ihren Einzelheiten noch Diskussionspotenzial bergen. Die Umsetzung der anderen Beschlüsse, wie z. B. die Ausnahme für Großbritannien von dem Prinzip der „immer engeren Union" steht demgegenüber nicht unmittelbar bevor, sondern erst im Rahmen der nächsten anstehenden Vertragsänderung.

Was nach einem Ausstieg passieren würde

Premierminister Cameron hat bereits angekündigt, das Votum der Wähler zu akzeptieren. Sollte sich die britische Bevölkerung für den Austritt entscheiden, wird er nach eigenen Aussagen diesen Wunsch der Europäischen Union übermitteln und damit unmittelbar das Verfahren nach Artikel 50 EUV einleiten. Anschließend müsste die Europäische Union ein Abkommen über die Einzelheiten des Austritts aushandeln. Bis zum Inkrafttreten eines solchen Abkommens würde das Vereinigte Königreich zunächst nach Artikel 50 Abs. 3 EUV weiter Mitglied der Union bleiben, wobei es im Rahmen der Austrittsverhandlungen an den EU-internen Beratungen in Rat und Europäischem Rat nicht teilnehmen dürfte. Der Austritt würde aber spätestens nach zwei Jahren wirksam – sofern keine einstimmige Verlängerung durch alle Mitgliedstaaten erfolgt – auch wenn bis dahin kein Abkommen verhandelt wäre. Ob es jedoch gelänge, binnen dieser kurzen Frist die – seit 43 Jahren aufgebauten – komplexen rechtlichen Verbin-

dungen zu entflechten, erscheint nicht klar. Bereits die Verhandlungen mit Grönland, das nach einem Referendum 1985 der EU nicht mehr angehört[11], sowie Verhandlungen über Freihandelsabkommen der Europäischen Union haben deutlich mehr Zeit in Anspruch genommen.

Für den Fall eines Austritts wäre nach Einschätzung aller Experten auf kurze Sicht mit einer Phase der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit zu rechnen – nicht zuletzt auch aufgrund zu erwartender Kursschwankungen an den Finanzmärkten. Das räumen auch Brexit-Befürworter ein.

Über die langfristigen Auswirkungen gehen die Meinungen auseinander. Mehrheitlich nehmen ökonomische Studien jedoch negative Konsequenzen für Großbritannien an.[12] Unterschiedliche Ergebnisse solcher Studien erklären sich – jenseits der allgemeinen Unwägbarkeiten von Prognosen – vor allem dadurch, dass die Ausgestaltung der künftigen Beziehungen Großbritanniens zur EU einschließlich der Frage des britischen Zugangs zum EU-Binnenmarkt neu verhandelt werden müsste. Die langfristigen wirtschaftlichen Entwicklungen hängen aber entscheidend vom Ergebnis dieser Verhandlungen ab.

11 Außenpolitisch wird Grönland von Dänemark vertreten, daher wird dies regelmäßig als Verkleinerung des Staatsgebiets eines Mitgliedstaats gewertet.

12 Das britische Finanzministerium geht nach 15 Jahren von Einbußen zwischen 3,8 bis 7,5 Prozent des BIP aus, https://www.gov.uk/government/publications/hm-treasury-analysis-the-long-term-economic-impact-of-eu-membership-and-the-alternatives; Übersicht zu den Studien: IdW, Report 10/2016, „Brexit – The Economic Impact".

Abbildung 1: Alternative Modelle für das Verhältnis zwischen Großbritannien und der EU

			Zugang zu EU-Binnenmarkt für Güter und Dienstleistungen								
		Abstimmung über EU-Recht	Freihandel	Zollunion + Außenhandel	Level playing field für Unternehmen	„Ever closer union“	Justiz und Inneres	Freier Personenverkehr	Schengenraum	Beitrag zum EU-Haushalt	Mitgliedschaft Eurozone
GBR-EU-Mitgliedschaft in der EU								„Notbremse“		Mit Rabatt	
Standard EU-Mitgliedschaft											
Norwegen (Nicht-EU/EWR)											
Bilaterale Abkommen	Schweiz										
	Kanada										
	Türkei										
WTO-Mitgliedschaft											

Voll Partiell/Freiwillig/Sonderarrangement Keine

Quelle: HM Government, Alternatives to Membership, März 2016

Als Orientierung für eine zukünftige Ausgestaltung der Beziehungen Großbritanniens zur EU werden u. a. folgende Modelle diskutiert: eine weitgehende Einbindung in den Europäischen Binnenmarkt über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) nach dem Modell Norwegens, eine Assoziierung über bilaterale Abkommen nach dem Modell der Schweiz (EFTA-Mitglied mit nur beschränktem Zugang zum Binnenmarkt für Dienstleistungen) oder ein Freihandelsabkommen nach dem Modell des CETA-Abkommens mit Kanada. Sollten die Verhandlungen scheitern, würde Großbritannien in einem vierten Szenario gegenüber der EU nach den WTO-Regeln (so genanntes Worst-Case-Szenario) behandelt.

Das Vereinigte Königreich ist eng mit den EU-Mitgliedstaaten verflochten: Derzeit findet rund 50 Prozent seines Handels mit den EU-Mitgliedstaaten statt. Großbritannien weist zwar ein Defizit im Warenhandel, jedoch einen Überschuss im Handel mit (Finanz-)Dienstleistungen auf. Der Zugang zum EU-Binnenmarkt ist also von hoher Bedeutung. Die Integration in den EWR ist bisher das einzige Modell, das vollständigen Zugang zum Dienstleistungsbinnenmarkt gewährt (Norwegen-Modell). In diesem Fall müsste das Vereinigte Königreich allerdings weiterhin den Binnenmarktacquis übernehmen, ohne dann aber noch über politische Mitentscheidungsrechte zu verfügen (siehe Abbildung 1) und müsste auch die Personenfreizügigkeit akzeptieren.

Aber auch für Deutschland und den Rest der EU stünde etwas auf dem Spiel. Großbritannien ist für Deutschland (einschließlich des Dienstleistungssektors) der drittwichtigste Handelspartner. Die deutschen Warenexporte nach Großbritannien betrugen 2015 rund 89 Milliarden Euro, die Importe aus dem Königreich lagen bei 38,3 Milliarden Euro.

Die EU insgesamt würde das Mitglied mit der derzeit zweitgrößten Wirtschaftsleistung und zugleich den zweitwichtigsten Nettobeitragszahler verlieren. Zudem ginge bei der Ausgestaltung eines wettbewerbsfähigen und weltoffenen Europas eine wichtige Stimme verloren. Schließlich bliebe die Gefahr, dass die Europäische Union auf längere Zeit stark auf sich selbst fokussiert bliebe. In einer Zeit, in der die EU angesichts internationaler Herausforderungen eher stärker und mit einer Stimme auf internationaler Bühne agieren müsste, wäre das ein erheblicher Rückschlag.

Kontakt: Mascha Möbius
Referat: Beziehungen zu EU-Mitgliedstaaten

Wettbewerbliche Ausschreibungen für Stromeffizienz am Start

Bei STEP up! – STromEffizienzPotenziale nutzen! – stellen sich Bieter einem Wettbewerb um Fördermittel für Investitionen in Energieeffizienz

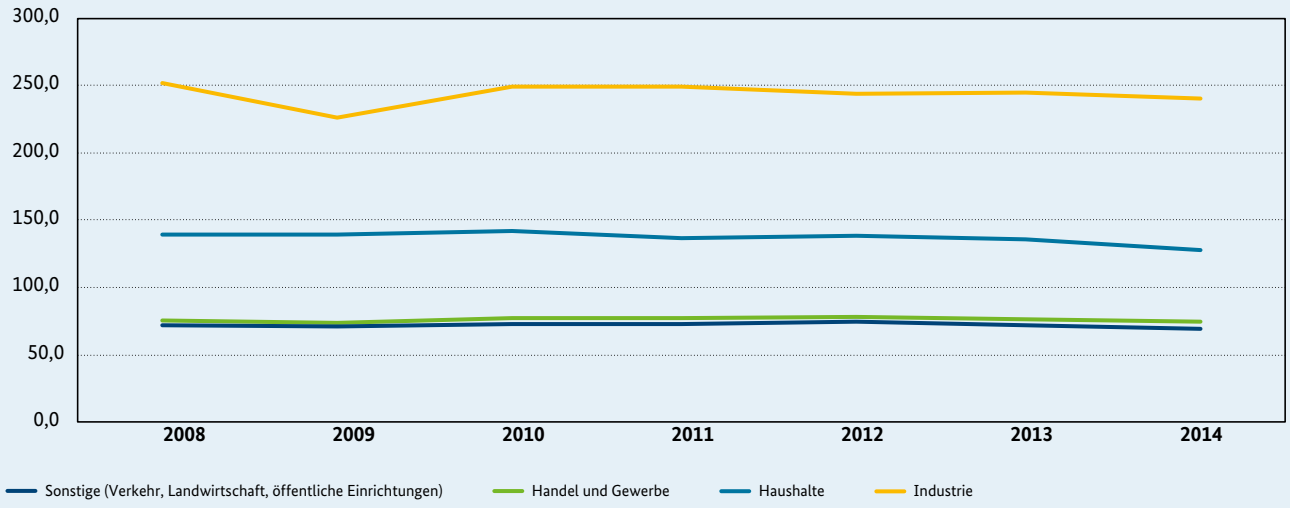
Mit dem Pilotprogramm STEP up! startet das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Juni 2016 ein Förderprogramm, das sich am Wettbewerbsprinzip orientiert: Das Verhältnis von Fördersumme zu eingesparten Kilowattstunden entscheidet darüber, welche Projekte gefördert werden. Das Programm ist technologie-, sektor- und akteursoffen. Mit STEP up! wird ein weiterer Meilenstein des Nationalen Aktionsplans für Energieeffizienz umgesetzt.

Ungenutzte Effizienzpotenziale

Deutschland hat sich im Rahmen der Energiewende zum Ziel gesetzt, den Primärenergieverbrauch deutlich zu senken (bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent gegenüber 2008), die Energieproduktivität zu steigern (um 2,1 Prozent) und den Stromverbrauch zu reduzieren (um zehn Prozent). Unterstützt durch staatliche Impulse, wie z. B. die Kennzeichnung von energieeffizienten Produkten oder Förder- und Beratungsprogrammen, konnten hier bereits deutliche Fortschritte erreicht werden. Dies bestätigt auch die aus unabhängigen Experten bestehende Kommission „Energie der Zukunft", die den Prozess der Energiewende begleitet und auf wissenschaftlicher Basis Stellung nimmt. Sie legt aber auch dar, dass die Fortschritte nicht ausreichen, um die Effizienzziele der Energiewende ohne zusätzliche Maßnahmen zu erreichen. Gleichzeitig zeigen zahlreiche Studien regelmäßig erhebliche Effizienzpotenziale auf, die bisher nicht ausgeschöpft werden. Analysen der Universität Stuttgart kommen etwa zu dem Schluss, dass sich für jeden investierten Euro in elektrische Energieeffizienz vier Euro Energiekosteneinsparung generieren lassen.[1] Die zentrale Frage lautet: Warum werden diese erheblichen Effizienz- und Einsparungspotenziale nicht gehoben, obwohl Unternehmen und Private eigentlich ein Interesse daran haben müssten, den Energieverbrauch und daraus resultierende Kosten zu senken?

1 Vgl. Energieeffizienz in Deutschland, Universität Stuttgart, 2013.

Abbildung 1: Entwicklung der inländischen Stromverwendung nach Verbrauchergruppen in Deutschland (in TWh; 2008 – 2014)
Im Jahr 2014 betrug die inländische Stromverwendung in Deutschland rund 511,5 Terawattstunden (TWh). Dies entspricht einem Rückgang um rund fünf Prozent gegenüber 2008. Die Stromverwendung sank gegenüber 2008 in der Industrie um rund fünf Prozent, in den Sektoren Gewerbe, Handel und Dienstleistungen um 2,8 Prozent sowie bei den privaten Haushalten um 1,6 Prozent.



Quelle: Gesamtausgabe der Energiedaten – Datensammlung des BMWi (05.04.2016; bit.ly/BMWi_Energiedaten)

Viele Effizienzpotenziale bleiben unerschlossen, da als Entscheidungsgrundlage für Investitionen in der Unternehmenspraxis in der Regel die Amortisationszeit gewählt wird. Dabei bleiben Effizienzmaßnahmen auf der Strecke, die sich nicht innerhalb von ein bis drei Jahren amortisieren. Dies sind insbesondere Investitionen in Technologien, die sich durch eine lange Nutzungsdauer auszeichnen. Hinzu kommen zahlreiche weitere Hemmnisfaktoren wie mangelndes Wissen über Energiesparmöglichkeiten im konkreten Produktionsprozess oder schlicht fehlende Zeit im höheren Management, um den Fokus auf Kostensenkungen durch Energieeinsparung zu legen.

Ähnliches gilt für Privathaushalte: Trotz intensiver Informations- und Beratungsprogramme über Einsparpotenziale, etwa durch energieeffiziente Produkte, bleiben auch hier bisher viele Potenziale ungenutzt. Geräte mit hohem Stromverbrauch werden meist erst ersetzt, wenn sie defekt sind. Bei der Neuanschaffung von Haushaltsgeräten wird oft nur der Anschaffungspreis in die Kaufentscheidung einbezogen, nicht aber die Gesamtkosten über den Lebenszyklus des Produkts, einschließlich der Stromkosten.

Daher wurde mit dem Nationalen Aktionsplan für Energieeffizienz auch das Pilotprogramm STEP up! (STromEffizienz-Potenziale nutzen!) auf den Weg gebracht. Dabei konnte auf Schweizer Erfahrungen zurückgegriffen werden (siehe Kasten 1).

Kasten 1: Wettbewerbliche Ausschreibungen in der Schweiz

In der Schweiz werden seit dem Jahr 2010 mit dem Programm „ProKilowatt“ erfolgreich wettbewerbliche Ausschreibungen zur Förderung der Stromeffizienz durchgeführt. Bis Ende 2015 wurden insgesamt 288 Projekte und 104 Programme (Sammelprojekte) bewilligt. Für die strategische Führung ist das Bundesamt für Energie (BFE) verantwortlich. Die operative Umsetzung übernimmt die Geschäftsstelle, die Firma CimArk. Die Finanzierung von „ProKilowatt“ erfolgt über einen Zuschlag auf die Übertragungskosten der Hochspannungsnetze. Bis zum Jahr 2020 soll das Budget auf maximal 50 Millionen Franken pro Jahr erhöht werden. Wie in Deutschland erfolgt die Auswahl der in den Ausschreibungen eingereichten Vorschläge in einem Auktionsverfahren auf Basis des besten Kosten-Nutzen-Verhältnisses.

Wettbewerb: Das Kosten-Nutzen-Verhältnis entscheidet

Mit dem wettbewerblichen Ausschreibungsmodell wird das marktwirtschaftliche Prinzip des Wettbewerbs für die Suche nach realisierbaren Effizienzpotenzialen genutzt. Gefördert werden Investitionen mit einer strombezogenen Amortisationszeit von mehr als drei Jahren, das heißt, bei denen der investive Mehraufwand durch die Einsparung von Stromkosten in mehr als drei Jahren ausgeglichen wird, und die mindestens zehn Jahre zweckentsprechend weiterbetrieben werden.

Die Fördermittel werden im Wettbewerb vergeben: Jedes Unternehmen entscheidet im vorgegebenen Rahmen selbst, wie hoch der benötigte Zuschuss zur Umsetzung der geplanten Effizienzmaßnahme sein soll. Das bedeutet, dass es bei STEP up! keine festgelegte Förderquote gibt. Den Zuschlag für die Förderung bekommen diejenigen, die die Einsparung zum geringsten Eurocent-Betrag pro Kilowattstunde anbieten. Es gilt also: Je höher die Stromeinsparungen sind und je geringer der Förderbeitrag ist, desto besser sind die Chancen, einen Förderzuschlag zu erhalten.

Technologie-, sektor- und akteursoffene Förderung

STEP up! richtet sich an alle Unternehmen – vom kleinen oder mittleren Familienunternehmen bis hin zu Großbetrieben. Auch Stadtwerke und Energiedienstleister gehören zur Zielgruppe. Effizienzmaßnahmen können sowohl direkt in den Betrieben als Einzelprojekte als auch bei gewerblichen oder privaten Kunden als Sammelprojekte umgesetzt werden (siehe Kasten 2). Damit können sowohl passgenaue effiziente Systemlösungen als auch die Marktdurchdringung von stromeffizienten Standardtechnologien in Unternehmen oder bei Privathaushalten realisiert werden („Klasse und Masse“).

Kasten 2: Projekttypen

Bei **Einzelprojekten** können Unternehmen im eigenen Betrieb oder Contractoren mit antragsberechtigten Unternehmen für die Umsetzung konkret beschriebener Stromeffizienzmaßnahmen eine Förderung erhalten. Im Projektantrag muss nachvollziehbar und überprüfbar dargestellt werden, welche Stromeinsparung durch die Effizienzmaßnahme erreicht wird und wie hoch die hierdurch entstehenden Investitionsmehrkosten sind. Mit Umsetzung der Effizienzmaßnahmen wird Messtechnik installiert, um die tatsächlich erreichte Stromeinsparung für jedes Projekt nachzuweisen.

Bei **Sammelprojekten** können Unternehmen die Umsetzung von gleichartigen Stromeffizienzmaßnahmen bei Dritten koordinieren. Diese „Dritten“ können sowohl Unternehmen als auch Privathaushalte sein. Das Sammelprojekt bietet den Vorteil einer gezielten Ansprache von Endnutzern durch die Projektbündler. Die Kalkulation der Stromeinsparung erfolgt auf der Grundlage von technologiespezifischen Durchschnittswerten.

STEP up! nimmt diejenigen als Ausgangspunkt, die die Potenziale und Handlungsmöglichkeiten vor Ort kennen. Daher gibt es bei STEP up! keine Beschränkungen auf bestimmte Technologien oder Sektoren. Egal ob Standardkomponenten oder passgenaue Systemlösungen, im eigenen Betrieb oder beim Kunden: Jede investive Maßnahme, die nachweisbar Strom einspart, kann gefördert werden. Damit bietet STEP up! den Unternehmen die Möglichkeit, neue Wege bei der Identifikation und Umsetzung von Effi-

zienzmaßnahmen zu gehen. STEP up! übernimmt dafür einen Teil der Investitionsmehrkosten (siehe Kasten 3).

Kasten 3: Investitionsmehrkosten

Die Festlegung der maximalen Förderquote ist durch die „Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung" (AGVO) der EU begrenzt. Da es sich bei STEP up! um Investitionsförderungen für Energieeffizienzmaßnahmen handelt, gelten die Vorgaben des Artikels 38 der AGVO.

„Investitionsmehrkosten" sind die unmittelbar auf die Stromeinsparung bezogenen Investitionskosten. Diese berechnen sich aus der Kostendifferenz eines Hocheffizienzgeräts zu einem Standardgerät. Gemäß AGVO dürfen max. 30 Prozent der Investitionsmehrkosten gefördert werden. Deutschland ist hier, anders als die Schweiz, an die EU-rechtlichen Vorgaben gebunden. Das bedeutet konkret für STEP up!: Wenn ein Standardgerät aktuell 500 Euro kostet und ein Hocheffizienzgerät 800 Euro, dann betragen die Mehrkosten 300 Euro. Bei einer Förderquote von maximal 30 Prozent entspricht dies einer maximalen Fördersumme von 90 Euro und damit rund elf Prozent der Gesamtinvestitionskosten.

So funktioniert STEP up!

Die Vergabe der Fördermittel erfolgt in einem schriftlichen Bieterverfahren. Alle zum Stichtag eingereichten Projektanträge, die die Wettbewerbskriterien erfüllen, werden nach aufsteigendem Kosten-Nutzen-Wert gelistet. Die finanziellen Unterstützungen werden gemäß der Rangliste aller Projekte einer Kategorie (d.h. Einzel- und Sammelprojekte) vorgenommen.

Für die Pilotphase bis Ende 2018 stehen rund 300 Millionen Euro zur Verfügung. Der Hauptteil der Mittel wird in die offene Ausschreibung fließen. Diese wird ergänzt um „geschlossene Ausschreibungen" mit deutlich geringerem Mittelvolumen. Damit wird gezielt die Ausnutzung bekannter hoher Stromeffizienzpotenziale angereizt – etwa bei der energetischen Sanierung von Aufzugsanlagen – oder es werden Bereiche adressiert, die sich sehr dynamisch entwickeln – etwa der Stromverbrauch im IKT-Sektor.

Im Juni 2016 fällt der Startschuss: Mit der Veröffentlichung der Richtlinie und der ersten Bekanntmachung von STEP up! ist die Einreichungsphase eröffnet. Innerhalb von drei Monaten, bis zum 31. August 2016, können Projektanträge beim zuständigen Projektträger VDI/VDE-IT eingereicht werden, der auch die eingehenden Anträge bewertet. Antragsteller können sich ab Beginn der ersten Ausschreibungsrunde direkt beim Projektträger informieren (www.stepup-energieeffizienz.de).

Ausblick

Bis zum Ende der Pilotphase 2018 werden zwei Ausschreibungsrunden (je eine offene und eine geschlossene) pro Jahr durchgeführt. In der Pilotphase wird eine umfassende begleitende Evaluierung durchgeführt. Dabei wird auf der Grundlage der durchgeführten Stromverbrauchsmessungen erfasst, welche Einsparungen durch einzelne Projekte sowie durch das Programm insgesamt erzielt wurden. So kann der Beitrag von STEP up! zur Erreichung der Energieeffizienzziele beurteilt werden.

STEP up! ist als lernendes Programm ausgelegt. Gewonnene Erfahrungen können von Ausschreibungsrunde zu Ausschreibungsrunde unmittelbar in die weitere Ausgestaltung des Programms einfließen.

Wenn sich das Programm bewährt, ist ab 2018 eine Fortführung und Weiterentwicklung vorgesehen. Während der Pilotphase wird auch die Möglichkeit geprüft, das Ausschreibungsmodell auf Wärmeeffizienzmaßnahmen auszuweiten.

Kontakt: Dr. Christiane Koziolek und Dr. Kathrin Müller
Referat: Energieeffizienz bei Produkten und Strom, Sektorkopplung Effizienz

Potenziale für die Wirtschaft: Über den Nutzen von offenen (Geo-)Daten

Auf dem Open-Data-Fachkongress des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) und der Kommission für Geoinformationswirtschaft (GIW-Kommission) diskutierten Unternehmer und Experten aus Verwaltung und Zivilgesellschaft über die Chancen offener Daten und darüber, wie frei verfügbare Daten für die Wirtschaft nutzbar gemacht werden können.

Zum ersten Open-Data-Fachkongress des BMWi und der GIW-Kommission kamen am 19. April 2016 rund 250 Teilnehmer aus unterschiedlichsten Branchen und Institutionen zusammen. Vertreter aus der Wirtschaft gaben im Rahmen des Kongresses Einblicke in die konkrete Nutzung offener Daten durch die Wirtschaft und diskutierten mit Vertretern aus Verwaltung und Zivilgesellschaft die Potenziale von Open Data. Dabei war auch Thema, welche Open-Data-Strategien Verwaltungen verfolgen und welche Wirkung offene Daten bereits jetzt in der Praxis entfalten können. Anwendungsbeispiele von Unternehmen aus ganz unterschiedlichen Bereichen führten die Potenziale exemplarisch vor Augen.

Open Data steht in erster Linie für offene Regierungs- und Verwaltungsdaten („Open Government Data"). Dabei werden in den Verwaltungen vorhandene Datenbestände in der Regel als Rohdaten zur Nutzung, insbesondere zur Weiterverwendung und Weiterverbreitung, öffentlich frei und häufig unentgeltlich bereitgestellt. Ausgeklammert sind von vornherein datenschutz- und sicherheitsrelevante Daten. Aber auch Unternehmen stellen immer häufiger geeignete Daten als „Open Data" zur Verfügung, die von Dritten frei weiterverwendet und für weitergehende Innovationen genutzt werden können.

Brigitte Zypries, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, eröffnete den Kongress.

Open Data als Treibstoff der digitalen Wirtschaft

Brigitte Zypries, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, eröffnete den Kongress mit einer Keynote und wies schon zu Beginn darauf hin, dass das Thema „Open Government Data“ eng mit dem Thema „E-Government“ verbunden sei, bei dem Deutschland noch Nachholbedarf habe. In öffentlichen Verwaltungen und in Unternehmen würden eine Menge Daten erhoben oder seien dort schon vorhanden. Viele davon könnten auch von Dritten in anderen Behörden, in der Wirtschaft und in der Zivilgesellschaft sinnvoll genutzt werden, wenn Datenschutz und Sicherheit nicht betroffen sind. Offene Daten stünden also nicht nur für einen transparenten Staat und eine effiziente Verwaltung, sondern auch für ein reales, bisher nicht ausgeschöpftes volkswirtschaftliches Potenzial. Denn offene Daten können Basis für neue Produkte und Dienstleistungen sein, die auf der Verwendung, dem Aggregieren oder neuen Kombinationen dieser Daten beruhen – etwa für Apps mit lokaler Standortsuche, die auf offene Geodaten zurückgreifen, für Navigationssysteme in Fahrzeugen, die offene Satellitendaten verwenden, für Wettervorhersagen, die auf offenen Messdaten von Wetterdiensten beruhen, oder auch für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, die etwa offene Luftbildaufnahmen bei der Bewertung des Risikos von Schäden durch Naturkatastrophen verwenden können. Die Weiterverarbeitung offener Datensätze offenbare nicht selten ganz neue Nutzungsmöglichkeiten und könne damit zur intelligenteren Entscheidungsfindung, effizienteren Nutzung oder auch zur Vermeidung unnötiger Kosten und Risiken in einer Vielzahl von Fällen führen. Der Nutzen solcher Daten werde umso größer, je mehr und öfter diese genutzt werden. In dieser Hinsicht seien offene Daten Treibstoff für die digitale Wirtschaft.

Open Data in Zahlen

Open Data wird in Studien regelmäßig ein hoher volkswirtschaftlicher Nutzen zugeschrieben. Die EU-Kommission etwa schätzt für Europa (EU-28) schon heute ein aktuelles Marktvolumen auf Basis offener Daten von rund 55 Milliarden Euro und geht von einem starken Wachstum in den nächsten Jahren aus. Bis zum Jahr 2020 könnten nach Auffassung der EU-Kommission in Europa durch Open Data bis zu 100.000 Jobs entstanden sein, rund 1,7 Milliarden Euro öffentliche Ausgaben gespart, die Anzahl der Verkehrsunfälle um fünf Prozent gesenkt, medizinische Versorgung verbessert oder auch der messbare volkswirtschaftliche Schaden durch Verkehrsstaus gesenkt werden.

Dr. Tom Kirschbaum von der Door2Door GmbH präsentierte die Vision der flexiblen Busrouten.

Wie Start-ups offene Daten nutzen

Um zu zeigen, welche kreativen Ideen junge Unternehmerinnen und Unternehmer schon heute bei der Weiternutzung von offenen Geo- und anderen Daten haben, stellten mit „plasmap“ aus Düsseldorf und „365farmnet“ sowie „Door2Door“ mit ihrer „Ally-App“ aus Berlin drei Start-ups aus Deutschland ihre Geschäftsmodelle auf dem Open-Data-Kongress vor. Das Start-up „plasmap“ hat beispielsweise eine Software entwickelt, die offene Kartendaten mit öffentlich zugänglichen statistischen Daten verknüpft, und bündelt diese in leichter verständliche Infografiken, um Nutzern etwa einfache und schnelle Standortvergleiche zu ermöglichen. „365farmnet“ hat eine Software-Plattform für Landwirte entwickelt, auf der diese ihre Daten verwalten können, und kombiniert diese mit offenen Daten, wie Luftbildern und Umweltdaten, um so einen einfacheren und effizienteren Betrieb zu ermöglichen. Die App „Ally“ greift dagegen auf offene Daten von Verkehrsanbietern und Kartendaten zurück, um Nutzern plattformübergreifend alle verfügbaren Transportmittel in Echtzeit anzuzeigen. Die Gründer berichteten aber auch über die Schwierigkeiten, die derzeit noch bei der Nutzung von offenen Daten bestehen, nicht zuletzt wegen der Zersplitterung und uneinheitlichen Bereitstellung der oft bei vielen verschiedenen Verwaltungen liegenden Daten – sei es beim Bund, bei den Ländern oder insbesondere auch bei den Kommunen.

Open Data als Förderung der regionalen Wirtschaft?

Vertreter der Verwaltung aus Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen gingen anschließend der Frage nach, ob regionale Open-Data-Strategien auch als Förderung der regionalen Wirtschaft wirken, und stellten die jeweiligen Open-Data-Strategien vor. In allen drei Ländern wird die Nutzung von offenen Daten der Verwaltung über eigene Open-Data-Portale und Fördermaßnahmen unterstützt. Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen sind insoweit Vorreiter unter den Bundesländern, die sich noch sehr unterschiedlich stark mit den Potenzialen offener Daten auseinandersetzen. In Berlin hat eine aktuelle Erhebung gerade gezeigt, dass auf der Grundlage solcher Fördermaßnahmen in der Hauptstadt schon eine aktive Bereitsteller- und Nutzer-Szene mit einer Reihe von Start-ups entstanden ist. Diskutiert wurde auch der Ansatz der Hansestadt Hamburg, die mit dem Transparenzgesetz eine zusätzliche gesetzliche Grundlage geschaffen hat, um Bürgern und Unternehmen den Zugang zu offenen Daten weiter zu erleichtern. Deutlich wurde aber auch, dass hier oft an vielen Stellen noch Überzeugungsarbeit zu leisten ist. Die Öffnung von Datensätzen entspricht oft nicht der Tradition der einzelnen Verwaltungen. Sie kann auch mit technischem und organisatorischem Aufwand verbunden sein, der knappe Mittel zusätzlich belastet. In manchen Fällen

Unter der Moderation von Frau Rosa Omenaca Prado (Mitte) diskutierten Dr. Sebastian Fritsch vom Bundesverband Deutscher Startups e.V., Christian Horn von der Geschäfts- und Koordinierungsstelle GovData, Dr. Andreas Goerdeler vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Prof. Dr.-Ing. Gerd Buziek von der Esri Deutschland GmbH, Beate Lohmann vom Bundesministerium des Innern und Christian Heise von der Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. (v. l.) die Bedeutung von Open Data aus Sicht von Wirtschaft und Verwaltung sowie derzeitige Hürden bei der Nutzung von offenen Daten.

wurden mit dem Verkauf von Datensätzen auch Einnahmen erzielt, die mit einer Öffnung dann wegfallen und in der Regel nur indirekt über eingesparte Kosten und den Nutzen stärkerer wirtschaftlicher Aktivität kompensiert würden. Auf dem anschließenden Panel mit Vertretern aus Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft wurden diese Punkte bestätigt. Es wurde deutlich, dass das Thema Open Data insgesamt mit einem Kulturwandel und Paradigmenwechsel einhergeht. Die Öffnung von Daten werde manchmal als Verlust von Informationen wahrgenommen, obwohl sie im Ergebnis zu einem Wissensgewinn für alle führen könne. Hier sei vielfach langer Atem nötig, aber auch Fortschritt beim Thema E-Government. Durch anschauliche Beispiele und Best Practices könne häufig gut für das Thema Open Data geworben werden.

Zu den wirtschaftlich interessantesten Daten zählen Geodaten – denn der räumliche Bezug von Daten ist in der immer mobileren Welt von großer Bedeutung. In diesem Bereich gewinnt das Konzept offener Daten zunehmend an Akzeptanz. Vertreter des DLR stellten auf dem Kongress dar, wie im Rahmen des Erdbeobachtungsprogramms Copernicus Daten der „Copernicus Sentinel“-Satelliten offen bereitgestellt und damit grundlegende Beobachtungen der Land- und Ozeanoberfläche und der Atmosphäre frei verfügbar gemacht werden. Dadurch könne etwa zur besseren Überwachung von Atmosphäre, Klimawandel, Meeresumwelt, Landoberfläche oder auch zum Katastrophen- und Krisenmanagement beigetragen werden. Die VISTA Geowissenschaftliche Fernerkundung GmbH aus München präsentierte im Anschluss, wie aus den nicht ganz einfach verwertbaren Rohdaten ganz konkrete Nutzungen entstehen und die Datenweiterverarbeitung und -veredelung zum Geschäftsmodell wird.

Den Abschluss der Tagung bildete die Frage, wie die Öffnung von Daten als Innovationsstrategie auch für Unternehmen und Betriebe von Interesse sein kann. Die Deutsche Bahn zeigte etwa, wie das Unternehmen heute ausgewählte Datensätze unter freier Lizenz auf einer eigenen Open-Data-Plattform zur Verfügung stellt und daraus Innovationen entstehen können, die innerhalb des Unternehmens so

Frau Sabine Müller-Waltle dokumentierte die Veranstaltung in Bildern mit der Methode des Grafic Recording.

wohl nicht entstanden wären. Auch im kulturellen Bereich werden offene Daten für innovative Wettbewerbe genutzt, wie das Projekt „Coding da Vinci – Kultur Hackathon“ der Open Knowledge Foundation zeigte. Denn bei diesem Projekt stellen Einrichtungen aus dem Kulturbereich, wie etwa Museen und Archive, frei nutzbare Kulturdaten zur Verfügung und kommen darüber mit Entwicklern und Designern ins Gespräch, die aus den Daten neue Anwendungen, mobile Apps, Dienste, Spiele oder auch Visualisierungen entwickeln – ein anschauliches Beispiel für die Wirkung offener Daten.

Eine Begleitbroschüre zur Veranstaltung ist unter www.geobusiness.org verfügbar.

Kontakt: Nils Börnsen
Referat: Ökonomische Fragen der Digitalen Agenda und gesellschaftliche Entwicklungen, Digitale Souveränität
und: Uta Böhner
Referat: Mittelstand Digital

II.
Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

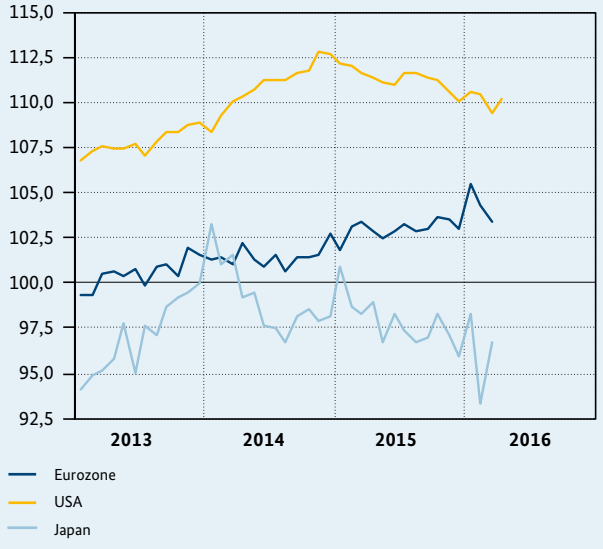
Weltwirtschaft: Langsame Erholung.

Das Wachstum der Weltwirtschaft verläuft derzeit moderat. Im laufenden Jahr dürfte das globale Wachstum nur wenig höher ausfallen als im Vorjahr.

In den Vereinigten Staaten hat sich das Wachstumstempo im ersten Quartal 2016 verlangsamt. Das Bruttoinlandsprodukt hat nur geringfügig gegenüber dem Vorquartal zugenommen. Dagegen hat sich im Euroraum die Entwicklung im ersten Quartal beschleunigt. Die Konjunktur in Japan ist ins Stocken geraten. Unter den Schwellenländern verzeichnet China zwar weiterhin ein hohes Wachstum. Das Tempo verlangsamt sich aber weiter. Dies belastet die chinesischen Handelspartner und dämpft den Welthandel. Rohstoff exportierende Länder wie Russland oder Brasilien leiden unter den nach wie vor niedrigen Rohöl- und Rohstoffpreisen.

Die monatlichen Indikatoren zur Lage der Weltwirtschaft vermitteln das Bild einer eher langsamen konjunkturellen Belebung. Die weltweite Industrieproduktion wurde im Februar leicht zurückgefahren. Positive Impulse kamen aus den Schwellenländern. Der weltweite Composite Einkaufsmanager Index von Markit hat sich im April leicht erholt. Das vom ifo Institut ermittelte Weltwirtschaftsklima verbesserte sich im zweiten Quartal dieses Jahres.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

Insgesamt dürfte sich das globale Wirtschaftswachstum im weiteren Verlauf moderat beschleunigen. Der IWF erwartet in seiner Prognose vom April nach einem Wachstum der Weltwirtschaft im Jahr 2015 von 3,1 % für das Jahr 2016 ein Wachstum von 3,2 %. Für das Jahr 2017 rechnet der IWF mit einer leichten Beschleunigung der Weltwirtschaft auf 3,5 %.

USA: Verlangsamtes Wachstumstempo.

Das an sich robuste Wirtschaftswachstum in den Vereinigten Staaten hat sich im ersten Quartal weiter verlangsamt. Mit +0,1 % nahm das Bruttoinlandsprodukt nur geringfügig gegenüber dem Vorquartal zu.

Der Arbeitsmarkt läuft weiter gut und stützt über den privaten Konsum das Wachstum. Doch die Exporte und die Investitionen lahmen. Der starke Dollar dämpft die Exportperspektiven der Industrie und die niedrigen Ölpreise belasten die Investitionen der Ölförderer und ihrer Zulieferer. Das Wachstumstempo verlangsamte sich im ersten Quartal daher zum dritten Mal in Folge.

Die Schwächephase der Industrie in den Vereinigten Staaten hält derzeit an. Im Februar und März sank die Industrieproduktion um jeweils 0,6 % gegenüber dem Vormonat. Die Aufträge konnten zuletzt etwas zulegen. Sie befinden sich aber immer noch deutlich unter dem Durchschnitt der vergangenen Jahre. Die Frühindikatoren deuten hingegen weiterhin eher auf eine Erholung hin. Zwar ist der nationale Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe im April zurückgegangen, der zusammengesetzte Markit Einkaufsmanagerindex für Industrie und Dienstleistungen nahm im April jedoch zu. Auch die Beschäftigung setzte im April ihren Aufschwung fort. Die Arbeitslosigkeit ging nach einem leichten Anstieg im März leicht zurück. Sie befindet sich nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau.

Der IWF ging in seiner Prognose vom April von einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 2,4 % für die Vereinigten Staaten aus. Im kommenden Jahr soll das Wachstum nach Einschätzung des IWF mit 2,5 % nur leicht höher ausfallen.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt
Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2015 Q1	2015 Q2	2015 Q3	2015 Q4	2016 Q1
Euroraum	0,6	0,4	0,3	0,3	0,5
USA	0,2	1,0	0,5	0,3	0,1
Japan	1,3	-0,4	0,4	-0,4	0,4

Arbeitslosenquote
Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

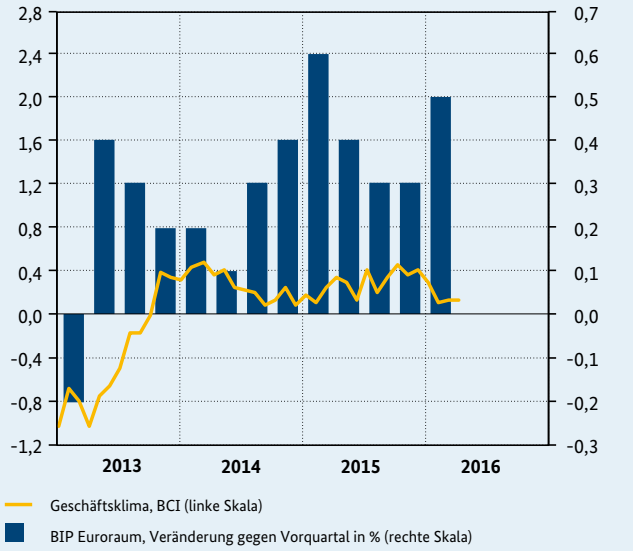
	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Euroraum	10,4	10,4	10,4	10,2	-
USA	5,0	4,9	4,9	5,0	5,0
Japan	3,3	3,2	3,3	3,2	-

Verbraucherpreise
Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Euroraum	0,2	0,3	-0,2	0,0	-0,2
USA	0,7	1,4	1,0	0,9	1,1
Japan	0,2	-0,1	0,3	0,0	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

Euroraum: BIP und Geschäftsklima
(saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Europäische Kommission

Japan: Schwache Konjunktur.

Das BIP in Japan ist im ersten Quartal um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Die Industrieproduktion konnte im März nach einem Rückgang im Februar deutlich zulegen. Das Niveau vom Januar bzw. das des Vorjahres wurden jedoch nicht erreicht. Der Markit Einkaufsmanagerindex sank im April weiter, nachdem er bereits im März unter die Wachstumsschwelle gefallen war. Im viel beachteten Tankan-Index ist eine breitflächige Stimmungseintrübung der Unternehmen erkennbar. Der Ausblick für die japanische Wirtschaft hat sich angesichts der schwachen Nachfrage aus dem asiatischen Raum und insbesondere aus China eingetrübt. In der aktuellen Prognose vom April geht der IWF daher von einem Wirtschaftswachstum von 0,5 % für das Jahr 2016 und -0,1 % im Jahr 2017 aus.

Euroraum: Guter Jahresauftakt.

Im Euroraum festigt sich der Erholungskurs weiter. Die wirtschaftliche Aktivität hat sich im ersten Quartal 2016 um 0,5 % beschleunigt, nach einem Anstieg um jeweils 0,3 % im dritten und vierten Quartal 2015. Neben Deutschland konnten Frankreich, Italien, die Niederlande und Österreich ihr Wachstumstempo etwas erhöhen. Die spanische Wirtschaft expandierte mit 0,8 % erneut kräftig. Die Wirtschaft Griechenlands schrumpfte im ersten Quartal um 0,4 % im Vergleich zum Vorquartal. In den Ländern der EU-28 außerhalb des Euroraums erhöhte sich das Wachstumstempo insgesamt ebenfalls etwas. In großen Ländern wie dem Vereinigten Königreich verlangsamte sich aber das Wirtschaftswachstum leicht auf 0,4 % und in Polen war es sogar negativ.

Die Industrieproduktion ist im Eurogebiet im März zum zweiten Mal in Folge zurückgegangen und befindet sich nach dem starken Anstieg im Januar jetzt wieder in etwa auf dem Niveau vom Dezember. In den Stimmungsindikatoren hat sich im ersten Quartal die gute Entwicklung der Industrie nicht gezeigt. Der Economic Business Climate Indicator hat sich zwar im April erneut leicht verbessert, befindet sich aber immer noch unter dem Niveau vom Jahresende 2015. Dies gilt auch für den Einkaufsmanagerindex von Markit. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ist im März auf 10,2 % zurückgegangen. Insgesamt fällt der konjunkturelle Ausblick daher gemischt aus, zumal im zweiten Quartal das Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU nicht zuletzt die Unsicherheit erhöhen könnte. Gleichwohl wird die Konjunktur im Euroraum weiterhin durch die expansive Geldpolitik, den niedrigen Ölpreis und den schwachen Wechselkurs gefördert. Die Europäische Kommission erwartet in ihrer Prognose vom Mai eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts für das Eurogebiet in Höhe von 1,6 % im Jahr 2016 und eine leichte Beschleunigung auf 1,8 % im Jahr 2017.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft startet gut in das neue Jahr.

Das Bruttoinlandsprodukt nahm in den ersten drei Monaten saisonal- und preisbereinigt um 0,7 % kräftig zu.[1] Getragen wurde das Wachstum vornehmlich von den binnenwirtschaftlich orientierten Komponenten. Aber auch die Ausfuhren haben sich in den letzten Monaten etwas belebt. Die Erwerbstätigkeit nahm im ersten Vierteljahr weiterhin merklich zu, wobei neue Beschäftigung vornehmlich in den Dienstleistungsbereichen entstand. Die Industrieproduktion war im ersten Quartal deutlich besser als im Vorquartal und die Bauproduktion profitierte spürbar vom milden Winter. Das stabile Preisniveau, die steigende Beschäftigung und zunehmende Einkommen der privaten Haushalte ermöglichten einen weiteren Anstieg der privaten Konsumausgaben. Konjunkturell stützend haben auch die staatlichen Ausgaben für die Versorgung der Flüchtlinge gewirkt. Nach den vorliegenden Indikatoren dürften auch die Investitionen merklich zugenommen haben. Die Verunsicherung der Wirtschaft hat sich weiter zurückgebildet. Nach dem positiven Start in das Jahr 2016 dürfte sich das Wachstum der deutschen Wirtschaft im zweiten Vierteljahr dennoch etwas verlangsamen, weil die übliche Frühjahrsbelebung angesichts der milden Witterung im ersten Vierteljahr etwas schwächer ausfallen dürfte.

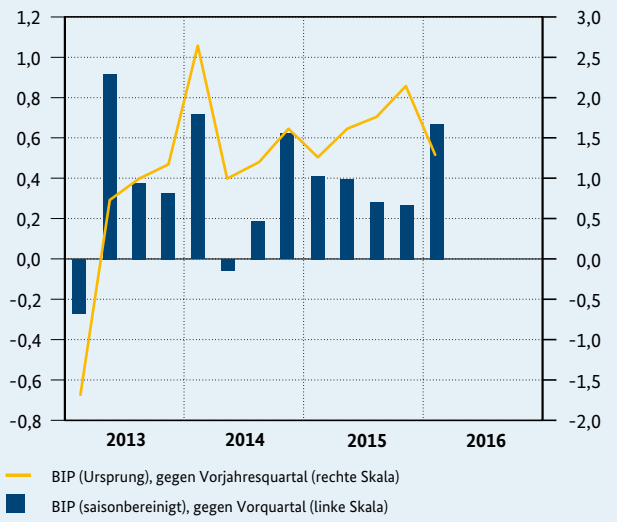
2. Produzierendes Gewerbe

Die Industrieproduktion erzielt positive Quartalsergebnisse in allen Hauptgruppen.

Das Baugewerbe verbucht im ersten Vierteljahr ein kräftiges Produktionsplus.

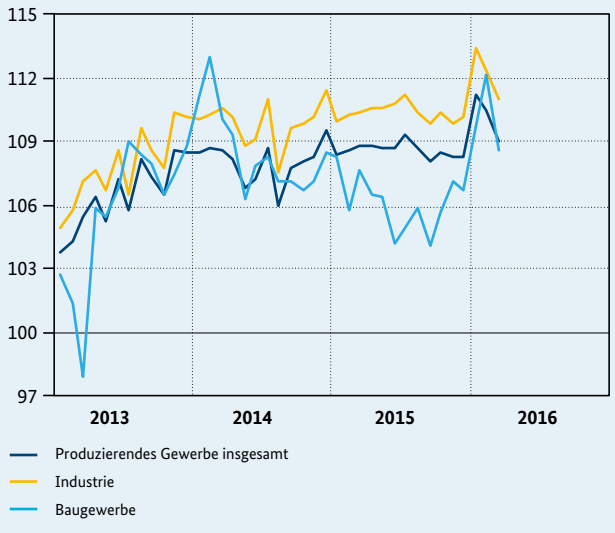
Das Produzierende Gewerbe legt einen guten Start ins Jahr vor und konnte seine Schwächephase des zweiten Halbjahres 2015 überwinden. Der Trend der Produktion ist zum Jahresbeginn wieder aufwärtsgerichtet. Zwar ging die Erzeugung im März um 1,3 % gegenüber dem Vormonat zurück. Das Quartalsergebnis fiel mit einem Zuwachs von 1,8 % gegenüber dem Jahresschlussquartal 2015 jedoch recht positiv aus. Sowohl in der Industrie als auch im Baugewerbe konnte das Produktionsvolumen ausgeweitet werden. Die Energieerzeugung nahm wegen des milden Winters etwas ab. Das ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe

Bruttoinlandsprodukt
(Veränderungen in %, preisbereinigt)



Quelle: StBA

Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 18. Mai 2016 vorlagen.

hellte sich im April erneut auf. Hierfür war eine optimistischere Sicht der Industriefirmen auf die kommenden Monate ausschlaggebend.

Innerhalb der Industrie ging die Erzeugung der Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüterproduzenten im März zurück. Im Quartalsvergleich wurden jedoch für alle Hauptgruppen spürbare Zuwächse ausgewiesen. In der Einzelbetrachtung konnten außerdem die Hersteller nahezu aller Branchen einen Anstieg des Produktionsvolumens verbuchen. Die gewichtige Kfz-Branche schloss das Quartal mit einem kräftigen Plus von 5,2 % gegenüber der Vorperiode ab, wobei sich auch Produktionsverlagerungen vom Dezember in das neue Jahr auswirkten.

Industrie

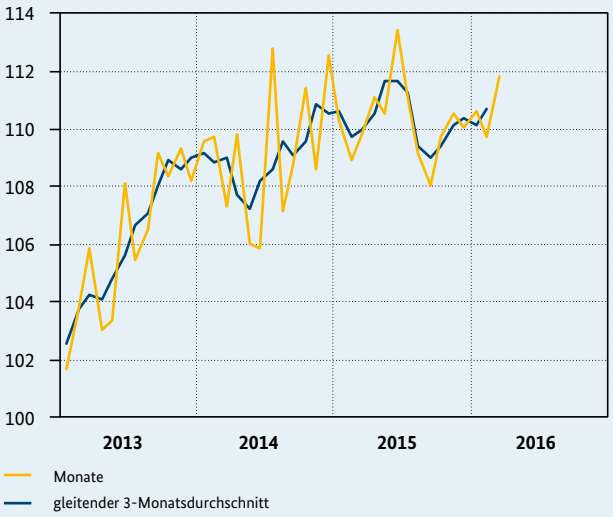
Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q4	Q1	Jan.	Feb.	März
Produktion					
Insgesamt	-0,3	1,9	3,0	-1,0	-1,2
Vorleistungsgüter	0,3	1,4	0,7	0,6	-1,3
Investitionsgüter	-0,5	2,6	5,3	-2,1	-1,4
Konsumgüter	-1,2	1,6	2,3	-0,9	-0,2
Umsätze					
Insgesamt	0,0	0,9	0,9	-0,2	-1,2
Inland	0,3	1,3	2,4	-0,7	-1,4
Ausland	-0,2	0,5	-0,5	0,3	-0,9
Auftragseingänge					
Insgesamt	0,6	0,5	0,5	-0,8	1,9
Inland	1,1	-1,3	-1,4	0,9	-1,2
Ausland	0,2	2,0	1,9	-2,1	4,3
Vorleistungsgüter	2,5	-1,8	-2,5	1,9	-1,2
Investitionsgüter	-0,9	1,9	1,9	-1,7	4,0
Konsumgüter	4,0	1,5	3,8	-6,8	1,6

Quellen: StBA, BBk

Die Umsätze in der Industrie gingen am aktuellen Rand zurück. Im ersten Vierteljahr wurde jedoch ein Umsatzplus von 0,9 % erreicht. Für alle drei Hauptgruppen, die Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüter, konnten im Quartalsergebnis Zuwächse verbucht werden. Dabei ging die Entwicklung der industriellen Hersteller auf einen Anstieg der Umsätze sowohl mit dem In- als auch mit dem Ausland zurück. Der Anstieg der inländischen Umsätze mit Investitionsgütern um 1,4 % im ersten Quartal deutet auf eine gewisse Belebung bei Investitionen in Ausrüstungen hin.

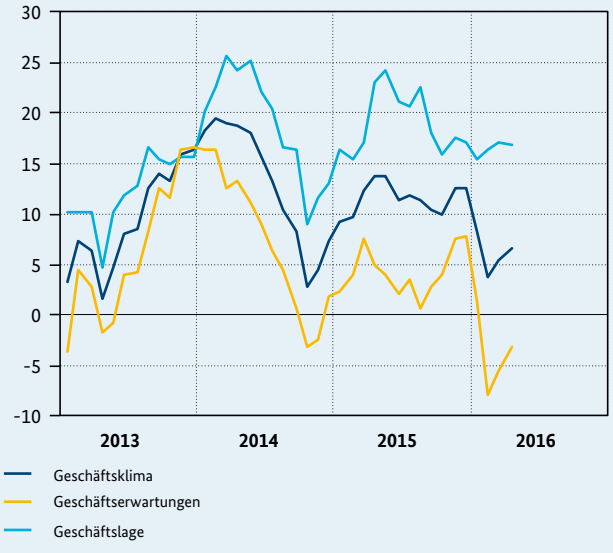
Auftragseingang in der Industrie
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Die Auftragseingänge in der Industrie expandierten im März spürbar, wobei die Zahl der volatilen Großaufträge leicht überdurchschnittlich ausfiel. Nach dem starken Märzergebnis ergab sich auch im Quartalsvergleich ein leichter Anstieg der Bestellungen. Insbesondere die Impulse aus dem Nicht-Euroraum waren zuletzt positiv. Auch die Nachfrage aus dem Euroraum nahm im ersten Quartal leicht zu. Die Inlandsbestellungen gingen hingegen zurück.

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe
(saisonbereinigt, Salden)

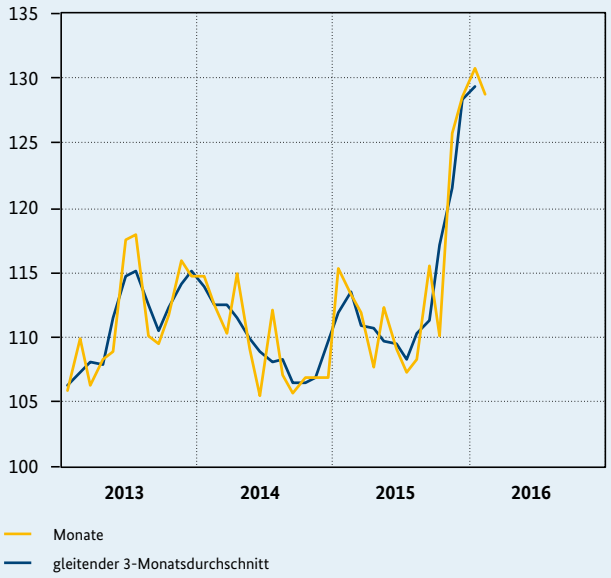


Quelle: ifo Institut

Bei den Investitions- und Konsumgüterherstellern stieg im ersten Vierteljahr das Auftragsvolumen. Die Bestellungen für Vorleistungsgüter nahmen hingegen spürbar ab. Der Auftragsbestand ist mit einer Jahresrate von 4,0 % wieder etwas höher als im Vormonat. Die Reichweite der Aufträge hat sich im März weiter auf 5,1 Monate erhöht.

Die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe, die sich zu Beginn des Jahres deutlich eingetrübt hatte, verbesserte sich im April erneut. Die Aufhellung ist auf optimistischere Erwartungen für die kommenden Monate zurückzuführen. Bei der Beurteilung der aktuellen Lage waren die Industriefirmen etwas zurückhaltender. Insgesamt deuten die aktuellen Daten auf eine Fortsetzung der moderaten Aufwärtstendenz der Industriekonjunktur hin.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q4	Q1	Jan.	Feb.	März
Insgesamt	1,5	3,4	2,8	2,2	-3,2
Bauhauptgewerbe	3,5	1,7	-0,5	4,4	-4,4
Ausbaugewerbe	-0,7	5,5	6,7	-0,2	-1,8

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	3.Q.	4.Q.	Dez.	Jan.	Feb.
Insgesamt	0,6	10,2	2,2	1,7	-1,5
Hochbau	2,7	6,0	-5,7	4,1	-1,5
Wohnungsbau*	9,2	-2,2	2,5	8,9	-3,7
Gewerblicher*	-2,1	11,2	-14,5	-0,9	2,3
Öffentlicher*	0,2	15,5	6,4	6,8	-7,4
Tiefbau	-1,9	15,1	11,8	-0,6	-1,6
Straßenbau*	2,3	2,0	16,4	21,4	-1,6
Gewerblicher*	-3,3	14,5	-25,3	20,8	-14,4
Öffentlicher*	-5,4	35,3	67,3	-35,8	16,0
Öffentlicher Bau insg.	-0,7	15,5	32,2	-6,3	2,7

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Nach deutlichen Anstiegen in den letzten zwei Monaten ging die Produktion im Baugewerbe im März spürbar zurück. Hier dürften Vorzieheffekte im Zuge des milden Winters, die sich auch in unterdurchschnittlichen witterungsbedingten Baubehinderungen zu Beginn des Jahres zeigten, eine Rolle gespielt haben. Das erste Quartal insgesamt konnte der Bausektor mit einer sehr kräftigen Ausweitung der Erzeugung abschließen. In dem guten Quartalsergebnis spiegeln sich Zuwächse in allen Teilbereichen wider. Vor allem das Ausbaugewerbe konnte ein sehr kräftiges Produktionsplus verzeichnen.

Nach dem kräftigen Anziehen der Bestellungen in den letzten Monaten gingen die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im Februar etwas zurück. Dies ist auf einen Rückgang der Aufträge durch gewerbliche Auftraggeber und im Wohnungsbau zurückzuführen. Die Aufträge im öffentlichen Bau nahmen auf sehr hohem Niveau nochmals zu. Insgesamt blieben die Auftragseingänge deutlich aufwärtsgerichtet und lagen im Januar/Februar mit +13,6 % erheblich über dem Stand vor einem Jahr.

Der Geschäftsklimaindex im Bauhauptgewerbe hellte sich im April auf und befindet sich mit Werten im positiven Bereich deutlich über seinem langjährigen Durchschnitt. Ein niedriges Zinsumfeld, positive Einkommenserwartungen und die gute Situation am Arbeitsmarkt sprechen weiterhin für eine günstige Entwicklung insbesondere des Wohnungsbaus. Zusätzliche Impulse dürfte der gestiegene Wohnraumbedarf durch die Flüchtlinge liefern.

3. Privater Konsum

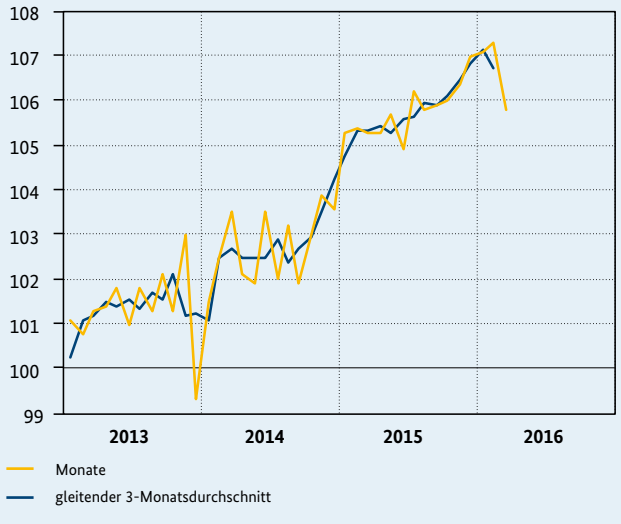
Der Einzelhandel schaltet einen Gang zurück; der Kfz-Handel bleibt weiter dynamisch.

Die Stimmung bei Händlern und Konsumenten bleibt gut.

Die private Konsumnachfrage bleibt hoch, auch wenn die Umsätze des Einzelhandels etwas an Dynamik verloren haben. Die gute Beschäftigungs- und Einkommenssituation sowie die äußerst moderate Preisentwicklung bilden das Fundament für eine weiterhin positive Entwicklung der privaten Konsumausgaben.

Ausgehend von einem sehr hohen Niveau sind die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) im März recht kräftig um 1,1 % zurückgegangen. Bereits in den beiden Vormonaten stagnierte die Entwicklung. Das Quartalsergebnis fiel im Durchschnitt dennoch leicht positiv aus (+0,2 %), blieb aber hinter der Dynamik der Vorquartale zurück. Die Umsätze im Kfz-Handel stiegen dagegen weiter an. Nach dem starken Jahresauftakt (Januar: +4,9 %) legten die Erlöse im Februar um weitere 0,6 % zu. Darin sind zwar auch gewerbliche Käufe enthalten, doch die hohe Zahl an privaten Kfz-Neuzulassungen, die im Zeitraum von Januar bis April ein Plus von 2,8 % gegenüber dem entsprechenden Zeitraum im Vorjahr aufweisen, belegt, dass deutliche Impulse von den privaten Haushalten ausgehen.

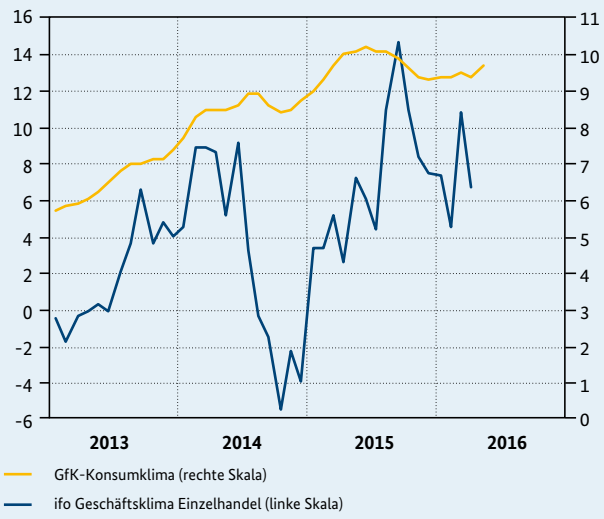
Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Entsprechend gut ist die Stimmung im Einzelhandel, auch wenn er im Vergleich zum letzten Herbst etwas weniger Zuversicht ausstrahlt. Trotz des jüngsten Rückgangs im April fallen aber weiterhin sowohl die Bewertung der aktuellen Lage als auch Erwartungen über die kommenden Monate, gemessen am langjährigen Durchschnitt, überdurchschnittlich aus. Auch die positive Stimmung unter den Verbrauchern bleibt ungetrübt. Angesichts guter Rahmenbedingungen konnte das GfK-Konsumklima auf ohnehin sehr hohem Niveau noch einmal zulegen. Sowohl die Konjunktur- und Einkommenserwartungen als auch die Anschaffungsneigung nahmen zu.

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK

4. Außenwirtschaft

Das außenwirtschaftliche Umfeld hellt sich nur langsam auf.

Im ersten Quartal sind vom Außenhandel per saldo keine positiven Impulse ausgegangen.

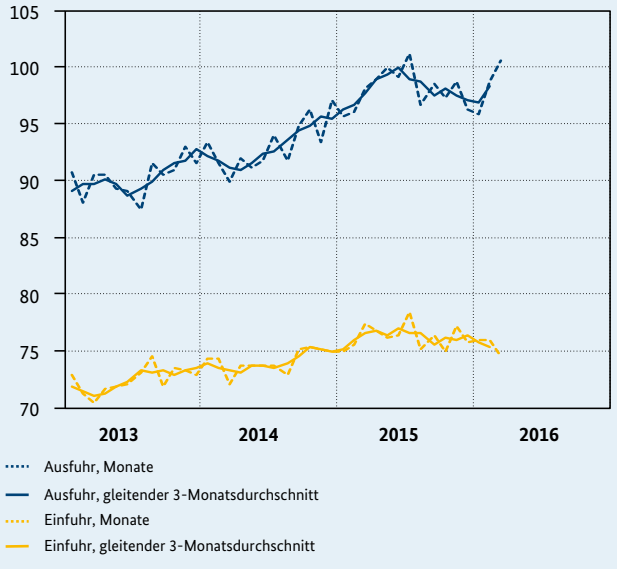
Die Exportaussichten sind verhalten positiv.

Im März 2016 wurden in Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von 126,3 Mrd. Euro ausgeführt. Gegenüber dem Vormonat sind die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen saisonbereinigt um 0,1 % leicht gestiegen. Damit wurden im gesamten ersten Quartal nominal 1,2 %

mehr Waren und Dienstleistungen ausgeführt als im Vorquartal.[2] Die Ausfuhrpreise waren im ersten Quartal rückläufig, sodass der Anstieg in realer Betrachtung noch etwas stärker ausgefallen sein dürfte. Nach Regionen wurden im Januar und Februar insbesondere die Ausfuhren von Waren in die Europäische Union im Vergleich zum Vorjahr überdurchschnittlich ausgeweitet. Ausfuhren von Waren in große Absatzmärkte außerhalb der Europäischen Union, wie beispielsweise in die Vereinigten Staaten und China, waren zu Jahresbeginn rückläufig.

Die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen in jeweiligen Preisen sind im März saisonbereinigt um 1,6 % zurückgegangen. Damit sanken sie im ersten Quartal insgesamt um saisonbereinigt 0,7 % gegenüber dem Vorquartal. Die Einfuhrpreise gingen im ersten Quartal weiter um saisonbereinigt 2,6 % zurück. In der Tendenz dürfte sich daher der reale Anstieg der Einfuhren fortsetzen. Preisbereinigt dürften die Einfuhren etwas mehr zugenommen haben als die Ausfuhren, sodass im ersten Quartal vom Außenhandel alles in allem keine positiven Impulse ausgegangen sind.

Warenhandel
(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik BBk

In jeweiligen Preisen ergab sich im ersten Quartal für den Handel von Waren und Dienstleistungen in Ursprungswerten ein Überschuss von 59,7 Mrd. Euro und für die Leistungsbilanz von 65,7 Mrd. Euro. Der Anstieg der Leistungsbilanz um 7,5 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr ist neben der geringeren Ölrechnung auch auf die zunehmenden Salden der Primär- und Sekundäreinkommen zurückzuführen.

Außenhandel*

	Q4	Q1	Jan.	Feb.	März
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik) Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	-1,2	1,2	-0,9	4,2	0,1
Einfuhr	-0,3	-0,7	-0,4	0,3	-1,6
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik) Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	4,9	0,7	-1,5	4,1	-0,5
Eurozone	6,6	1,4	-0,2	3,3	1,0
EU Nicht-Eurozone	6,1	4,8	2,5	9,3	2,9
Drittländer	3,0	-2,1	-4,9	2,0	-3,4
Einfuhr	4,2	0,3	1,6	4,1	-4,3
Eurozone	4,2	1,0	2,6	3,8	-2,8
EU Nicht-Eurozone	6,2	4,8	4,2	11,1	-0,4
Drittländer	3,0	-3,2	-1,1	0,4	-8,3

Quellen: StBA, BBk * Angaben in jeweiligen Preisen

Die nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft deuten auf eine verhalten positive Exportentwicklung hin. Zwar haben sich die Bestellungen aus dem Ausland im März deutlich erhöht. Doch die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sind im April etwas gesunken. Auch der real effektive Wechselkurs des Euro hat im April gegenüber den wichtigsten deutschen Handelspartnern weiter aufgewertet. Die Exportaussichten werden sich voraussichtlich nur langsam weiter aufhellen.

5. Arbeitsmarkt

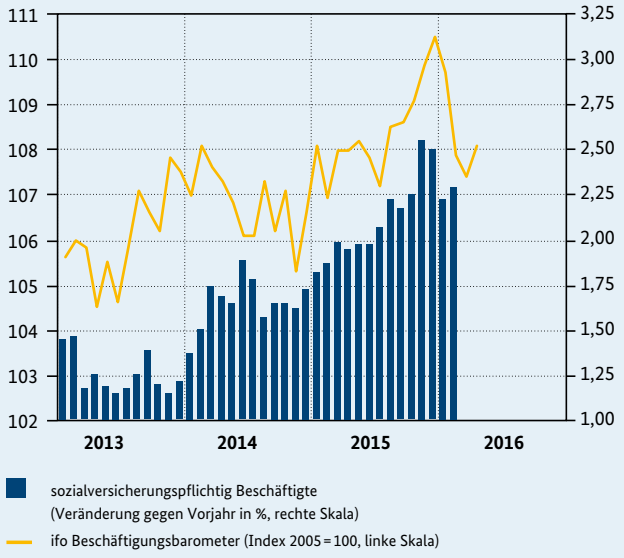
Die Beschäftigung nimmt weiter kräftig zu.

Die Arbeitslosigkeit ist, unterstützt durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, leicht gesunken.

Die positive Entwicklung des Arbeitsmarkts hält an. Die Erwerbstätigkeit nahm im März saisonbereinigt weiter zu. Ihr Anstieg erfolgt vor allem bei der sozialversicherungs-

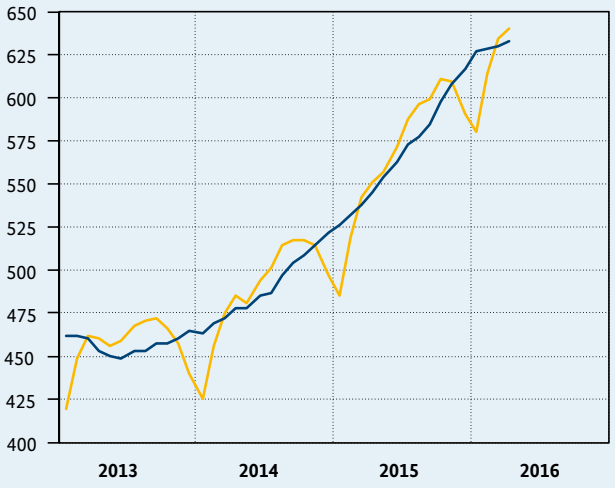
2 Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.

ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Quellen: BA, ifo Institut

Gemeldete Arbeitsstellen
(in 1000)



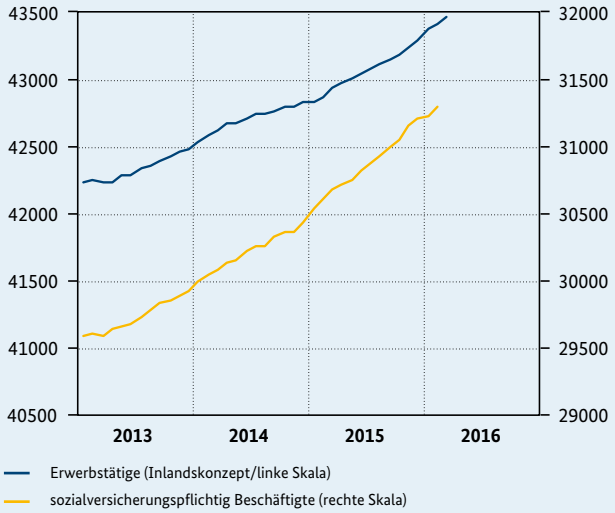
Quellen: BA, BBk

pflichtigen Beschäftigung. Unterstützt durch die Frühjahrsbelebung ist im April die registrierte Arbeitslosigkeit gesunken. Auch in der saisonbereinigten Betrachtung ergab sich bei der Arbeitslosigkeit ein Rückgang, allerdings nur dank des Zuwachses an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Bei der Unterbeschäftigung war daher ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften blieb hoch. Die kräftige Zuwanderung durch Flüchtlinge wirkt sich noch nur moderat auf den Arbeitsmarkt aus, bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit wird sie aber sichtbarer.

Von den Frühindikatoren kommen gemischte Signale. Das ifo Beschäftigungsbarometer ist im April 2016 nach dreimaligem Rückgang wieder gestiegen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat sein Arbeitsmarktbarometer neu strukturiert. Der Teilindikator Arbeitslosigkeit sank leicht und liegt knapp unter dem neutralen Wert. Demzufolge rechnen die Agenturen mit einem geringfügigen Anstieg der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit in den kommenden drei Monaten. Die IAB-Erwartungen zur künftigen Beschäftigungsentwicklung zeigen einen fast unveränderten Aufwärtstrend. Der BA-X Stellenindex, in dem alle der BA bekannten Informationen zum Stellenangebot gebündelt werden, hat seinen Rekordwert wieder erreicht.

Bei der Erwerbstätigkeit hielt der positive Trend an. Im Vormonatsvergleich erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Inland saisonbereinigt um 44.000 Personen. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Inland um 1,2 % zu.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
(in 1000, saisonbereinigt)



Quellen: BA, StBA, BBk

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg im Februar saisonbereinigt um 77.000 Personen, erneut kräftiger als die Erwerbstätigkeit in diesem Monat. Insgesamt waren 31,04 Mio. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Binnen Jahresfrist nahmen die sozialversicherungspflichtigen Stellen um 697.000 zu.

Nahezu alle Branchen verzeichneten auf Jahresfrist mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Die Dienstleistungsbereiche Pflege und Soziales, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen sowie der Handel ragen heraus.

Die sonstigen Formen der Erwerbstätigkeit, wie die Selbständigen, die ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten und die in Arbeitsgelegenheiten Beschäftigten, haben gegenüber dem Vorjahr etwas an Bedeutung verloren.

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q4	Q1	Feb.	März	April
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,655	2,892	2,911	2,845	2,744
gg. Vorjahr in 1.000	-83	-101	-106	-87	-99
gg. Vorperiode in 1.000*	-24	-40	-10	-3	-16
Arbeitslosenquote	6,0	6,6	6,6	6,5	6,3

Erwerbstätige (Inland)

	Q4	Q1	Jan.	Feb.	März
in Mio.	43,4	43,1	43,0	43,0	43,2
gg. Vorjahr in 1.000	424	533	532	540	527
gg. Vorperiode in 1.000*	116	181	79	45	44

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

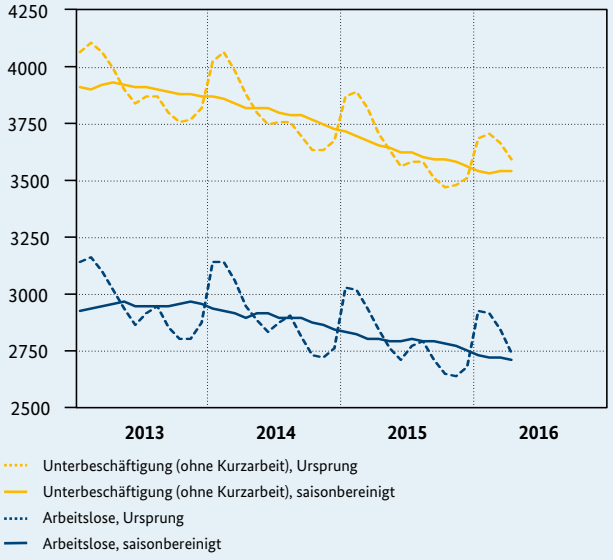
	Q3	Q4	Dez.	Jan.	Feb.
in Mio.	31,0	31,3	31,2	31,0	31,0
gg. Vorjahr in 1.000	308	294	762	675	697
gg. Vorperiode in 1.000*	170	200	59	20	77

Quellen: BA, StBA, BBk

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Die registrierte Arbeitslosigkeit sank im April saisonbereinigt um 16.000 Personen. Der Rückgang im Berichtsmonat April war allerdings durch den Anstieg arbeitsmarkpolitischer Maßnahmen insbesondere für Personen aus dem Bereich SGB II geprägt. Dies hat den Arbeitsmarkt entlastet. Nach Ursprungszahlen ging die Arbeitslosigkeit im April im Zuge der Frühjahrsbelebung um 101.000 auf 2,74 Mio. Personen zurück. Der Vorjahresstand wurde um 99.000 Personen unterschritten, obwohl die Arbeitslosigkeit von Personen aus den wichtigsten nicht-europäischen Asylzugangsländern um 64.000 Personen gegenüber dem Vorjahr zunahm.

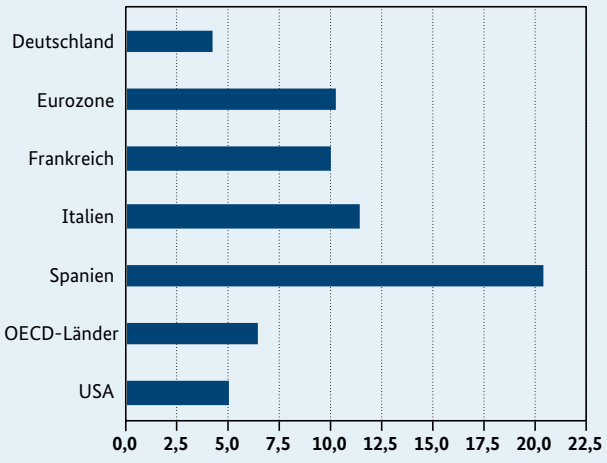
Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung
(in 1000)



Quellen: BA, IAB, BBk

Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote sank im März auf 4,2 %. Im internationalen Vergleich hat Deutschland eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer.

Internationale Erwerbslosenquoten
(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: März 2016)



Quelle: Eurostat

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, lag im April bei 3,59 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Im Vergleich zum

Vorjahr ging die Unterbeschäftigung, weniger stark als zuletzt, um 115.000 Personen zurück. Saisonbereinigt ist am aktuellen Rand ein leichter Anstieg festzustellen.

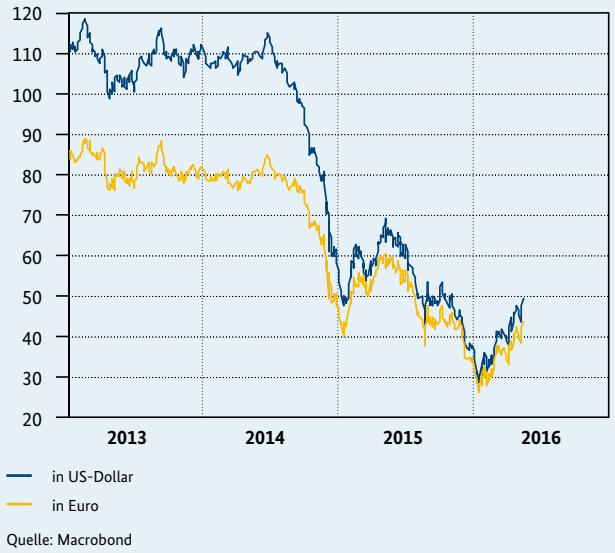
6. Preise

Die Rohstoffpreise durchbrechen ihren Abwärtstrend. Insbesondere der Rohölpreis konsolidiert sich langsam.

Die Einfuhrpreise stiegen von Februar auf März erstmals seit zehn Monaten.

Das entspannte Preisklima in Deutschland hält im Frühjahr 2016 unverändert an. Sowohl die Einfuhr-, als auch die Erzeuger- und Verbraucherpreise liegen aufgrund der stark gefallenen Energiepreise unter ihren Vorjahresniveaus. Seit März 2016 ist jedoch eine Trendwende auf den Rohstoffmärkten zu beobachten. Der Rohölpreis der europäischen Leitölsorte Brent entfernte sich bis Mitte Mai deutlich von seinem Tiefpunkt aus dem Januar. Er erhöhte sich seitdem um ca. 70 % und notierte zuletzt mit ca. 49 US-Dollar je Barrel auf einem neuen Jahreshöchststand.

Rohölpreis der Sorte Brent
(je Barrel)

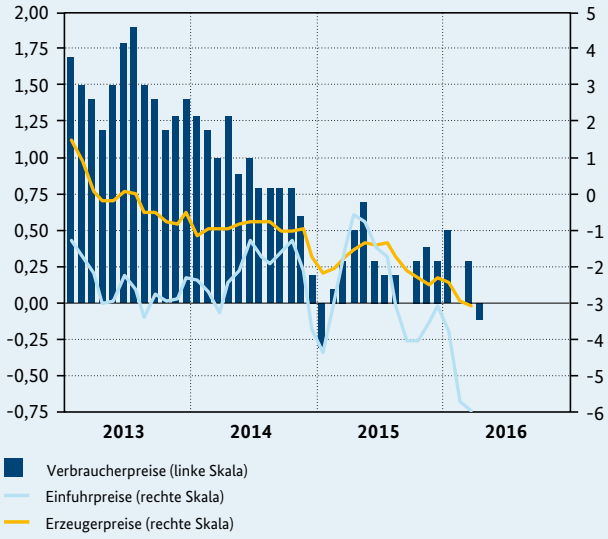


Quelle: Macrobond

Im weiteren Jahresverlauf ist mit einer allmählich anziehenden Teuerung zu rechnen, die allerdings moderat bleiben dürfte. Die Bundesregierung erwartet laut ihrer aktuellen Frühjahrsprojektion von Ende April einen durchschnittlichen Verbraucherpreisanstieg von 0,5 % in diesem Jahr.

Die Einfuhrpreise sind im März gegenüber dem Vormonat nach zehn Rückgängen in Folge wieder gestiegen. Insgesamt erhöhten sich die Preise für Importprodukte im Monatsvergleich spürbar um 0,7 %. Ausschlaggebend für den Anstieg waren vor allem Preiserhöhungen bei Erdöl und Mineralölerzeugnissen sowie bei Erzen. Binnen Jahresfrist fielen die Preise für Importprodukte durchschnittlich um 5,9 %. Das war der stärkste Rückgang seit der globalen Wirtschaftskrise 2009. Insbesondere die Energiepreise, vor allem Erdöl und Mineralölerzeugnisse, sind noch fast ein Drittel günstiger als vor einem Jahr. Die Importpreise ohne Energie lagen dementsprechend nur um 2,7 % unter dem Vorjahresniveau. Hier verbilligten sich infolge der eher schwachen weltwirtschaftlichen Dynamik die Vorleistungsgüter am stärksten.

Preisentwicklung
(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Quelle: StBA

Die Ausfuhrpreise erhöhten sich im März im Vergleich zum Februar leicht um 0,2 %. Preisimpulse kamen im Zuge der Ölpreisentwicklung hauptsächlich aus dem Bereich Energie, während aus den anderen Hauptgruppen kaum Änderungen gemeldet wurden. Im Vergleich zum Vorjahr fielen die Exportpreise mit einer Rate von -1,6 % so stark wie seit über sechs Jahren nicht mehr. Insgesamt führte aus deutscher Sicht die Entwicklung der Außenhandelspreise zu einer deutlichen Verbesserung der Terms of Trade. Das

außenwirtschaftliche Tauschverhältnis lag im März 2016, wie auch schon im Vormonat, um 4,7 % über dem Vorjahresniveau.

Im Inlandsabsatz blieben die Erzeugerpreise im März gegenüber dem Vormonat stabil. Während die Preise für Verbrauchsgüter leicht zurückgingen, wurden Energieprodukte etwas teurer. Zwischen März 2015 und März 2016 sanken die Preise für gewerbliche Produkte um 3,1 % und damit auf den niedrigsten Stand seit Januar 2010. Vor allem die auf Jahressicht rückläufigen Energie- und Vorleistungsgüterpreise haben den Kostendruck auf der Produzentenseite erheblich verringert. Leichte Preisanhebungen auf der Erzeugerstufe gab es bei Investitions- und Gebrauchsgütern.

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	März	**April**	**März**	**April**
Insgesamt	0,8	-0,4	0,3	-0,1
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,7	-0,6	1,3	0,9
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	2,7	-5,7	2,9	-0,6
Pauschalreisen	10,1	-23,6	7,1	-8,8
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,4	0,2	2,1	1,9
Energie	1,0	0,9	-8,9	-8,5
Haushaltsenergie	0,8	-0,1	-6,5	-6,3
Heizöl	10,1	-1,0	-28,3	-28,6
Kraftstoffe	1,3	3,0	-13,5	-12,9
Dienstleistungen	0,7	-1,2	1,6	0,8
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,3	0,3	-	-

Quellen: StBA, BBk

Die Verbraucherpreise verringerten sich von März auf April spürbar um 0,4 %. Der Rückgang ging primär auf saisonale Preisveränderungen zurück. Deutliche Preissenkungen gab es in erster Linie nach den Osterferien bei Pauschalreisen. Billiger wurde zum Ende der offiziellen Heizperiode aber auch Heizöl. Im Gegenzug dazu verteuerten sich Kraftstoffe den zweiten Monat in Folge. Im Vergleich zum Vorjahr rutschten die Preise für die Konsumenten im April 2016 erstmals seit Anfang 2015 mit -0,1 % wieder in den negativen Bereich. Verantwortlich dafür war aber auch die frühe Lage der Osterfeiertage und damit ein Sondereffekt. Die Kerninflationsrate, die die volatilen Energie- und Nahrungsmittelpreise ausklammert, war mit einer Preissteigerungsrate von 0,9 % etwas geringer als zuvor. Sie schwankte in den letzten zwei Jahren in einer nur engen Spanne von 0,9 % bis 1,5 %.

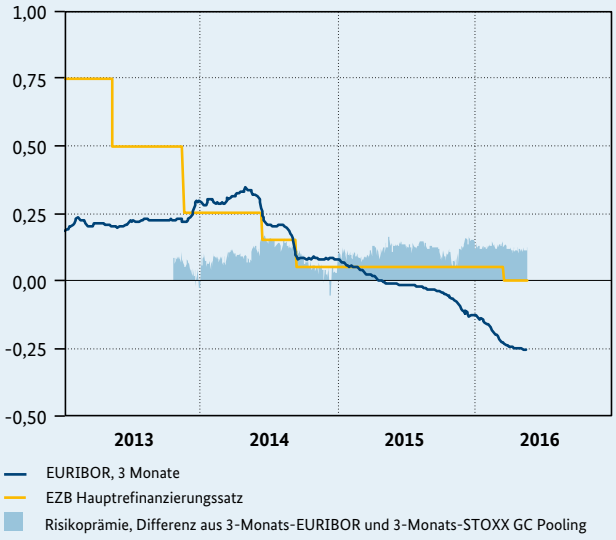
7. Monetäre Entwicklung

Die Vergabe von Unternehmenskrediten zieht an.

Der Euro wertete auf.

Die Europäische Zentralbank (EZB) verfolgt weiterhin ihre expansive Geldpolitik. Der Refinanzierungssatz liegt bei 0,0 % und für Einlagen mit -0,4 % sogar im negativen Bereich.

Geldmarktsätze in der Eurozone
(in %)



Quelle: Macrobond

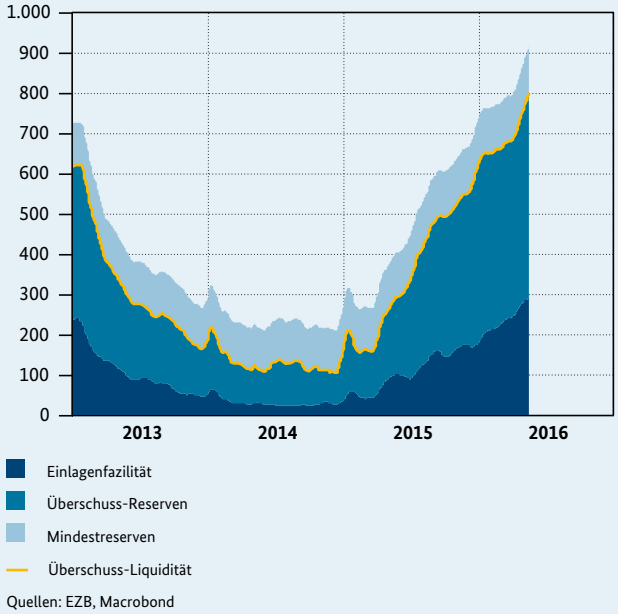
Die Absenkung des Zinssatzes für die Einlagenfazilität zeigt sich auch am Interbankenmarkt. Der besicherte Interbankenzins liegt nun unter -0,38 %. Der unbesicherte Interbankenzins ist etwas weniger negativ und liegt bei -0,26 %. Zudem führt die EZB geldpolitische Sondermaßnahmen im Rahmen des Erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (EAPP) durch, um den Markt zusätzlich mit Liquidität zu versorgen. Das monatliche Volumen des Ankaufprogramms wurde auf 80 Mrd. Euro erhöht. Im April wurden sogar Wertpapiere im Wert von 85,2 Mrd. Euro erworben. Im Juni soll zudem ein Kaufprogramm für Unternehmensanleihen beginnen.

EZB Bilanzsumme
(in Bio. Euro)

Quellen: EZB, Macrobond

Ihre Bilanz hat die EZB durch die Ankaufprogramme seit Dezember 2014 von 2,03 auf 3,03 Billionen Euro ausgeweitet. Im Zuge des Ankaufprogramms der EZB stieg die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität weiter an und lag im April bei 752 Mrd. Euro.

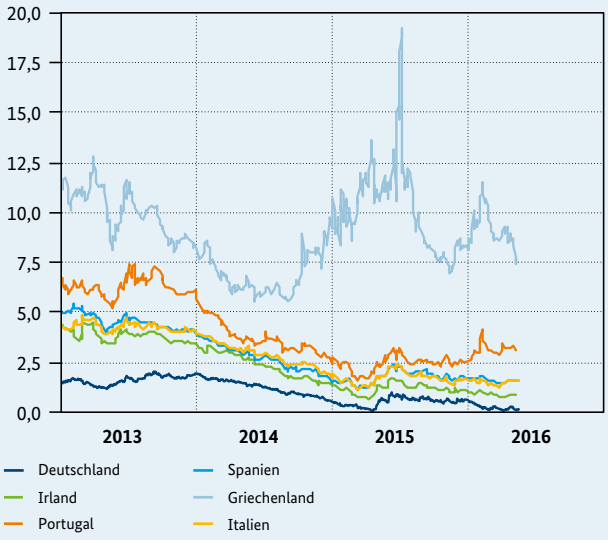
Liquidität im Eurobankensystem
(in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte)



Quellen: EZB, Macrobond

In Folge des Ankaufprogramme der EZB betragen die Zinsen für zehnjährige Bundesanleihen in Deutschland derzeit lediglich 0,16 %. Die Zinsdifferenz innerhalb des Euroraums bleibt jedoch erhalten. Die Rendite zehnjähriger Anleihen betrug für portugiesische Anleihen 3,1 % und für spanische und italienische jeweils 1,6 %. Für französischen Staatsanleihen beträgt der Zins hingegen nur 0,5 %. Auch die Zinsen für Unternehmensanleihen sind weiter gesunken. Hintergrund wird die Ankündigung der EZB sein, verstärkt Unternehmensanleihen aufzukaufen.

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen
(Tageswerte in %)



Quelle: Macrobond

Im Dezember vorigen Jahres hat die amerikanische Notenbank die Zinsen letztmals auf 0,25 % bis 0,5 % angehoben. Angesichts des sich verlangsamenden Wachstums in den Vereinigten Staaten erwarten die Finanzmärkte vorsichtigere Zinserhöhungsschritte der amerikanischen Notenbank. Die geänderten Erwartungen über den zukünftigen Zinspfad der Vereinigten Staaten dürften dazu beigetragen haben, dass der Euro im Berichtszeitraum gegenüber dem US-Dollar um 0,8 % im Vergleich zum Vormonat aufgewertet hat.[3] Auch gegenüber den anderen wichtigen Währungen, wie dem japanischen Yen (+0,8 %) oder dem chinesischen Renminbi (+1,5 %), hat der Euro aufgewertet. Somit verschlechterte sich der reale effektive Wechselkurs der deutschen Wirtschaft gegenüber 56 Handelspartnern im April um 0,3 % gegenüber dem Vormonat.

3 Berichtszeitraum: 15. April bis 18. Mai 2016.

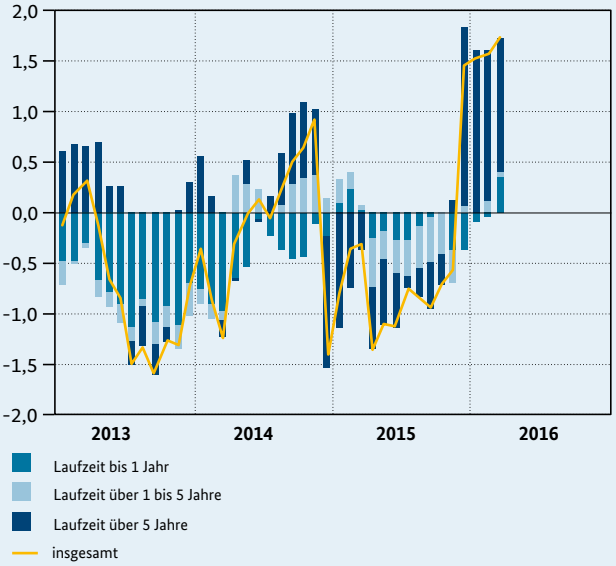
Gemäß langfristigen Untersuchungen der Bundesbank folgt die Vergabe von Unternehmenskrediten mit zeitlicher Verzögerung dem Wirtschaftswachstum. Nachdem die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften bis November 2015 im Vorjahresvergleich rückläufig war, haben die Bestände seit Dezember wieder zugenommen. Auch im März lagen die Buchkredite 1,7 % über dem Niveau des Vorjahres. Damit hat sich die Kreditvergabe an deutsche Unternehmen weiter beschleunigt. Vor allem langfristige Kredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren haben sich auf Jahresfrist am stärksten erhöht. Dies deckt sich mit den Beobachtungen des aktuellen Bank Lending Surveys der EZB, wo die Banken in Deutschland von einer steigenden Kreditnachfrage der Unternehmen berichten. Zudem geben die Banken an, dass die Kreditstandards weiter gesenkt wurden.

Die anziehende Vergabe von Unternehmenskrediten wird auch durch die gesunkenen Zinsen stimuliert sein. Im März mussten Unternehmen in Deutschland für neu vergebene Kredite mit einem Volumen von mehr als einer Million Euro lediglich 1,42 % Zinsen zahlen. Die Kreditvergabe an private Haushalte ist dagegen schon seit langem ansteigend und legte im März um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr zu. Die wichtigste Triebfeder blieb die Vergabe von Wohnungsbaukrediten (+3,6 %), die durch das sehr niedrige Zinsniveau begünstigt wird.

Auch die Kreditvergabe im Euroraum konnte sich erholen. Im März war das Kreditvolumen für nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften 1,1 % höher als im Vorjahr. Das Kreditvolumen für private Haushalte stieg um 1,6 %. Nach dem aktuellen Bank Lending Survey gehen die Banken im Euroraum auch in den kommenden Monaten von einer ansteigenden Kreditnachfrage bei unveränderten Kreditvergabestandards aus.

Der Zinsabstand für Unternehmenskredite innerhalb des Euroraums verringerte sich tendenziell. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland haben im Mittel 1,1 Prozentpunkte höhere Kreditzinsen als deutsche Unternehmen. Anfang 2013 lag dieser Abstand noch bei 2,5 Prozentpunkten.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland
(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Quelle: BBk

Seit April 2014 stieg die Geldmenge M3 des Euroraums relativ kontinuierlich an. Die Jahresrate ihres Dreimonatsdurchschnitts lag im Februar bei 5,0 %. Der Anstieg ging vorrangig auf eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurück, die auf Jahresfrist Stand März angesichts des EAPP der EZB um 10,1 % gestiegen ist. Die monetäre Dynamik blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 hatte das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7 % betragen.

III.
Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

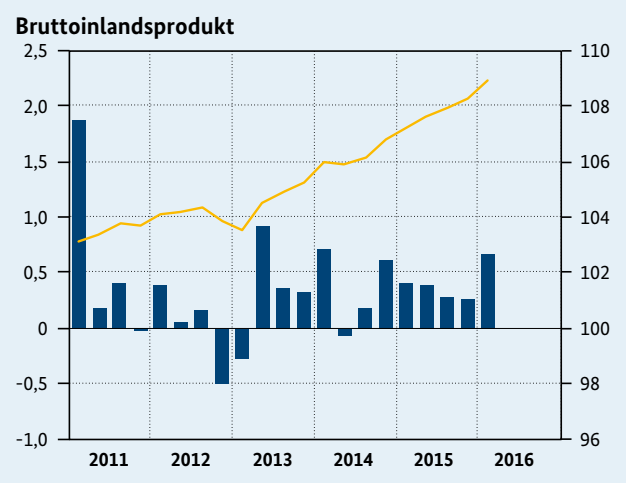
1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung[1]

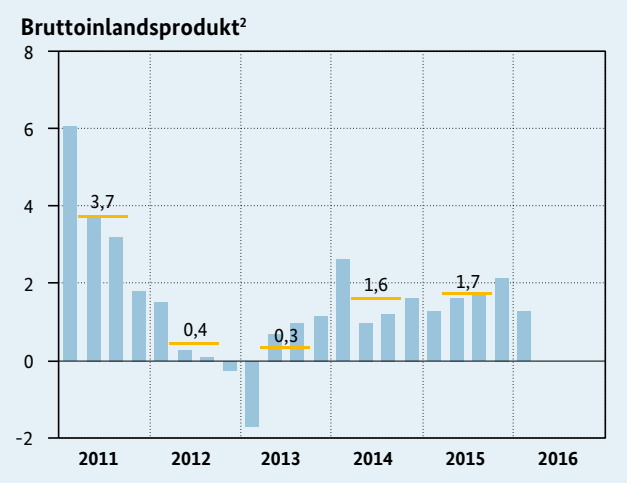
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %[2]										
	2013		2014				2015				2016
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,7
Inländische Verwendung	+ 0,9	- 0,5	+ 0,8	+ 0,1	- 0,4	+ 0,9	+ 0,6	- 0,2	+ 0,6	+ 0,8	-
Private Konsumausgaben[3]	+ 0,7	- 0,4	+ 0,3	- 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,3	-
Konsumausgaben des Staates	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,0	-
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,4	- 1,5	- 0,7	+ 1,3	+ 1,5	- 0,6	+ 0,1	+ 1,5	-
Ausrüstungen	0,0	+ 5,0	- 0,2	+ 0,9	- 1,9	+ 2,6	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,0	-
Bauten	+ 1,2	- 0,1	+ 4,4	- 3,8	- 0,4	+ 0,6	+ 1,4	- 1,8	- 0,2	+ 2,2	-
Sonstige Anlagen	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	-
Exporte	+ 0,6	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,8	+ 0,3	- 0,6	-
Importe	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,4	+ 2,1	+ 2,2	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,5	-
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten[4]											
Inländische Verwendung	+ 0,8	- 0,5	+ 0,8	+ 0,1	- 0,4	+ 0,8	+ 0,6	- 0,2	+ 0,6	+ 0,8	-
Private Konsumausgaben[3]	+ 0,4	- 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	-
Konsumausgaben des Staates	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	-
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,5	- 0,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,1	0,0	+ 0,3	-
Ausrüstungen	0,0	+ 0,3	0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	-
Bauten	+ 0,1	0,0	+ 0,4	- 0,4	0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	0,0	+ 0,2	-
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Vorratsveränderung[5]	+ 0,2	- 0,6	0,0	+ 0,4	- 0,7	- 0,1	0,0	- 0,3	+ 0,1	+ 0,1	-
Außenbeitrag	- 0,4	+ 0,8	- 0,1	- 0,2	+ 0,5	- 0,2	- 0,2	+ 0,6	- 0,3	- 0,5	-

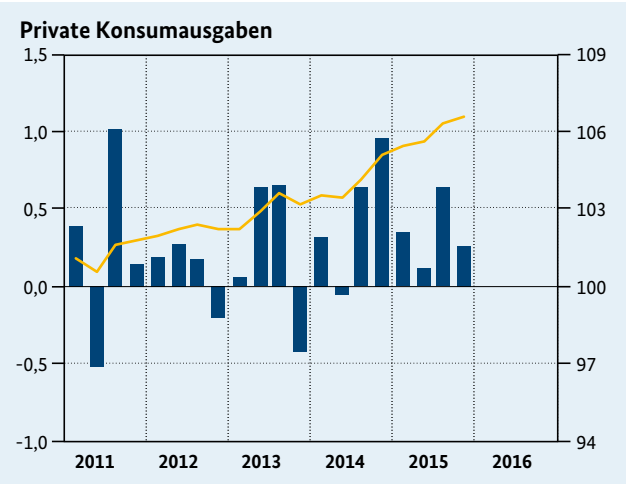
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %[6]										
							2015				2016
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 4,1	+ 3,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,3
Inländische Verwendung	+ 3,0	+ 2,9	- 1,0	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,9	+ 2,3	-
Private Konsumausgaben[3]	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,6	-
Konsumausgaben des Staates	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,7	-
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5,4	+ 7,2	- 0,4	- 1,3	+ 3,5	+ 2,2	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,2	+ 4,2	-
Ausrüstungen	+10,9	+ 6,8	- 2,6	- 2,3	+ 4,5	+ 4,8	+ 3,9	+ 3,4	+ 5,4	+ 6,3	-
Bauten	+ 3,2	+ 8,1	+ 0,5	- 1,1	+ 2,9	+ 0,3	- 2,2	- 0,1	+ 0,2	+ 3,3	-
Sonstige Anlagen	+ 1,1	+ 5,3	+ 1,3	- 0,3	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,7	-
Exporte	+14,5	+ 8,3	+ 2,8	+ 1,6	+ 4,0	+ 5,4	+ 4,8	+ 6,5	+ 5,2	+ 5,0	-
Importe	+12,9	+ 7,0	- 0,3	+ 3,1	+ 3,7	+ 5,8	+ 5,8	+ 5,4	+ 6,2	+ 5,8	-

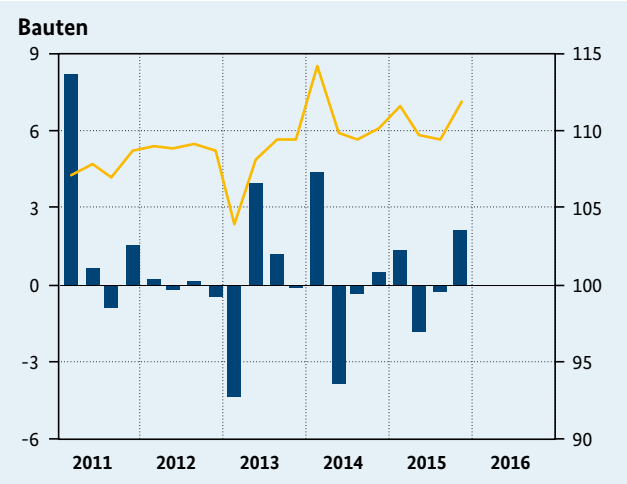
Quelle: Statistisches Bundesamt.
1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010 = 100;
2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

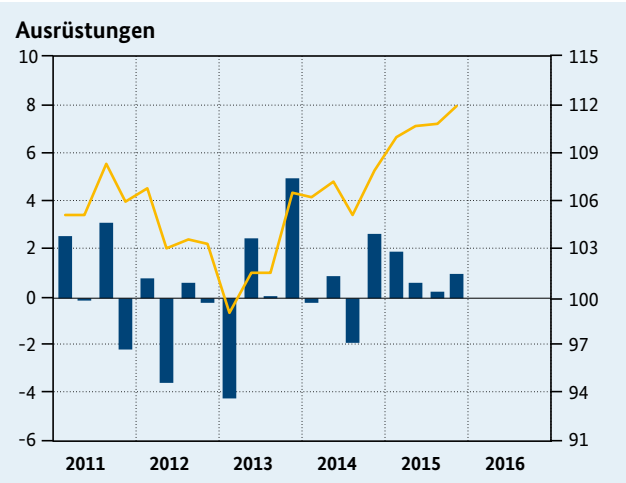
1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten[1]

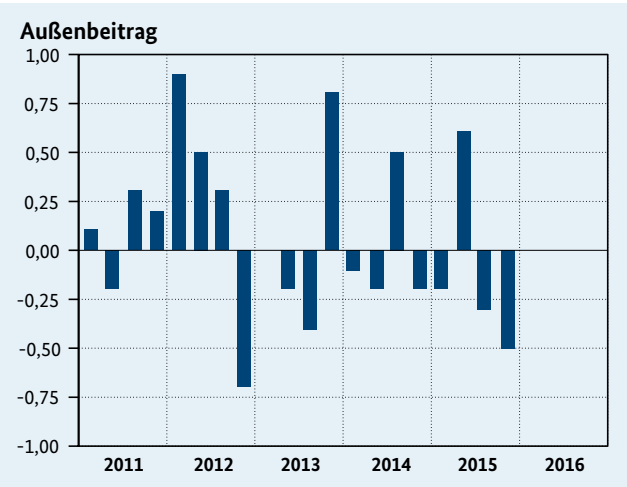












Kettenindex (rechte Skala)
Veränderung gegen Vorquartal in %, Außenbeitrag: Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (linke Skala)
Veränderung gegen Vorjahr in %, gelber Balken = Jahresdurchschnitte

Quelle: Statistisches Bundesamt.
1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010 = 100;
2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %[1]										
	2013		2014				2015				2016
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[2]											
Bruttowertschöpfung	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	- 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,2	0,0	-
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,6	- 0,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,4	- 1,5	-
Baugewerbe	+ 1,5	+ 0,8	+ 3,3	- 2,8	- 0,9	- 0,3	+ 2,0	- 1,5	- 0,6	+ 2,3	-
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,1	- 0,5	0,0	+ 0,8	+ 0,9	- 0,2	0,0	0,0	-
Finanz- und Versicherungsdienstleister	+ 2,2	- 0,4	+ 0,3	+ 0,1	0,0	- 0,2	+ 0,1	- 1,1	- 0,9	+ 1,2	-
Unternehmensdienstleister	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,9	-
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,5	0,0	- 0,2	+ 0,1	-

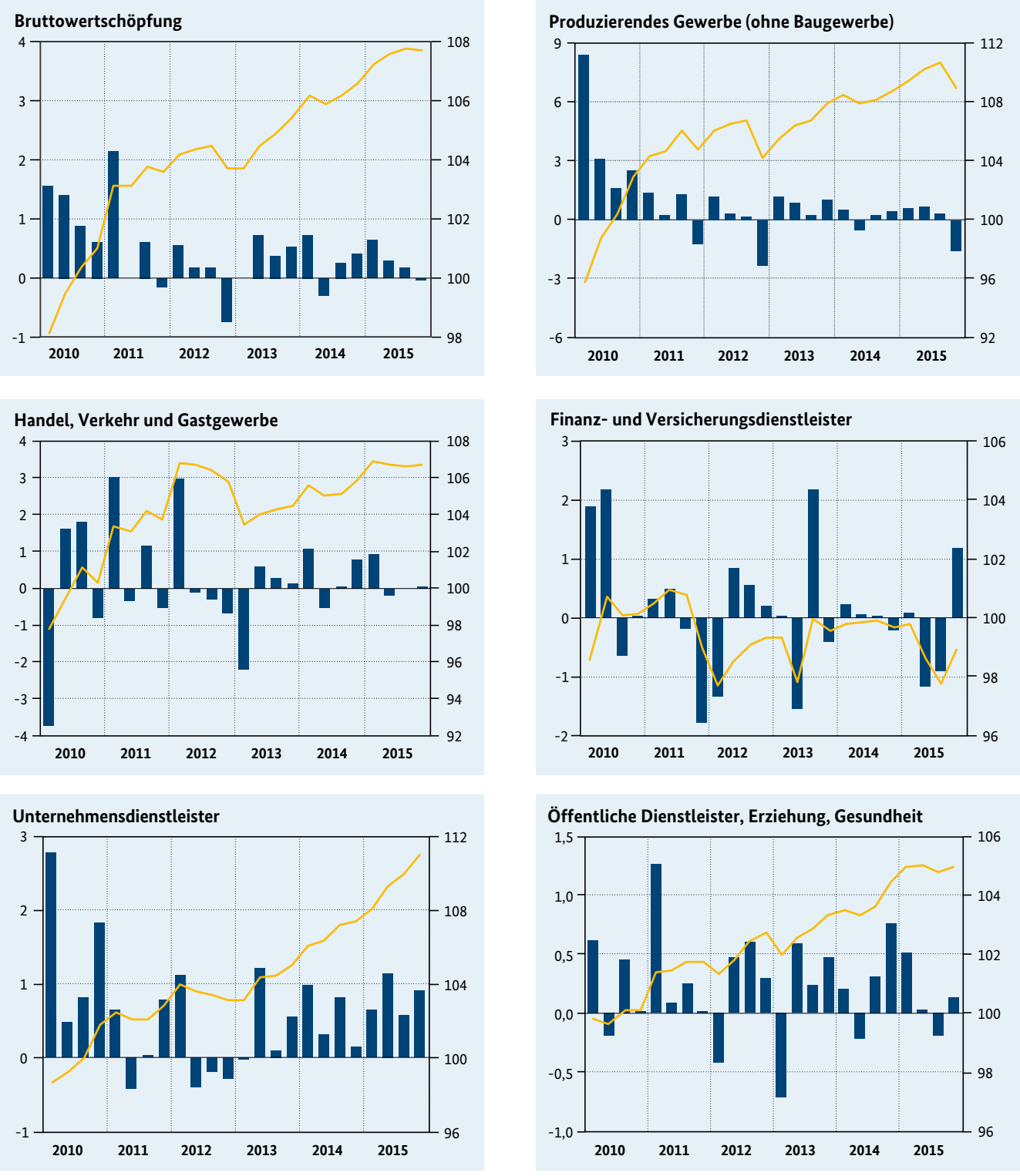
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %[9]										
						2015					2016
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,8
Inländische Verwendung	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	-
Private Konsumausgaben	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,7	-
Kennzahlen											
Erwerbstätige[3]	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,3
Arbeitsvolumen[4]	+ 1,6	+ 1,6	- 0,1	- 0,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 2,0	-
Arbeitsproduktivität[5]	+ 3,8	+ 2,3	- 0,8	- 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,2	-
Lohnkosten je Arbeitnehmer[6]	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,6	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,8	-
Lohnstückkosten[7]	- 1,1	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,6	-
verfügbares Einkommen[8]	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,5	-
Terms of Trade	- 2,3	- 2,7	- 0,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,8	-

Prognose Bruttoinlandsprodukt[9]		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		**Stand**	**2016**	**2017**
EU	Europäische Kommission	05/2016	+ 1,6	+ 1,6
Bundesregierung	Frühjahrsprojektion	04/2016	+ 1,7	+ 1,5
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	04/2016	+ 1,6	+ 1,5
IWF	Internationaler Währungsfonds	04/2016	(+ 1,5)[a]	(+ 1,6)[a]
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	04/2016	+ 1,4	+ 1,5
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	03/2016	+ 1,6	+ 1,5
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut	03/2016	+ 1,3	+ 1,3
IfW	Institut für Weltwirtschaft	03/2016	+ 2,0	+ 2,2
IWH/KE	Institut für Wirtschaftsforschung Halle/Kiel Economics	03/2016	+ 1,5	+ 1,4
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	03/2016	+ 1,4	+ 1,6
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	12/2015	+ 1,9	+ 1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen;
a Kalenderbereinigte Werte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[1]

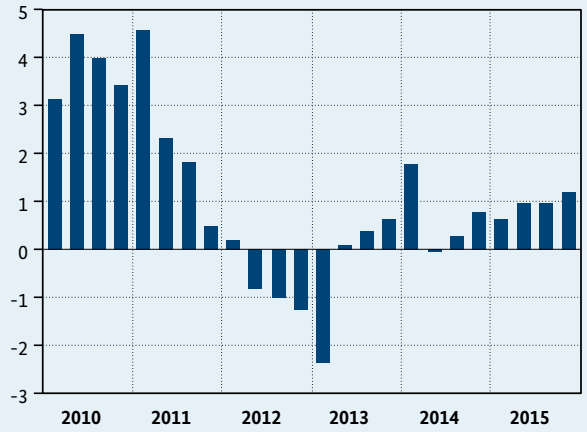


Quelle: Statistisches Bundesamt.

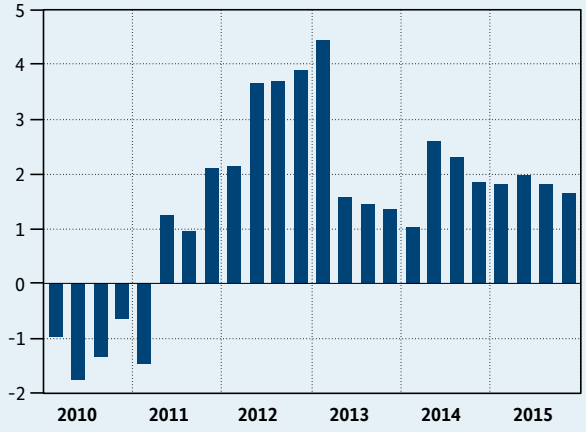
1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen[1]

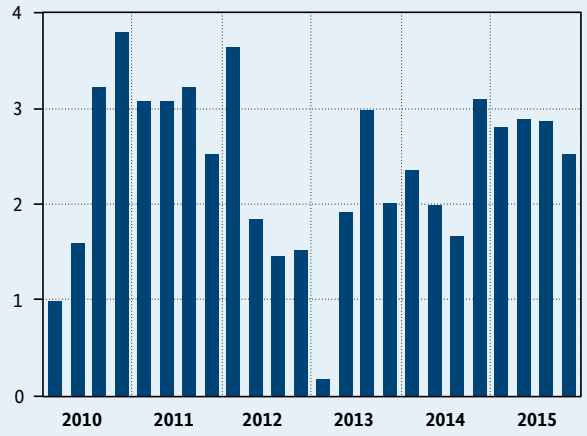
Arbeitsproduktivität[2]



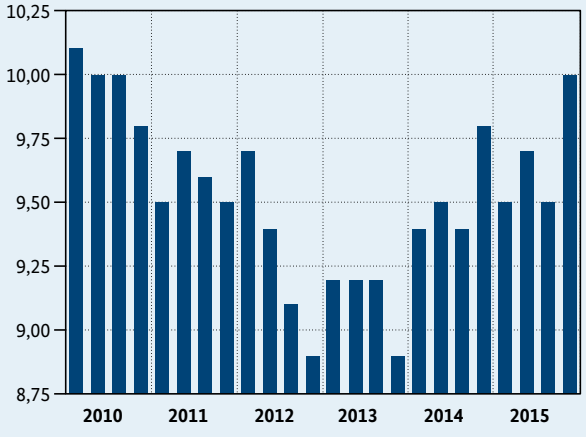
Lohnstückkosten[3]



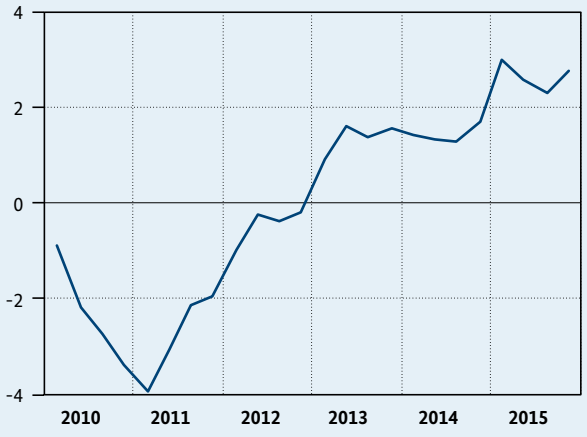
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[4]



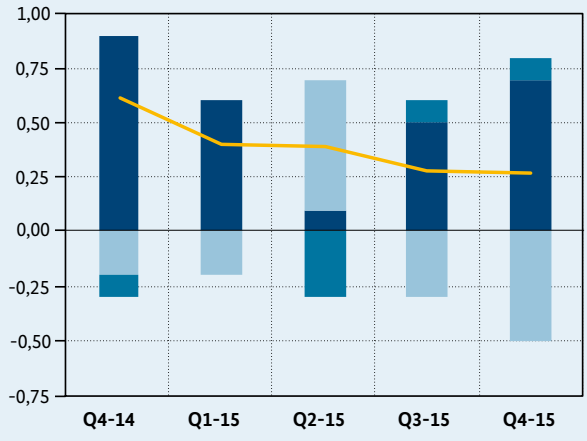
Sparquote[5]



Terms of Trade[4]



Wachstumsbeiträge[6]



Veränderung gegen Vorjahr in %

Außenbeitrag
Vorratsveränderungen
Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;
3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2013			2014				2015				2016
	2012	2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttoinlandsprodukt[1]	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,7
Eurozone (EZ 19)[2]	- 0,9	- 0,3	+ 0,9	+ 1,6	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,5
Europäische Union (EU 28)[3]	- 0,5	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
Japan	+ 1,7	+ 1,4	0,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	- 0,1	+ 1,4	- 2,1	- 0,7	+ 0,5	+ 1,3	- 0,4	+ 0,4	- 0,4	+ 0,4
USA	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,9	- 0,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,1
China	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,3	+ 6,9	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,1
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP[4]															
Deutschland	+ 7,1	+ 6,8	+ 7,4	+ 8,6	+ 6,7	+ 6,3	+ 7,7	+ 7,1	+ 6,9	+ 7,9	+ 7,7	+ 8,3	+ 8,5	+ 9,1	+ 8,5	+ 9,7
Eurozone (EZ 19)[2]	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,2	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	-
Europäische Union (EU 28)[3]	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,0	-
Japan	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 3,3	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0
USA	- 2,8	- 2,2	- 2,2	- 2,7	- 2,4	- 2,3	- 1,9	- 2,3	- 2,1	- 2,2	- 2,3	- 2,7	- 2,5	- 2,9	- 2,8	-
China	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,7	+ 3,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3

				2015						2016						
	2013	2014	2015	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Arbeitslosenquoten[5]	in %															
Deutschland	5,2	5,0	4,6	4,7	4,7	4,7	4,6	4,6	4,5	4,5	4,4	4,4	4,4	4,3	4,3	-
Eurozone (EZ 19)[2]	12,0	11,6	10,9	11,1	11,0	11,0	10,8	10,7	10,6	10,6	10,5	10,4	10,4	10,4	10,2	-
Europäische Union (EU 28)[3]	10,9	10,2	9,4	9,6	9,6	9,5	9,4	9,3	9,2	9,1	9,0	9,0	8,9	8,9	8,8	-
Japan	4,0	3,6	3,4	3,4	3,3	3,4	3,3	3,4	3,4	3,2	3,3	3,3	3,2	3,3	3,2	-
USA	7,4	6,2	5,3	5,4	5,5	5,3	5,3	5,1	5,1	5,0	5,0	5,0	4,9	4,9	5,0	5,0
China	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	-
Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
Deutschland	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	- 0,2	+ 0,1	- 0,3
Eurozone (EZ 19)[2]	+ 1,4	+ 0,4	0,0	0,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	0,0	- 0,2
Europäische Union (EU 28)[3]	+ 1,5	+ 0,6	0,0	0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	0,0	- 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	0,0	-
Japan	+ 0,4	+ 2,7	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	0,0	-
USA	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,1	- 0,2	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1
China	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;
2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);
3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);
4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;
5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

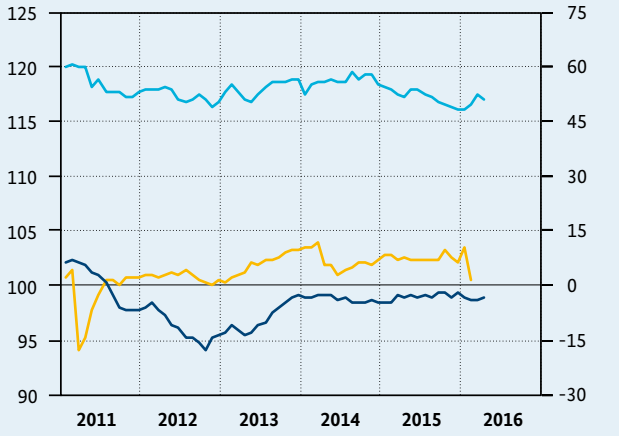
				2015			2016	2015	2016				
	2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Welt													
OECD & major six CLI[1]	100,1	100,2	99,7	99,8	99,6	99,4	99,3	99,3	99,3	99,3	99,3	-	-
CPB Welt Industrieproduktion[2]	121,7	125,5	127,7	127,4	128,0	128,4	-	128,3	129,0	128,4	-	-	-
CPB Welthandel[2]	127,8	131,4	133,6	132,1	133,9	134,9	-	135,8	134,2	135,6	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4837	4642	2852	3203	2742	2429	2037	2171	2058	2017	2116	2331	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie[3]	- 9,0	- 3,8	- 3,1	- 3,2	- 2,9	- 2,4	- 3,8	- 2,0	- 3,1	- 4,1	- 4,2	- 3,7	-
Industrieproduktion[4]	101,5	103,3	105,1	105,0	105,3	105,6	106,7	105,4	108,0	106,7	105,5	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,0	2,0	1,2	1,3	1,4	1,2	1,0	1,2	1,2	1,1	0,9	0,9	-
Konsumentenvertrauen[5]	-18,8	-10,2	- 6,2	- 5,2	- 7,0	- 6,4	- 8,3	- 5,7	- 6,3	- 8,8	- 9,7	- 9,3	-
USA													
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe[6]	53,8	55,6	51,3	52,6	51,0	48,6	49,8	48,0	48,2	49,5	51,8	50,8	-
Industrieproduktion[7]	101,9	104,9	105,2	105,1	105,5	104,6	104,1	104,0	104,6	104,4	103,5	104,1	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,3	2,5	2,1	2,2	2,2	2,2	1,9	2,2	2,1	1,8	1,9	1,8	-
Konsumentenvertrauen[8]	73,2	86,9	98,0	96,2	98,3	96,0	96,0	96,3	97,8	94,0	96,1	94,2	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index[9]	102,0	102,2	102,5	102,4	102,4	102,6	-	102,0	103,4	100,5	-	-	-
Industrieproduktion[10]	97,0	99,1	97,9	98,0	97,1	97,1	96,1	95,9	98,4	93,2	96,7	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,7	0,5	0,3	0,4	0,4	0,3	0,0	0,3	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1
Konsumentenvertrauen[11]	43,6	39,3	41,3	41,5	41,0	42,2	41,4	42,6	42,3	40,1	41,7	40,8	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie[12]	50,8	50,7	49,9	50,2	49,8	49,7	49,5	49,7	49,4	49,0	50,2	50,1	-
Industrieproduktion[13]	+ 9,7	+ 8,3	+ 6,1	+ 6,3	+ 5,9	+ 5,9	+ 6,1	+ 5,9	-	+ 5,4	+ 6,8	+ 6,0	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,9	4,2	3,4	3,5	3,4	3,0	2,8	2,8	-	2,9	2,8	-	-
Konsumentenvertrauen[14]	101,2	104,4	105,9	107,7	104,7	103,9	102,8	103,7	104,0	104,4	100,0	-	-

Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

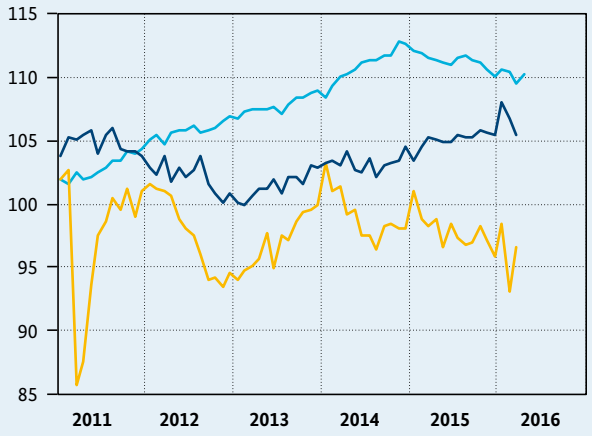
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren

Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe



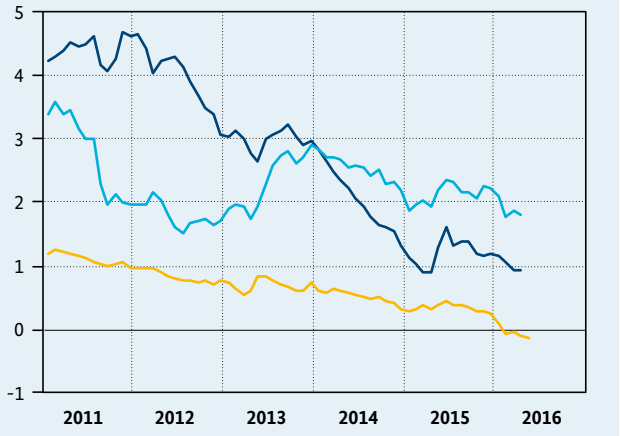
- USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)[1]
- Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)[2]
- Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)[3]

Industrieproduktion



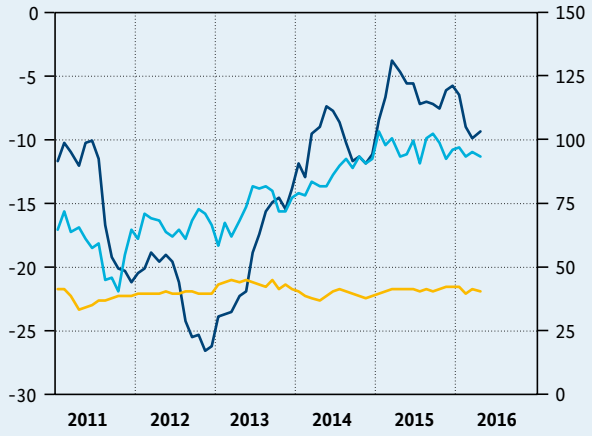
- Eurozone[6]
- USA[4]
- Japan[5]

Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen (in %)



- Eurozone
- USA
- Japan

Konsumklima



- Eurozone (linke Skala)[9]
- USA (rechte Skala)[7]
- Japan (rechte Skala)[8]

Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

Bundesrepublik Deutschland

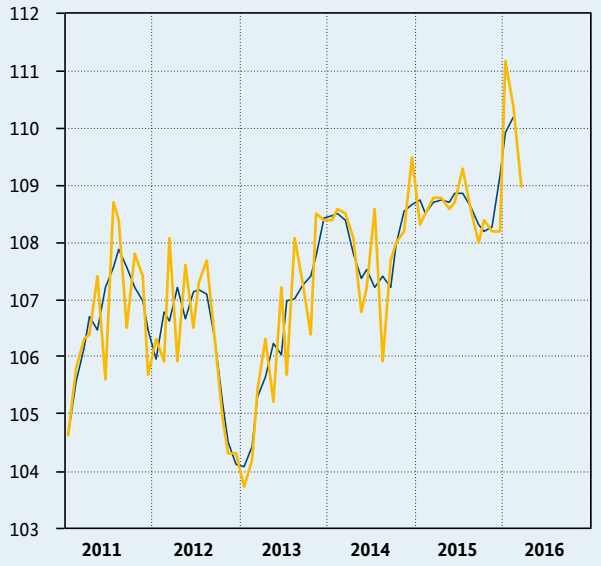
					2015			2016	2015			2016		
		2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
Produktion [1]														
Produzierendes Gewerbe	Index	106,4	108,0	108,5	108,7	108,6	108,3	110,2	108,4	108,2	108,2	111,2	110,4	109,0
	gg. Vp. in %	0,1	1,5	0,5	0,2	-0,1	-0,3	1,8	0,4	-0,2	0,0	2,8	-0,7	-1,3
	gg. Vj. in %	0,1	1,4	0,6	1,2	1,0	-0,3	1,6	0,2	0,0	-1,0	2,7	2,0	0,3
Industrie [2]	Index	107,8	109,8	110,3	110,6	110,4	110,1	112,2	110,3	109,8	110,1	113,4	112,3	111,0
	gg. Vp. in %	0,3	1,9	0,5	0,5	-0,2	-0,3	1,9	0,5	-0,5	0,3	3,0	-1,0	-1,2
	gg. Vj. in %	0,3	1,9	0,5	1,1	0,9	-0,4	1,9	0,3	-0,3	-1,2	3,2	2,1	0,7
Vorleistungsgüter	Index	104,5	106,3	106,2	106,2	105,9	106,2	107,7	105,4	106,0	107,1	107,8	108,4	107,0
	gg. Vp. in %	-0,1	1,7	-0,1	-0,2	-0,3	0,3	1,4	-0,7	0,6	1,0	0,7	0,6	-1,3
	gg. Vj. in %	-0,2	1,8	-0,1	0,3	0,2	-0,3	1,3	-0,7	0,0	-0,1	1,4	2,0	0,7
Investitionsgüter	Index	113,9	116,6	117,7	118,0	118,1	117,5	120,5	119,2	116,7	116,6	122,8	120,2	118,5
	gg. Vp. in %	0,5	2,4	0,9	0,8	0,1	-0,5	2,6	1,8	-2,1	-0,1	5,3	-2,1	-1,4
	gg. Vj. in %	0,6	2,3	0,9	1,7	1,6	-0,2	2,7	2,1	-0,9	-1,7	5,2	2,4	1,1
Konsumgüter	Index	100,5	101,9	102,1	102,9	102,4	101,2	102,8	100,2	102,1	101,2	103,5	102,6	102,4
	gg. Vp. in %	0,6	1,4	0,2	1,1	-0,5	-1,2	1,6	-0,4	1,9	-0,9	2,3	-0,9	-0,2
	gg. Vj. in %	0,7	1,3	0,1	1,0	0,9	-1,2	1,0	-2,1	0,4	-2,0	2,2	1,1	-0,3
Baugewerbe	Index	105,6	108,5	106,0	105,6	104,9	106,5	110,1	105,6	107,1	106,7	109,7	112,1	108,5
	gg. Vp. in %	-0,3	2,7	-2,3	-1,5	-0,7	1,5	3,4	1,5	1,4	-0,4	2,8	2,2	-3,2
	gg. Vj. in %	-0,3	2,7	-2,2	-2,0	-2,2	-0,8	3,6	-0,8	0,0	-1,5	2,0	8,4	1,0
Bauhauptgewerbe [3]	Index	113,8	119,8	119,0	117,8	117,1	121,2	123,2	120,0	121,5	122,1	121,5	126,9	121,3
	gg. Vp. in %	2,1	5,3	-0,7	-1,7	-0,6	3,5	1,7	2,0	1,3	0,5	-0,5	4,4	-4,4
	gg. Vj. in %	2,1	5,3	-0,7	-0,1	-1,3	1,5	3,6	1,1	1,7	1,8	-0,9	11,7	1,0
Ausbaugewerbe	Index	98,2	98,2	94,3	94,6	93,8	93,1	98,2	92,6	94,1	92,7	98,9	98,7	96,9
	gg. Vp. in %	-2,7	0,0	-4,0	-1,1	-0,8	-0,7	5,5	1,1	1,6	-1,5	6,7	-0,2	-1,8
	gg. Vj. in %	-2,7	0,1	-4,0	-4,4	-3,5	-2,9	3,6	-3,1	-2,0	-3,6	5,5	5,0	0,9
Energie [4]	Index	96,4	92,7	97,5	97,8	98,8	96,0	94,7	95,9	96,8	95,2	95,9	93,9	94,2
	gg. Vp. in %	-1,0	-3,8	5,2	0,4	1,0	-2,8	-1,4	-2,3	0,9	-1,7	0,7	-2,1	0,3
	gg. Vj. in %	-1,0	-3,8	5,2	6,4	7,5	1,1	-2,9	0,6	2,9	-0,2	0,0	-4,2	-4,6
Umsätze in der Industrie [1]														
Industrie insgesamt	Index	105,8	108,6	110,3	110,7	110,3	110,3	111,3	111,5	108,6	110,9	111,9	111,7	110,4
	gg. Vp. in %	-0,1	2,6	1,6	0,9	-0,4	0,0	0,9	2,0	-2,6	2,1	0,9	-0,2	-1,2
	gg. Vj. in %	0,0	2,6	1,6	2,6	1,9	0,8	1,5	2,0	-0,3	0,8	2,0	1,7	0,8
Inland	Index	103,2	104,5	105,1	105,2	104,8	105,1	106,5	106,4	104,0	105,0	107,5	106,8	105,3
	gg. Vp. in %	-1,5	1,3	0,6	0,2	-0,4	0,3	1,3	2,3	-2,3	1,0	2,4	-0,7	-1,4
	gg. Vj. in %	-1,5	1,3	0,5	0,8	1,1	0,7	1,4	2,2	0,0	-0,2	2,6	2,0	-0,2
darunter:	Index	107,6	111,0	113,7	113,9	113,0	114,8	116,4	119,8	112,1	112,6	118,7	116,3	114,1
Investitionsgüter	gg. Vp. in %	-1,7	3,2	2,4	0,8	-0,8	1,6	1,4	7,3	-6,4	0,4	5,4	-2,0	-1,9
	gg. Vj. in %	-1,6	3,2	2,4	3,4	2,3	2,1	2,8	7,5	-0,6	-0,1	5,6	3,1	0,5
Ausland	Index	108,5	113,0	115,9	116,6	116,1	115,9	116,5	116,9	113,6	117,2	116,6	116,9	115,9
	gg. Vp. in %	1,4	4,1	2,6	1,6	-0,4	-0,2	0,5	1,7	-2,8	3,2	-0,5	0,3	-0,9
	gg. Vj. in %	1,4	4,1	2,5	4,4	2,8	0,9	1,6	1,7	-0,6	1,6	1,3	1,5	1,8
darunter: Eurozone	Index	97,1	102,0	106,4	106,5	107,0	107,9	108,9	105,6	107,8	110,2	108,9	109,2	108,6
	gg. Vp. in %	-1,9	5,0	4,3	2,1	0,5	0,8	0,9	-2,0	2,1	2,2	-1,2	0,3	-0,5
	gg. Vj. in %	-1,7	5,0	4,3	5,2	4,7	3,9	4,4	1,6	6,1	4,3	3,9	4,2	5,3

		2013			2014				2015				2016
Kapazitäts- und Geräteauslastung [5]		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	82,4	81,7	83,0	83,7	83,9	83,9	83,9	84,2	84,5	84,3	84,2	84,5	85,1

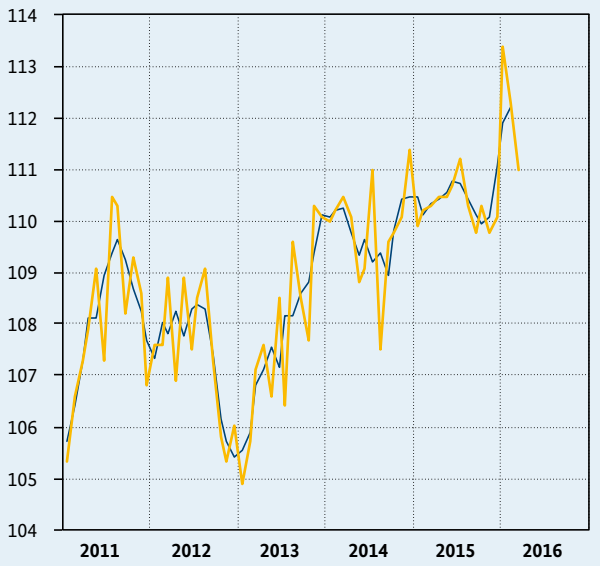
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.
1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion[1]

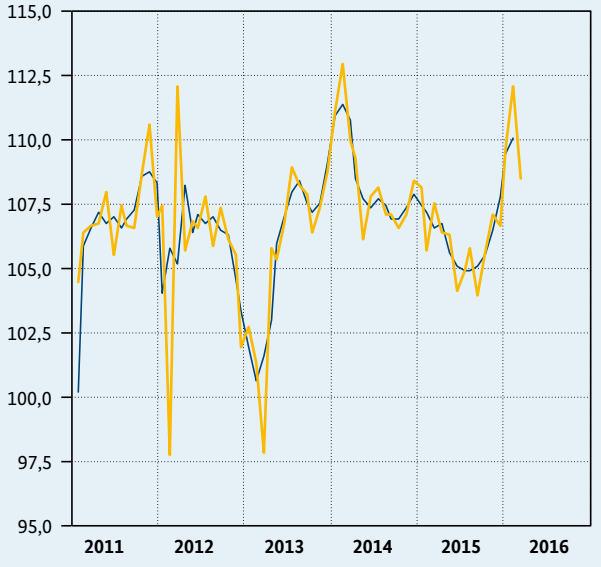
Produzierendes Gewerbe insgesamt



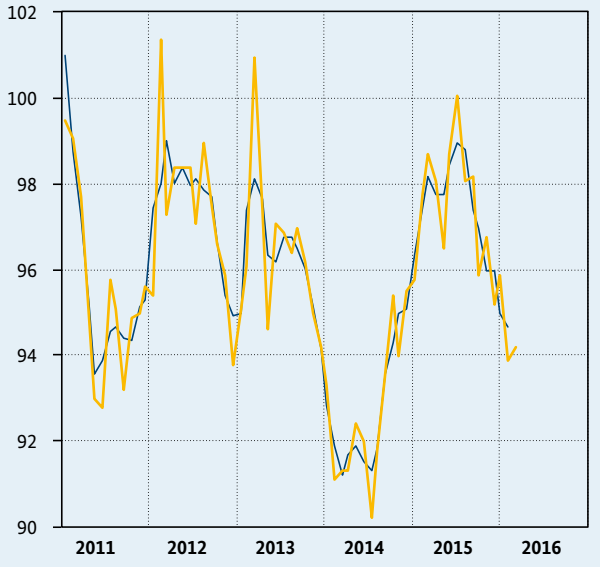
Industrie[2]



Baugewerbe[3]



Energie



gleitender 3-Monatsdurchschnitt
Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.
1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;
2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);
3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

					2015			2016	2015			2016		
		2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
Auftragseingang [1]														
Industrie insgesamt	Index	106,0	109,1	110,2	111,7	109,4	110,1	110,7	109,7	110,5	110,0	110,6	109,7	111,8
	gg. Vp. in %	2,7	2,9	1,0	1,8	-2,1	0,6	0,5	1,6	0,7	-0,5	0,5	-0,8	1,9
	gg. Vj. in %	2,8	2,8	1,0	4,2	-0,3	-0,7	1,0	-1,4	1,7	-2,5	0,4	0,7	1,7
Inland	Index	101,8	103,4	105,3	104,3	104,7	105,9	104,5	105,3	106,7	105,8	104,3	105,2	103,9
	gg. Vp. in %	1,0	1,6	1,8	-1,7	0,4	1,1	-1,3	1,5	1,3	-0,8	-1,4	0,9	-1,2
	gg. Vj. in %	1,0	1,6	1,8	1,0	2,6	2,1	-1,6	-0,5	5,7	0,8	-1,3	1,4	-4,4
Ausland	Index	109,5	113,7	114,2	117,6	113,2	113,4	115,7	113,2	113,5	113,5	115,7	113,3	118,2
	gg. Vp. in %	4,2	3,8	0,4	4,4	-3,7	0,2	2,0	1,5	0,3	0,0	1,9	-2,1	4,3
	gg. Vj. in %	4,3	3,7	0,4	6,7	-2,5	-2,7	2,9	-2,1	-1,3	-4,6	1,7	0,3	6,6
Eurozone	Index	98,9	101,7	105,8	107,2	109,3	105,6	106,7	108,5	108,1	100,3	108,3	105,3	106,5
	gg. Vp. in %	3,5	2,8	4,0	6,2	2,0	-3,4	1,0	2,2	-0,4	-7,2	8,0	-2,8	1,1
	gg. Vj. in %	3,8	2,6	3,8	8,8	6,3	-0,1	5,7	6,0	2,5	-8,7	7,1	5,4	4,6
Nicht-Eurozone	Index	116,9	122,1	120,1	124,9	115,9	118,9	122,0	116,5	117,3	122,8	120,9	118,9	126,3
	gg. Vp. in %	4,7	4,4	-1,6	3,5	-7,2	2,6	2,6	1,1	0,7	4,7	-1,5	-1,7	6,2
	gg. Vj. in %	4,6	4,4	-1,6	5,6	-7,4	-4,2	1,3	-7,0	-3,6	-2,0	-1,6	-2,9	7,9
Vorleistungsgüter	Index	100,1	102,1	101,6	101,3	100,3	102,8	100,9	101,3	104,4	102,6	100,0	101,9	100,7
	gg. Vp. in %	0,4	2,0	-0,5	-0,5	-1,0	2,5	-1,8	0,8	3,1	-1,7	-2,5	1,9	-1,2
	gg. Vj. in %	0,3	2,0	-0,5	-0,1	-1,2	0,0	-0,9	-2,3	3,6	-1,4	-2,9	0,7	-0,5
Inland	Index	99,3	99,8	99,1	98,7	98,2	100,0	98,0	98,4	102,4	99,2	97,2	98,2	98,5
	gg. Vp. in %	0,4	0,5	-0,7	-0,6	-0,5	1,8	-2,0	0,0	4,1	-3,1	-2,0	1,0	0,3
	gg. Vj. in %	0,3	0,5	-0,7	-1,5	-0,4	0,9	-1,4	-0,8	6,0	-2,7	-2,9	0,5	-1,5
Ausland	Index	101,0	104,7	104,5	104,4	102,7	106,0	104,2	104,8	106,7	106,6	103,2	106,2	103,2
	gg. Vp. in %	0,4	3,7	-0,2	-0,4	-1,6	3,2	-1,7	1,8	1,8	-0,1	-3,2	2,9	-2,8
	gg. Vj. in %	0,3	3,8	-0,2	1,4	-2,2	-1,1	-0,6	-3,9	1,0	0,0	-3,1	1,0	0,4
Investitionsgüter	Index	110,6	114,3	116,4	119,1	116,1	115,0	117,2	115,3	114,9	114,8	117,0	115,0	119,6
	gg. Vp. in %	4,5	3,3	1,8	3,3	-2,5	-0,9	1,9	1,8	-0,3	-0,1	1,9	-1,7	4,0
	gg. Vj. in %	4,6	3,3	1,7	7,1	0,1	-1,7	1,8	-1,6	0,4	-4,0	1,2	1,1	2,8
Inland	Index	104,9	107,8	112,1	110,4	111,8	112,6	111,5	113,1	111,9	112,9	111,7	113,0	109,7
	gg. Vp. in %	1,5	2,8	4,0	-2,7	1,3	0,7	-1,0	3,2	-1,1	0,9	-1,1	1,2	-2,9
	gg. Vj. in %	1,5	2,8	4,1	3,1	5,4	2,9	-2,0	-0,3	5,6	3,7	0,0	2,6	-7,3
Ausland	Index	114,1	118,4	119,0	124,5	118,7	116,5	120,8	116,7	116,8	116,0	120,3	116,3	125,7
	gg. Vp. in %	6,3	3,8	0,5	7,0	-4,7	-1,9	3,7	1,0	0,1	-0,7	3,7	-3,3	8,1
	gg. Vj. in %	6,4	3,6	0,5	9,5	-2,9	-4,2	4,2	-2,3	-2,4	-7,6	2,0	0,2	9,6
Konsumgüter	Index	103,5	107,3	109,7	110,9	107,5	111,8	113,5	111,7	109,7	113,9	118,2	110,2	112,0
	gg. Vp. in %	1,7	3,7	2,2	2,0	-3,1	4,0	1,5	3,2	-1,8	3,8	3,8	-6,8	1,6
	gg. Vj. in %	1,7	3,6	2,2	3,7	0,5	4,1	4,4	4,2	0,8	7,7	10,8	-1,3	3,9
Inland	Index	97,8	99,4	101,5	101,7	101,0	101,6	101,2	100,3	101,7	102,7	102,2	100,1	101,2
	gg. Vp. in %	0,8	1,6	2,1	0,1	-0,7	0,6	-0,4	-0,1	1,4	1,0	-0,5	-2,1	1,1
	gg. Vj. in %	0,9	1,5	2,1	2,2	2,0	2,2	-0,3	0,5	4,4	1,7	0,3	-1,3	0,2
Ausland	Index	108,3	114,0	116,8	118,7	113,1	120,5	124,0	121,5	116,5	123,4	131,9	118,9	121,3
	gg. Vp. in %	2,2	5,3	2,5	3,4	-4,7	6,5	2,9	5,7	-4,1	5,9	6,9	-9,9	2,0
	gg. Vj. in %	2,2	5,3	2,4	4,7	-0,6	5,4	7,9	7,0	-1,9	12,1	18,9	-1,4	6,9
Industrie ohne Großaufträge [2]	Index	105,0	108,5	109,9	111,2	108,6	110,2	110,7	109,9	110,3	110,5	110,7	111,1	110,4
	gg. Vp. in %	1,5	3,3	1,3	1,4	-2,3	1,5	0,5	1,6	0,4	0,2	0,2	0,4	-0,6
	gg. Vj. in %	1,5	3,2	1,4	4,2	0,4	-0,3	1,1	-0,7	0,7	-1,0	-0,1	1,3	2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

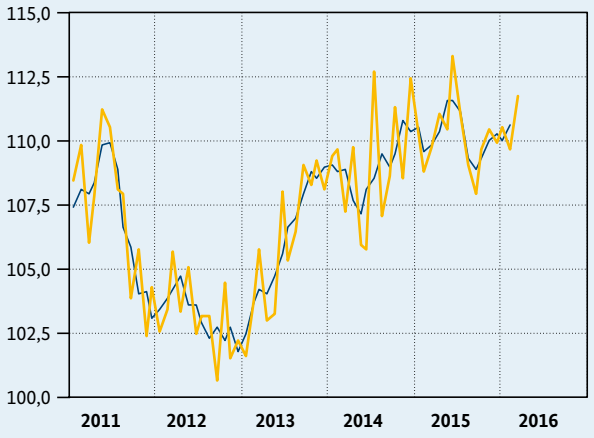
1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

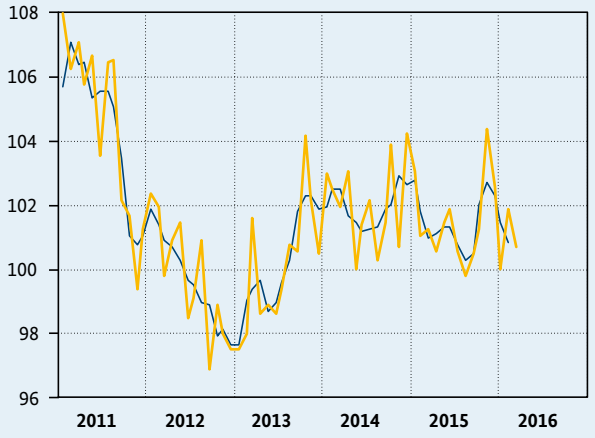
2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie[1]

Bundesrepublik Deutschland

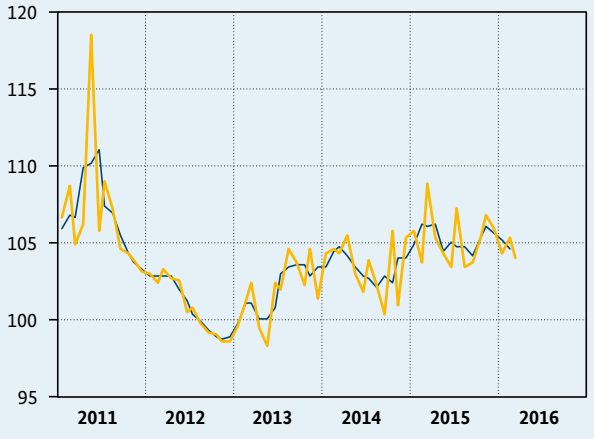
Industrie insgesamt (ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe)



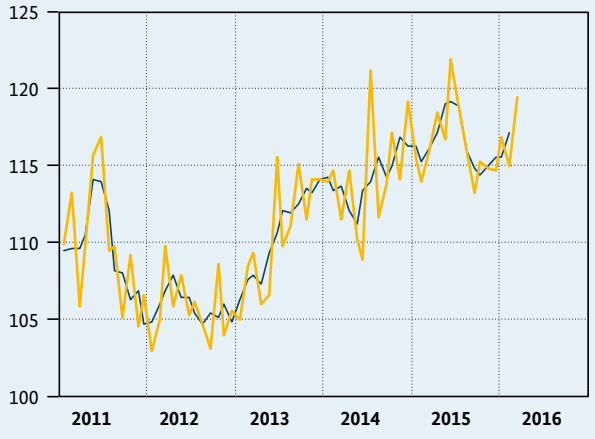
Vorleistungsgüter



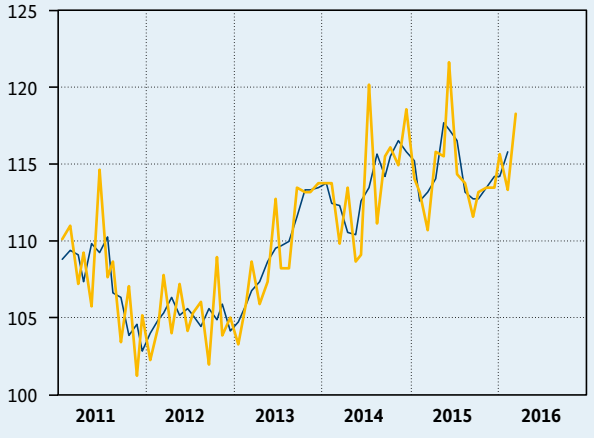
Inland



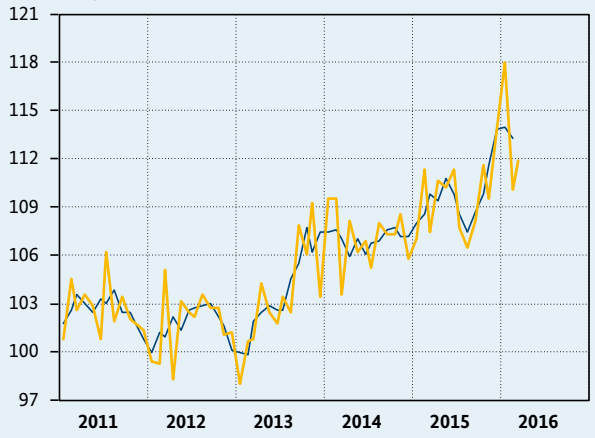
Investitionsgüter



Ausland



Konsumgüter[2]



gleitender 3-Monatsdurchschnitt
Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X–12–ARIMA;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

					2015				2015				2016	
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Auftragseingang [1]														
Bauhauptgewerbe	Index	111,3	109,3	113,7	113,5	109,6	110,3	121,5	115,4	110,1	125,8	128,6	130,8	128,8
	gg. Vp. in %	2,2	-1,8	4,0	6,3	-3,4	0,6	10,2	6,7	-4,6	14,3	2,2	1,7	-1,5
	gg. Vj. in %	2,1	-1,9	3,8	1,5	-0,2	1,7	13,2	9,1	2,6	18,6	19,9	12,7	14,5
Hochbau	Index	118,0	117,4	121,8	120,2	117,7	120,9	128,2	128,5	115,4	138,5	130,6	135,9	133,8
	gg. Vp. in %	2,3	-0,5	3,7	2,2	-2,1	2,7	6,0	11,0	-10,2	20,0	-5,7	4,1	-1,5
	gg. Vj. in %	2,4	-0,9	3,8	-1,2	1,9	5,9	8,6	15,0	-2,1	20,1	9,3	14,4	10,2
Wohnungsbau	Index	131,0	134,9	149,9	148,0	142,9	156,1	152,6	171,7	142,0	155,9	159,8	174,0	167,6
	gg. Vp. in %	4,0	3,0	11,1	5,0	-3,4	9,2	-2,2	20,7	-17,3	9,8	2,5	8,9	-3,7
	gg. Vj. in %	4,3	2,5	11,4	7,8	3,6	27,8	7,9	34,0	2,8	15,4	6,6	19,0	14,6
Hochbau ohne Wohnungsbau	Index	111,6	108,7	107,8	106,5	105,2	103,5	116,1	107,1	102,2	129,9	116,2	117,0	117,0
	gg. Vp. in %	1,5	-2,6	-0,8	0,4	-1,2	-1,6	12,2	4,3	-4,6	27,1	-10,5	0,7	0,0
	gg. Vj. in %	1,4	-3,0	-0,8	-6,5	0,9	-6,0	9,0	3,4	-5,3	23,0	11,3	11,2	7,4
Tiefbau	Index	104,6	101,3	105,7	106,7	101,6	99,7	114,8	102,2	104,8	113,1	126,5	125,8	123,8
	gg. Vp. in %	2,0	-3,2	4,3	11,1	-4,8	-1,9	15,1	1,5	2,5	7,9	11,8	-0,6	-1,6
	gg. Vj. in %	1,9	-3,0	3,7	4,9	-2,3	-2,9	19,6	2,4	8,8	16,6	35,5	10,8	19,3
Straßenbau	Index	103,6	99,2	101,2	102,7	98,5	100,8	102,8	102,4	96,7	97,8	113,8	138,2	136,0
	gg. Vp. in %	5,0	-4,2	2,0	8,4	-4,1	2,3	2,0	-2,9	-5,6	1,1	16,4	21,4	-1,6
	gg. Vj. in %	3,6	-3,4	1,3	-0,9	-1,4	2,4	7,0	7,2	2,0	-0,7	23,0	53,3	17,9
Tiefbau ohne Straßenbau	Index	105,3	102,5	108,4	109,2	103,4	99,0	122,1	102,1	109,7	122,4	134,2	118,3	116,4
	gg. Vp. in %	0,5	-2,7	5,8	12,8	-5,3	-4,3	23,3	4,4	7,4	11,6	9,6	-11,8	-1,6
	gg. Vj. in %	0,9	-2,7	5,0	8,1	-2,8	-6,4	25,6	-0,4	12,6	24,7	41,0	-2,1	20,2
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)	Index	114,2	112,9	112,7	112,2	110,3	107,4	120,9	110,7	109,5	139,8	113,4	121,5	115,9
	gg. Vp. in %	1,2	-1,1	-0,2	2,5	-1,7	-2,6	12,6	4,3	-1,1	27,7	-18,9	7,1	-4,6
	gg. Vj. in %	1,2	-1,4	-0,3	-4,6	0,4	-6,0	10,2	3,0	0,3	27,9	3,6	6,1	5,1
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)	Index	100,5	95,4	100,3	101,0	95,6	94,9	109,6	97,5	97,9	99,4	131,4	123,1	126,4
	gg. Vp. in %	2,4	-5,1	5,1	11,6	-5,3	-0,7	15,5	0,7	0,4	1,5	32,2	-6,3	2,7
	gg. Vj. in %	2,2	-4,7	4,1	6,2	-2,6	-2,3	21,4	2,6	5,7	6,9	56,4	17,7	24,9
Baugenehmigungen (Neubau) [2]														
Hochbau (veranschlagte Kosten)	Mio. €	76490	78378	83649	17937	20491	22345	22875	7408	7778	6807	8290	6337	7532
	gg. Vj. in %	8,7	2,5	6,7	0,6	1,4	6,4	18,3	16,4	10,2	17,9	27,5	24,8	32,1
Wohngebäude	Mio. €	43680	46466	51214	10703	12681	13829	14001	4498	4923	4204	4874	4185	4486
	gg. Vj. in %	11,2	6,4	10,2	2,8	4,8	10,6	22,4	14,7	19,7	22,5	25,1	33,2	30,1
Nichtwohngebäude	Mio. €	32809	31913	32435	7234	7810	8516	8874	2910	2855	2603	3416	2153	3046
	gg. Vj. in %	5,4	-2,7	1,6	-2,5	-3,7	0,2	12,5	19,1	-3,0	11,2	31,2	11,1	35,1
gewerbliche Auftraggeber	Mio. €	23624	24145	24360	5088	6050	6505	6717	2269	2151	2032	2534	1561	2376
	gg. Vj. in %	0,4	2,2	0,9	-10,6	-0,2	-0,3	14,5	18,9	-6,5	16,8	38,6	11,6	64,2
öffentliche Auftraggeber	Mio. €	9185	7768	8074	2146	1760	2011	2157	640	704	571	882	592	670
	gg. Vj. in %	20,9	-15,4	3,9	24,0	-13,9	1,8	6,9	19,7	9,6	-4,8	13,6	9,8	-16,9
Wohngebäude (Rauminhalt) [3]	Mio. m³	137	141	150	31,8	37,6	40,6	40,1	13,0	13,1	12,6	14,4	12,3	13,0
	gg. Vj. in %	8,5	2,8	6,7	-1,4	2,6	7,8	17,6	11,5	6,2	22,4	25,5	31,4	28,1
	gg. Vp. in %	8,8	3,1	6,0	0,0	3,3	4,4	7,7	1,0	0,0	8,0	2,7	7,2	-3,1

					2015			2016	2015		2016			
		2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
ifo Konjunkturtest [4]														
Kapazitäts- und Geräteauslastung	Salden	71,8	73,8	73,3	73,4	79,3	78,0	64,7	78,6	76,5	67,7	62,0	64,5	72,5
witterungsbedingte Baubehinderungen	Salden	28,4	8,6	13,8	12,3	1,3	3,3	35,0	2,0	6,0	18,0	43,0	44,0	23,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen;

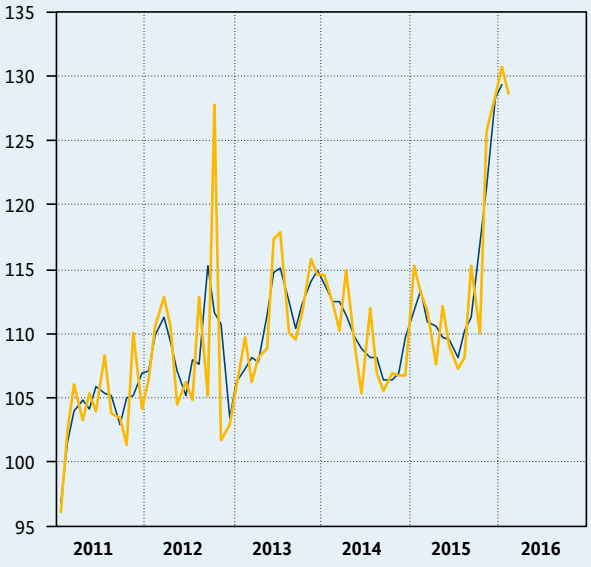
3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;

4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

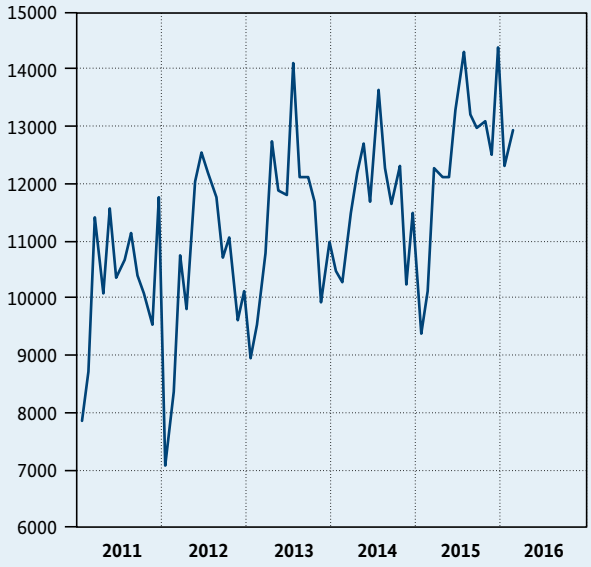
2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland

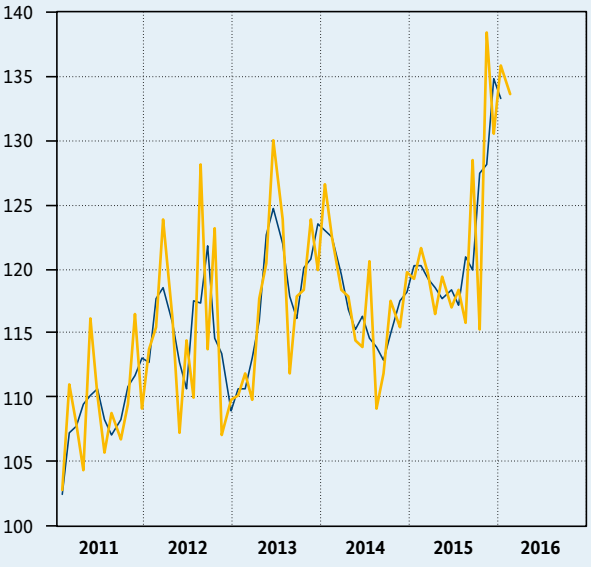
Bauhauptgewerbe Deutschland insgesamt[1 2]



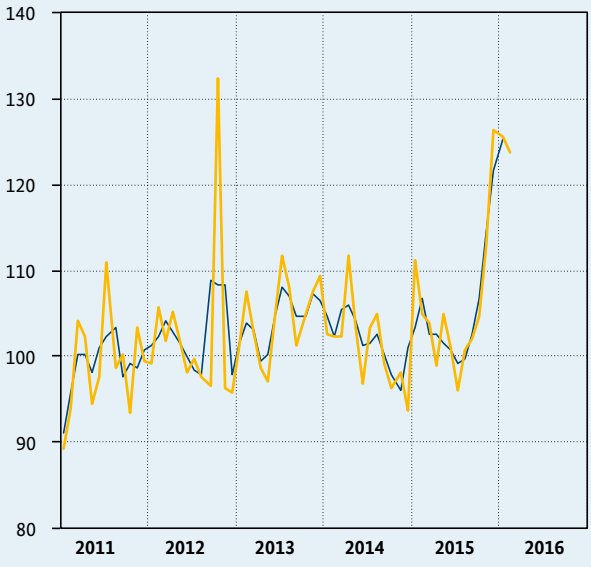
Erteilte Baugenehmigungen im Wohnungsbau[3]



Hochbau Deutschland insgesamt[1]



Tiefbau Deutschland insgesamt[1]



gleitender 3-Monatsdurchschnitt
Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;
2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;
3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2015			2016	2015		2016			
		2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
ifo Konjunkturtest [1]														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	6,2	9,1	9,3	9,5	9,8	10,3	6,3	11,1	10,3	7,7	4,7	6,5	6,4
Geschäftslage	Salden	9,3	13,4	15,5	16,9	17,5	15,0	15,1	15,9	14,7	14,0	14,8	16,4	15,3
Geschäftserwartungen	Salden	3,4	4,3	3,2	2,4	2,3	5,7	-2,1	6,4	6,0	1,6	-5,0	-2,9	-2,1
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	9,2	12,9	11,5	12,9	11,1	11,5	5,7	12,4	12,4	8,1	3,7	5,4	6,5
Geschäftslage	Salden	12,3	18,9	19,0	22,7	20,4	16,8	16,2	17,5	17,1	15,3	16,2	17,0	16,8
Geschäftserwartungen	Salden	6,2	7,1	4,2	3,6	2,2	6,4	-4,2	7,5	7,7	1,2	-8,1	-5,7	-3,3
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	7,9	13,5	12,4	13,6	13,4	10,7	6,2	12,2	11,8	9,1	4,5	4,9	6,1
Geschäftslage	Salden	7,8	20,2	18,1	19,2	20,1	16,8	16,2	16,8	17,8	17,9	14,9	15,8	16,3
Geschäftserwartungen	Salden	8,1	7,0	6,9	8,1	7,0	4,8	-3,4	7,6	6,0	0,8	-5,5	-5,4	-3,6
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	10,4	15,1	10,6	11,2	8,9	11,5	3,9	12,1	12,8	5,5	2,4	3,8	6,6
Geschäftslage	Salden	14,8	20,4	18,6	24,2	19,8	15,4	14,8	15,9	16,0	11,9	16,9	15,7	17,3
Geschäftserwartungen	Salden	6,2	9,9	2,9	-0,9	-1,4	7,7	-6,4	8,4	9,6	-0,6	-11,2	-7,4	-3,7
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,7	7,6	9,7	10,9	9,9	11,1	8,2	9,9	11,5	9,2	5,0	10,5	6,1
Geschäftslage	Salden	16,3	14,4	19,4	22,3	19,3	18,7	17,8	18,3	19,0	15,3	14,3	23,9	16,6
Geschäftserwartungen	Salden	1,4	1,1	0,4	0,1	0,8	3,8	-0,8	1,9	4,3	3,3	-3,8	-2,0	-4,0
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-1,2	-3,0	-2,8	-4,4	-2,1	1,2	-0,1	2,1	1,0	-0,3	0,4	-0,5	0,2
Geschäftslage	Salden	0,1	-3,3	-4,3	-4,7	-4,6	-0,8	3,4	0,3	0,6	1,6	5,8	2,8	5,1
Geschäftserwartungen	Salden	-2,4	-2,8	-1,3	-4,1	0,4	3,3	-3,6	4,0	1,3	-2,2	-4,8	-3,8	-4,5
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	16,7	22,6	28,6	26,7	30,0	33,8	26,7	34,2	34,3	28,4	27,5	24,1	27,8
Geschäftslage	Salden	22,9	32,4	38,9	39,0	42,8	42,8	37,9	41,8	44,0	38,0	39,7	35,9	40,7
Geschäftserwartungen	Salden	10,7	13,2	18,7	15,0	18,0	25,2	16,1	26,9	24,9	19,2	16,0	13,0	15,6
ZEW-Konjunkturerwartungen [2]														
konjunkturelle Lage	Salden	16,9	40,0	57,0	66,3	65,7	54,9	54,2	54,4	55,0	59,7	52,3	50,7	47,7
Konjunkturerwartungen	Salden	44,7	29,6	31,5	42,2	22,3	9,5	5,2	10,4	16,1	10,2	1,0	4,3	11,2

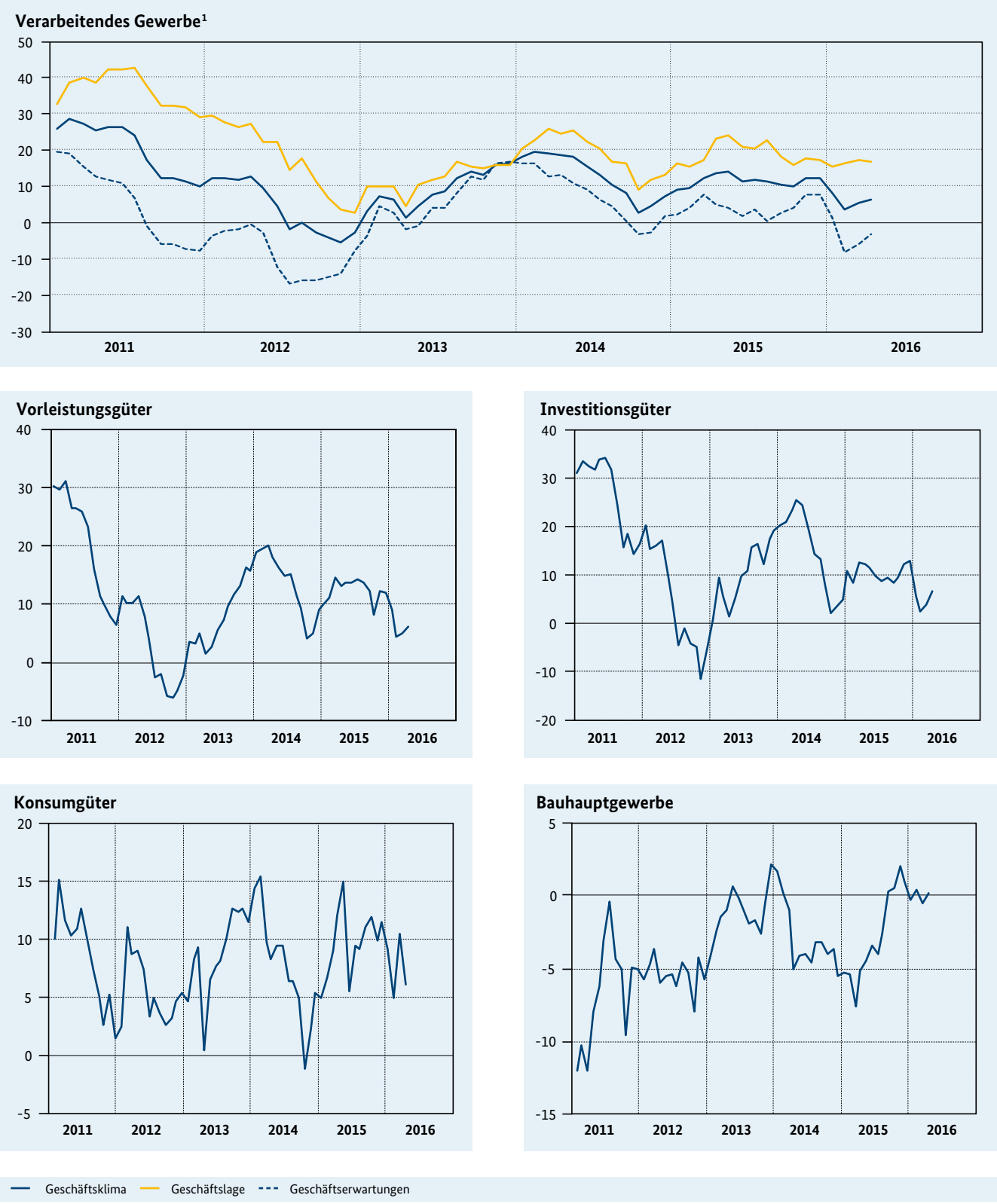
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas[1]

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

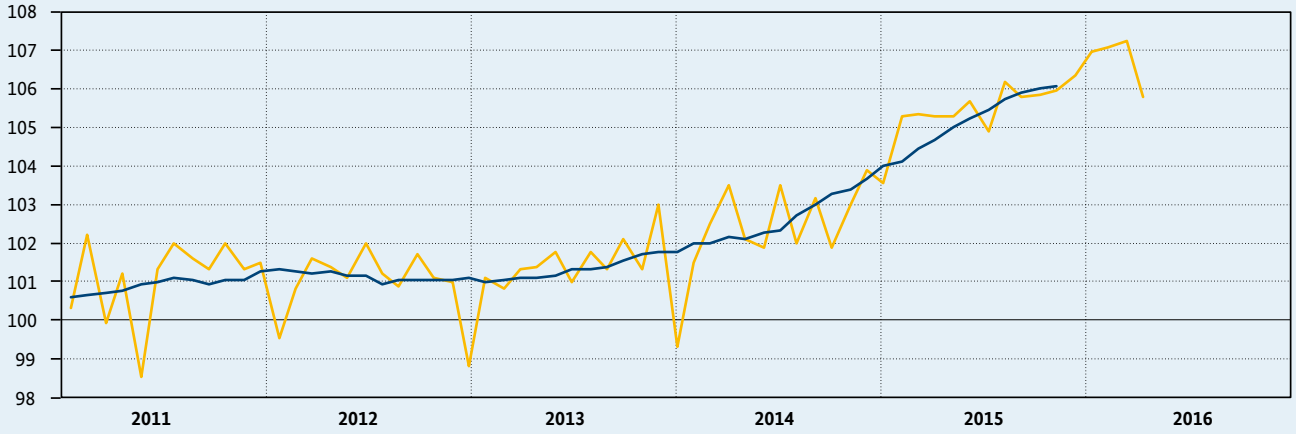
					2013		2014			2015				
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung [1]														
Private Konsumausgaben [1]	Index	103,0	103,9	106,0	103,6	103,2	103,5	103,5	104,1	105,1	105,5	105,6	106,3	106,6
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	0,6	0,9	1,9	0,7	-0,4	0,3	-0,1	0,6	1,0	0,4	0,1	0,6	0,3
	gg. Vj. in %	0,6	0,9	1,9	1,6	0,9	1,0	0,6	0,5	1,6	2,3	1,8	2,1	1,6
Verfügbare Einkommen	in Mrd. €	1672	1710	1758	421	420	424	425	428	435	434	438	441	445
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	1,8	2,3	2,8	1,0	-0,4	1,0	0,1	0,9	1,5	-0,1	0,9	0,6	1,0
	gg. Vj. in %	1,8	2,3	2,8	3,0	2,0	2,4	2,0	1,7	3,1	2,8	2,9	2,9	2,5

					2015			2016	2015	2016				
		2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Einzelhandelsumsätze [1]														
Einzelhandel	Index	101,4	102,7	105,8	105,3	106,0	106,5	106,7	107,0	107,1	107,3	105,8	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	0,5	1,3	3,0	0,0	0,7	0,5	0,2	0,6	0,1	0,2	-1,4	-	-
	gg. Vj. in %	0,5	1,4	3,0	2,8	3,5	2,8	1,3	3,3	1,8	1,9	0,4	-	-
Lebensmittel, Getränke,	Index	101,3	102,6	105,1	104,8	106,0	105,6	105,7	106,6	107,1	106,7	103,3	-	-
Tabakwaren	gg. Vp. In %	1,0	1,3	2,4	1,0	1,1	-0,4	0,1	1,2	0,5	-0,4	-3,2	-	-
	gg. Vj. in %	0,9	1,4	2,4	1,9	3,9	2,1	1,8	3,1	2,5	2,9	0,1	-	-
Textilien, Bekleidung,	Index	98,8	99,8	99,5	100,5	99,3	98,0	97,0	98,0	101,0	97,7	92,4	-	-
Schuhe, Lederwaren	gg. Vp. In %	-0,3	1,0	-0,3	0,2	-1,2	-1,3	-1,0	2,2	3,1	-3,3	-5,4	-	-
	gg. Vj. in %	-0,2	0,8	-0,1	2,4	-1,0	0,4	-3,0	0,5	2,7	-3,1	-8,3	-	-
Geräte der Informations-	Index	117,5	121,7	127,3	125,4	127,8	127,9	127,3	128,8	124,6	128,8	128,5	-	-
und Kommunikationstechnik	gg. Vp. In %	1,5	3,6	4,6	-2,0	1,9	0,1	-0,5	-0,1	-3,3	3,4	-0,2	-	-
	gg. Vj. in %	1,6	3,9	4,3	3,2	4,3	1,4	-0,6	2,2	-2,0	-0,4	0,9	-	-
Möbel, Raumausstattung,	Index	99,7	98,9	101,2	101,2	100,6	101,7	102,5	102,5	103,7	103,9	100,0	-	-
Haushaltsgeräte, Baubedarf	gg. Vp. In %	-3,0	-0,8	2,3	-0,1	-0,6	1,1	0,8	0,5	1,2	0,2	-3,8	-	-
	gg. Vj. in %	-3,0	-0,7	2,3	3,4	2,0	2,2	1,3	2,7	2,0	2,9	-0,9	-	-
Handel mit Kfz einschl.	Index	102,1	104,5	111,6	111,5	111,6	113,4	-	112,7	118,2	118,9	-	-	-
Instandhaltung und Reparatur	gg. Vp. In %	-1,2	2,4	6,8	1,5	0,1	1,6	-	-2,1	4,9	0,6	-	-	-
	gg. Vj. in %	-1,2	2,3	6,9	8,5	6,8	6,6	-	3,8	9,2	8,3	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe [1]														
Insgesamt	Index	100,8	101,7	103,5	103,6	104,3	104,1	103,5	104,8	103,7	103,3	103,4	-	-
	gg. Vp. In %	-1,4	0,9	1,8	1,5	0,7	-0,2	-0,6	0,7	-1,0	-0,4	0,1	-	-
	gg. Vj. in %	-1,6	0,9	1,9	2,9	2,2	1,6	1,9	2,2	1,4	3,4	1,1	-	-
Pkw-Neuzulassungen [2]														
Insgesamt	in Tsd.	2952	3037	3206	861	789	798	791	247	218	250	323	316	-
	gg. Vj. in %	-4,2	2,9	5,6	4,2	6,1	5,7	4,5	7,7	3,3	12,0	0,0	8,4	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1120	1099	1098	311	266	266	259	79	67	80	112	110	-
	gg. Vj. in %	-4,8	-1,9	-0,1	-0,6	-2,5	4,4	1,4	3,3	1,5	8,7	-3,3	6,2	-
Verbraucherpreise [3]														
Insgesamt	Index	105,7	106,6	106,9	107,0	107,1	107,0	106,6	107,0	106,1	106,5	107,3	106,9	-
	gg. Vj. in %	1,5	0,9	0,2	0,5	0,1	0,3	0,3	0,3	0,5	0,0	0,3	-0,1	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	4,4	1,0	0,8	1,2	0,8	1,8	1,0	1,4	0,9	0,8	1,3	0,5	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,3	1,5	1,2	1,3	1,2	1,1	1,1	1,0	1,1	1,1	1,1	1,0	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	4,1	-0,9	-5,5	-4,6	-6,4	-6,2	-6,5	-6,0	-5,7	-7,3	-6,5	-6,3	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-0,5	-0,8	-2,6	-1,8	-2,7	-2,5	-2,3	-1,5	-0,8	-2,5	-3,6	-3,2	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel [4]	Salden	1,8	2,9	7,0	5,3	10,0	8,9	7,5	7,4	7,3	4,5	10,8	6,7	-
Geschäftslage	Salden	5,9	8,9	15,7	13,1	20,5	17,6	16,1	15,2	13,5	13,2	21,6	14,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,2	-2,9	-1,2	-2,2	0,0	0,6	-0,7	0,0	1,3	-3,9	0,6	-1,1	-
GfK – Konsumklima [5]	Punkte	6,5	8,5	9,7	10,1	10,0	9,4	9,4	9,3	9,4	9,4	9,5	9,4	9,7
Anschaffungsneigung	Punkte	39,9	48,7	54,7	59,3	53,4	48,7	50,1	48,8	49,8	50,0	50,4	52,2	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.
1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;
2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

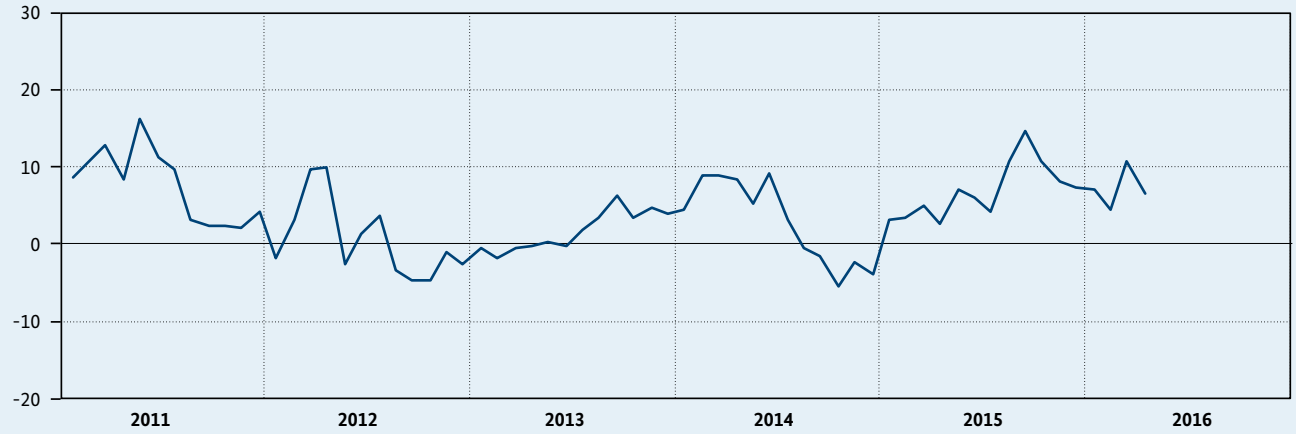
3.2 Entwicklung des privaten Konsums

Einzelhandelsumsätze insgesamt (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)[1]

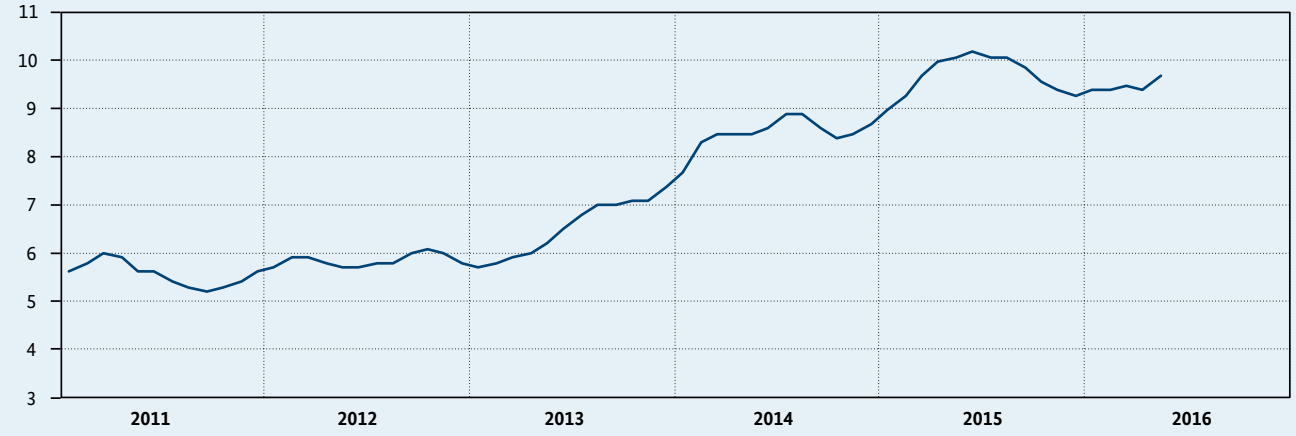


gleitender 12-Monatswert — Monatswerte

Geschäftsklima Einzelhandel – Salden (ifo Institut)[2]



GfK – Indikator Konsumklima (Indikatorpunkte, reale Änderung gegen Vorjahresmonat in %)[3]



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

					2015			2016	2015			2016		
		2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)[1]														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	193	216	260	64	69	65	75	22,3	22,7	19,7	20,9	27,3	26,8
	gg. Vp. in %	-1,6	12,3	20,2	2,7	8,1	-6,5	15,8	-2,3	1,9	-13,2	5,8	30,9	-1,9
Warenhandel	in Mrd. €	214	228	261	69	66	64	69	22,2	21,5	20,6	20,0	22,8	26,0
	gg. Vp. in %	6,0	6,7	14,5	10,1	-3,4	-2,8	7,0	0,9	-3,4	-4,1	-2,9	14,1	13,7
Ausfuhr	in Mrd. €	1084	1118	1177	298	296	292	295	97,3	98,8	96,4	96,0	98,8	100,6
	gg. Vp. in %	0,9	3,2	5,3	2,7	-0,5	-1,3	1,0	-1,3	1,6	-2,5	-0,4	2,9	1,8
Einfuhr	in Mrd. €	870	890	916	230	230	228	227	75,0	77,3	75,7	76,0	75,9	74,6
	gg. Vp. in %	-0,2	2,3	2,9	0,7	0,3	-0,9	-0,7	-1,9	3,1	-2,1	0,3	-0,1	-1,7
Dienstleistungen	in Mrd. €	-43	-35	-30	-7	-8	-9	-7	-3,1	-3,0	-3,1	-3,2	-1,4	-2,8
	gg. Vp. in %	34,8	-17,3	-14,1	7,7	10,4	18,8	-19,6	-1,6	-5,1	4,4	3,6	-57,2	104,4
Einnahmen	in Mrd. €	205	220	238	60	60	60	61	19,4	20,0	20,2	19,5	21,6	19,9
	gg. Vp. in %	4,1	7,4	8,2	1,0	0,7	-0,6	2,2	-3,0	3,3	0,8	-3,6	11,0	-8,0
Ausgaben	in Mrd. €	247	255	268	67	68	69	68	22,5	23,0	23,3	22,7	23,0	22,7
	gg. Vp. in %	8,3	3,1	5,1	1,7	1,7	1,6	-0,7	-2,8	2,1	1,3	-2,6	1,3	-1,3
Primäreinkommen	in Mrd. €	64	63	66	14	17	17	18	6,1	6,0	5,2	5,5	6,5	6,2
	gg. Vp. in %	-2,7	-1,5	5,2	-14,8	21,6	-0,8	5,4	6,5	-1,5	-13,3	6,3	17,7	-4,9
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-42	-39	-37	-12	-7	-8	-5	-2,9	-1,8	-3,0	-1,5	-0,7	-2,6
	gg. Vp. in %	5,8	-6,7	-6,4	15,3	-43,2	15,2	-38,6	64,2	-37,4	64,1	-50,0	-54,3	275,4
Außenhandel nach Ländern[2]														
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1088	1124	1196	302	301	301	295	106,2	102,9	91,8	88,6	99,5	107,0
	gg. Vj. in %	-0,4	3,3	6,5	9,1	5,7	4,9	0,7	3,2	8,5	3,1	-1,5	4,1	-0,5
EU-Länder	in Mrd. €	619	649	694	175	172	175	177	62,7	60,8	51,5	54,6	59,6	62,7
	gg. Vj. in %	-0,2	4,8	7,0	8,7	6,9	6,4	2,7	6,3	9,7	2,9	0,8	5,5	1,7
Eurozone[1]	in Mrd. €	403	411	435	111	106	109	110	39,2	37,8	32,3	34,3	36,8	38,9
	gg. Vj. in %	-0,8	2,0	5,9	7,3	6,1	6,6	1,4	5,5	8,9	5,3	-0,2	3,3	1,0
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	216	238	259	64	66	66	67	23,5	22,9	19,2	20,3	22,8	23,7
	gg. Vj. in %	1,2	10,1	9,0	11,1	8,2	6,1	4,8	7,4	11,0	-0,8	2,5	9,3	2,9
Drittländer	in Mrd. €	469	475	502	127	129	126	118	43,5	42,2	40,3	34,1	39,9	44,3
	gg. Vj. in %	-0,8	1,2	5,7	9,6	4,1	3,0	-2,1	-0,9	6,8	3,4	-4,9	2,0	-3,4
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	890	910	949	237	238	239	235	84,0	82,0	73,2	75,2	79,4	80,9
	gg. Vj. in %	-1,0	2,2	4,2	4,8	5,2	4,2	0,3	3,3	5,7	3,6	1,6	4,1	-4,3
EU-Länder	in Mrd. €	575	595	622	156	155	158	156	55,3	54,3	48,0	48,5	53,4	53,9
	gg. Vj. in %	0,7	3,4	4,5	4,8	6,5	4,8	2,2	3,4	6,5	4,6	3,1	6,1	-2,1
Eurozone	in Mrd. €	401	411	426	108	106	107	106	37,5	36,9	32,9	33,3	36,1	36,7
	gg. Vj. in %	0,0	2,3	3,8	4,2	5,8	4,2	1,0	2,7	5,7	4,3	2,6	3,8	-2,8
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	174	184	195	48	49	50	50	17,8	17,4	15,1	15,2	17,3	17,2
	gg. Vj. in %	2,3	6,0	6,1	6,1	7,9	6,2	4,8	4,9	8,3	5,2	4,2	11,1	-0,4
Drittländer	in Mrd. €	315	315	327	80	83	81	80	28,7	27,6	25,2	26,7	26,0	27,0
	gg. Vj. in %	-3,9	0,0	3,7	4,9	2,8	3,0	-3,2	3,0	4,1	1,7	-1,1	0,4	-8,3

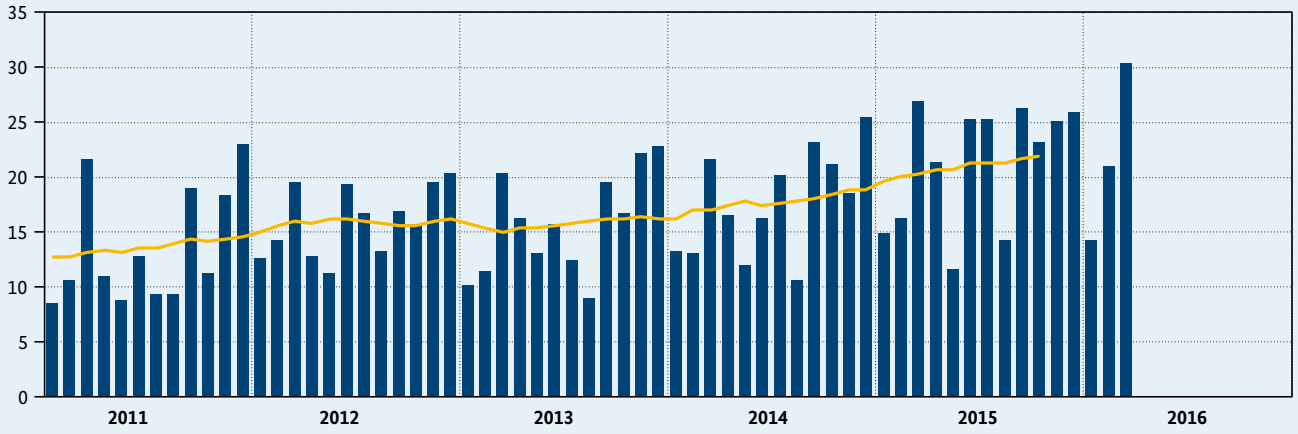
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

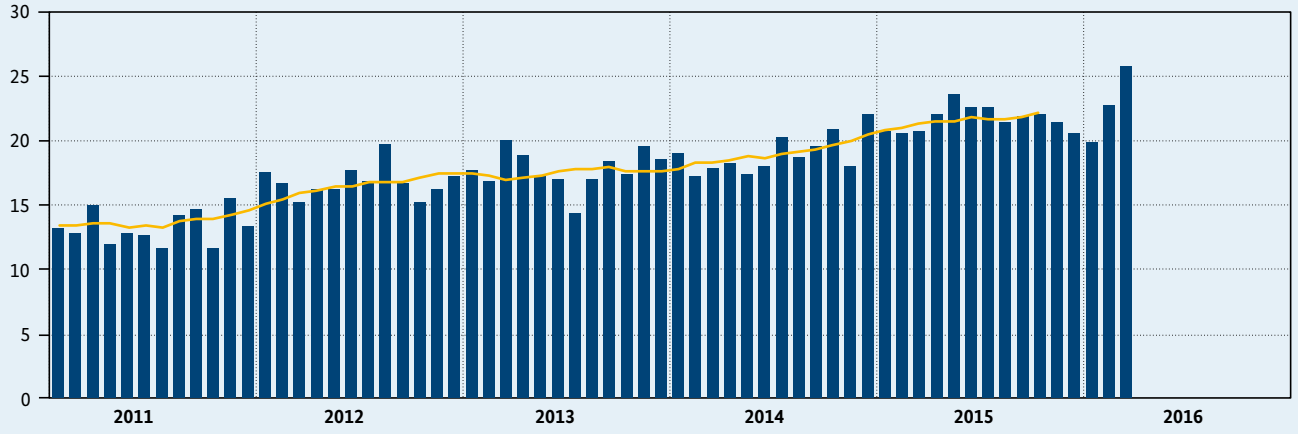
4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft

Saldo der Leistungsbilanz in Mrd. Euro[1]

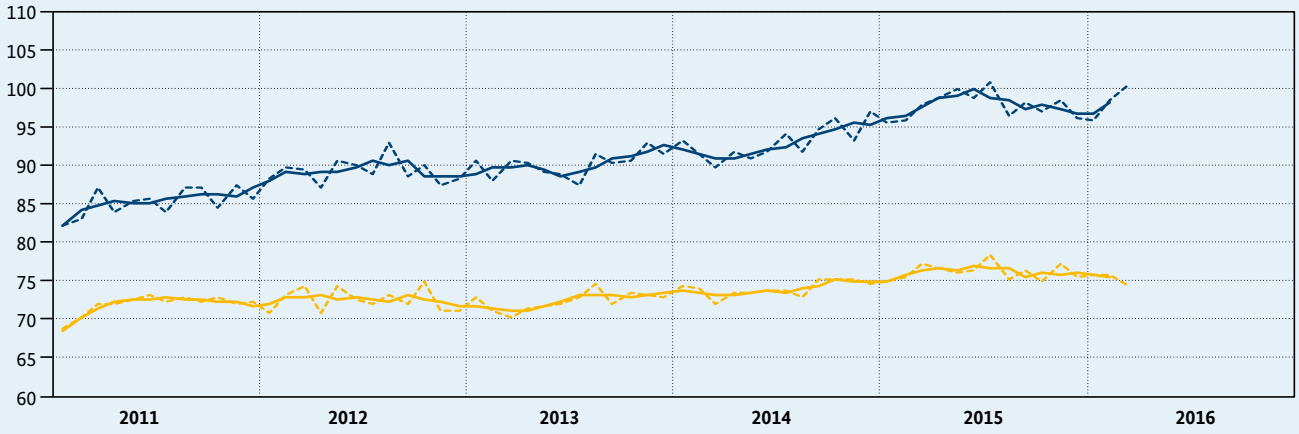


Monatssaldo — gleitender 12-Monatsdurchschnitt

Saldo des Warenhandels in Mrd. Euro



Ausfuhr/Einfuhr in Mrd. Euro



Einfuhr, gleitender 3-Monatsdurchschnitt — Einfuhr, Monatswerte
Ausfuhr, gleitender 3-Monatsdurchschnitt — Ausfuhr, Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.
1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

					2015			2016	2015		2016			
		2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige [1]	in Tsd.	42328	42703	43056	42987	43274	43440	43056	43505	43322	42991	43015	43162	-
	gg. Vj. in Tsd.	+268	+375	+353	+320	+371	+424	+533	+438	+460	+532	+540	+527	-
Sozialversicherungspflichtig	in Tsd.	29728	30218	30857	30712	31020	31314	-	31419	31160	30950	31038	-	-
Beschäftigte	gg. Vj. in Tsd.	+367	+490	+639	+592	+655	+745	-	+783	+762	+675	+697	-	-
Erwerbslose [2]	in Tsd.	2182	2090	1950	1953	1847	1898	1886	1939	1903	1821	1949	1888	-
	gg. Vj. in Tsd.	-43	-92	-140	-95	-187	-114	-215	-167	-10	-247	-260	-137	-
Erwerbslosenquote	in %	5,2	5,0	4,6	4,7	4,4	4,5	4,5	4,5	4,5	4,3	4,6	4,5	-
Arbeitslose insgesamt [3]	in Tsd.	2950	2898	2795	2772	2759	2655	2892	2633	2681	2920	2911	2845	2744
	gg. Vj. in Tsd.	+53	-52	-104	-114	-102	-83	-101	-84	-82	-111	-106	-87	-99
SGB II	in Tsd.	1981	1965	1936	1950	1932	1879	1960	1869	1883	1959	1964	1956	1927
	gg. Vj. in Tsd.	-14	-16	-29	-36	-19	-13	-23	-13	-14	-30	-19	-20	-48
SGB III	in Tsd.	970	933	859	822	827	775	932	764	798	961	947	888	817
	gg. Vj. in Tsd.	+67	-36	-75	-78	-83	-70	-78	-70	-68	-82	-87	-67	-51
Westdeutschland	in Tsd.	2080	2075	2021	2003	2013	1929	2095	1916	1943	2111	2107	2065	2004
	gg. Vj. in Tsd.	+80	-6	-54	-60	-59	-41	-42	-41	-37	-49	-46	-32	-40
Ostdeutschland	in Tsd.	870	824	774	769	746	725	797	717	739	809	804	780	740
	gg. Vj. in Tsd.	-27	-46	-50	-54	-42	-42	-59	-43	-45	-62	-60	-55	-59
Arbeitslosenquote	in %	6,9	6,7	6,4	6,3	6,3	6,0	6,6	6,0	6,1	6,7	6,6	6,5	6,3
Westdeutschland	in %	6,1	5,9	5,7	5,7	5,7	5,5	5,9	5,4	5,5	6,0	6,0	5,8	5,7
Ostdeutschland	in %	10,3	9,8	9,2	9,1	8,9	8,6	9,5	8,5	8,8	9,6	9,6	9,3	8,8
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	648	637	626	597	629	600	681	613	591	765	677	602	600
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	645	647	633	670	630	609	627	629	543	526	686	668	701
Kurzarbeit [4]	in Tsd.	77	49	44	47	33	46	-	52	39	51	52	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	+10	-27	-5	-9	-4	0	-	+0	+1	+2	-1	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3901	3803	3631	3630	3556	3485	3685	3476	3506	3680	3708	3666	3589
	gg. Vj. in Tsd.	-27	-99	-171	-177	-178	-163	-170	-161	-165	-184	-178	-146	-115
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	457	490	569	560	595	604	610	610	591	581	614	635	640
	gg. Vj. in Tsd.	-21	+33	+78	+73	+83	+95	+94	+96	+93	+96	+95	+92	+89
saisonbereinigte Angaben [5]														
Erwerbstätige [1]	gg. Vp. in Tsd.	+268	+375	+353	+127	+113	+116	+181	+61	+55	+79	+45	+44	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+366	+490	+638	+156	+170	+200	-	+99	+59	+20	+77	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-42	-82	-154	-38	-51	-43	-55	-14	-18	-19	-20	-18	-
Erwerbslosenquote	in %	5,2	5,0	4,6	4,7	4,6	4,4	4,3	4,4	4,4	4,3	4,3	4,2	-
Arbeitslose insgesamt [3]	gg. Vp. in Tsd.	+53	-53	-103	-25	-2	-24	-40	-14	-15	-18	-10	-3	-16
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-12	-16	-28	+2	+7	-9	-25	-7	-10	-15	0	-3	-15
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	+65	-37	-75	-27	-9	-16	-15	-6	-5	-4	-9	+1	-2
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	+80	-6	-54	-13	+0	-9	-16	-6	-6	-8	-4	+1	-8
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-27	-46	-49	-12	-2	-16	-23	-9	-8	-10	-6	-3	-9
Arbeitslosenquote	in %	6,9	6,7	6,4	6,4	6,4	6,3	6,2	6,3	6,3	6,2	6,2	6,2	6,2
Westdeutschland	in %	6,0	6,0	5,7	5,7	5,7	5,7	5,6	5,7	5,7	5,6	5,6	5,6	5,6
Ostdeutschland	in %	10,3	9,7	9,2	9,2	9,2	9,0	8,7	9,0	8,9	8,8	8,7	8,7	8,6
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-26	-99	-171	-54	-35	-31	-41	-12	-15	-23	-9	+6	+6
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	-21	+33	+78	+22	+24	+30	+20	+10	+9	+9	+2	+2	+2
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	106,1	106,8	108,4	108,0	108,1	109,8	108,3	109,9	110,5	109,7	107,9	107,4	108,1
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	101,6	102,7	103,0	102,7	103,3	103,5	102,9	103,4	103,8	103,3	103,0	102,5	102,4
BA-X Stellenindex	Index	159,1	168,9	192,5	188,3	195,0	204,3	209,3	205,0	206,0	210,0	209,0	209,0	210,0

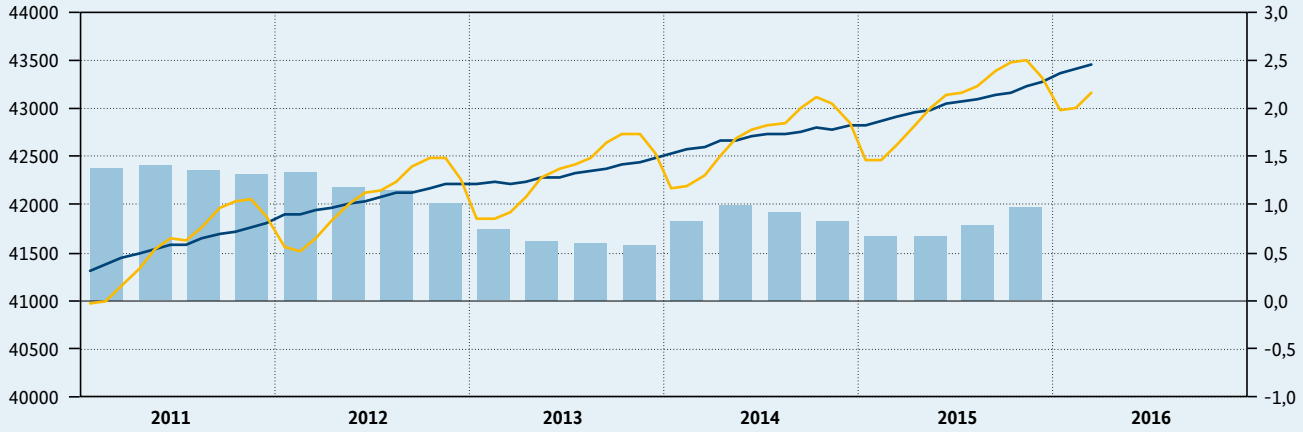
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

1 Inlandskonzept;
2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

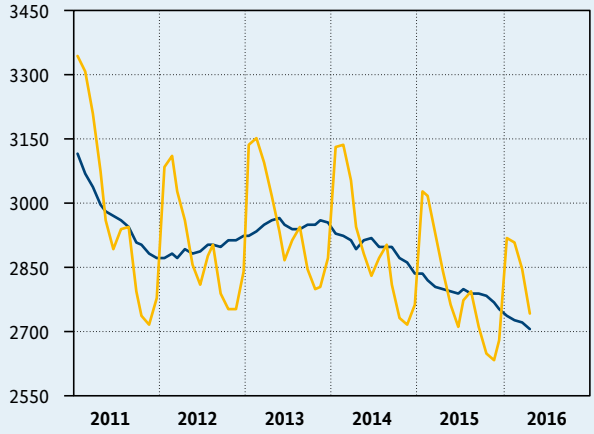
5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland

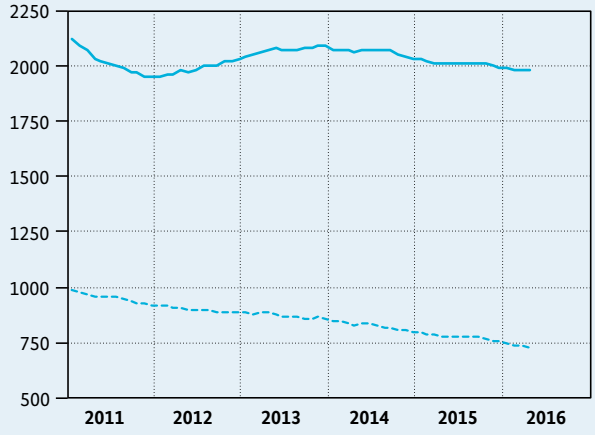
Erwerbstätige in 1.000[1]



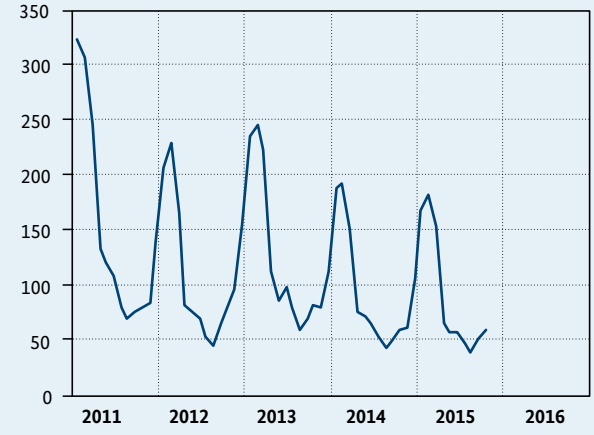
Arbeitslose in 1.000



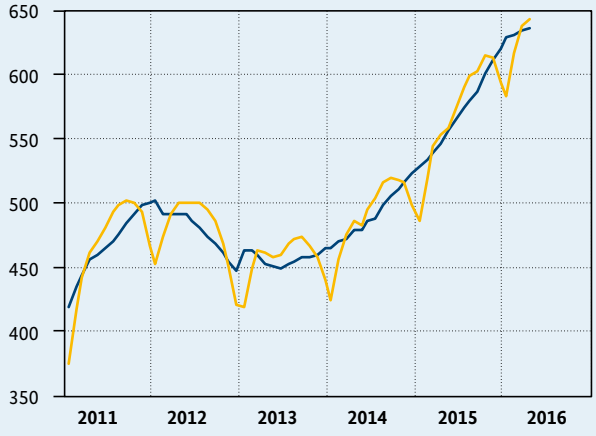
Arbeitslose West- und Ostdeutschland in 1.000[2]



Kurzarbeiter in 1.000



Gemeldete Arbeitsstellen in 1.000



Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala) | Ursprungswerte | saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
Arbeitslose Westdeutschland | Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

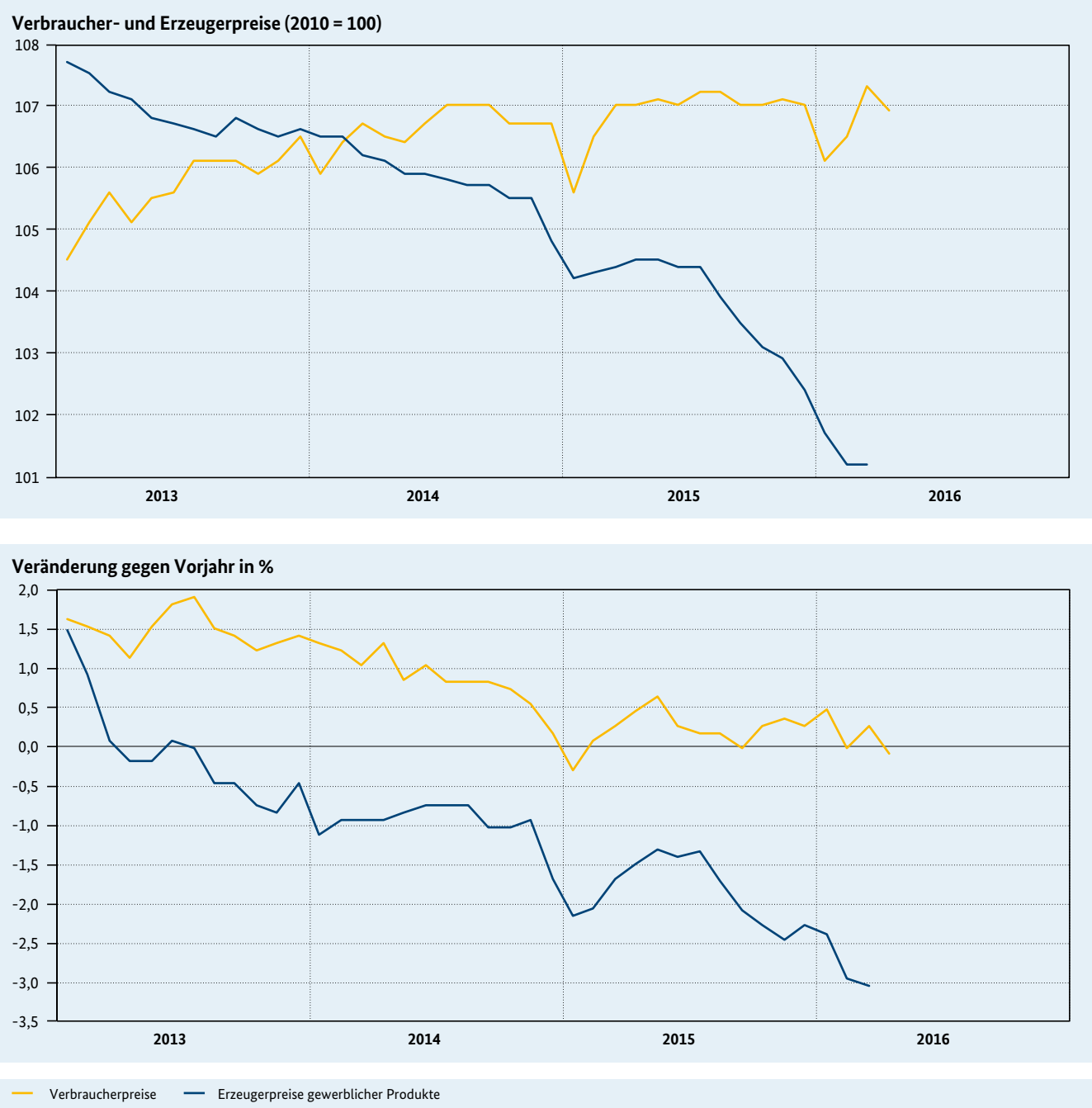
Bundesrepublik Deutschland

					2015			2016	2015		2016			
		2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Verbraucherpreise [1]														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	105,7	106,6	106,9	107,0	107,1	107,0	106,6	107,1	107,0	106,1	106,5	107,3	106,9
	gg. Vj. in %	+1,5	+0,9	+0,3	+0,5	+0,1	+0,3	+0,2	+0,4	+0,3	+0,5	0,0	+0,3	-0,1
Waren	Index	107,7	107,9	107,0	107,8	106,9	106,8	105,5	107,1	106,1	105,2	105,2	106,1	106,7
	gg. Vj. in %	+1,7	+0,2	-0,8	-0,4	-1,0	-0,7	-0,8	-0,6	-0,6	-0,3	-1,1	-1,2	-1,0
Verbrauchsgüter	Index	111,5	111,7	110,0	111,1	110,0	109,0	107,7	109,4	108,3	107,5	107,5	108,0	108,5
	gg. Vj. in %	+2,3	+0,2	-1,5	-0,9	-1,9	-1,6	-1,8	-1,5	-1,3	-1,1	-2,2	-2,2	-2,2
darunter:	Index	110,4	111,5	112,4	113,0	111,8	112,7	113,1	112,9	112,4	112,4	113,2	113,7	113,8
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+4,4	+1,0	+0,8	+1,2	+0,8	+1,8	+1,0	+2,3	+1,4	+0,9	+0,8	+1,3	+0,5
darunter:	Index	120,6	119,5	112,8	114,5	112,2	110,3	106,9	111,0	108,7	106,8	106,5	107,4	107,3
Haushaltsenergie [2]	gg. Vj. in %	+4,1	-0,9	-5,6	-4,7	-6,5	-6,2	-6,6	-6,3	-6,0	-5,7	-7,3	-6,5	-6,3
Gebrauchsgüter,	Index	104,1	104,8	105,5	105,8	104,8	107,1	104,8	107,4	105,8	103,6	103,9	106,8	108,0
mittlere Lebensdauer	gg. Vj. in %	+1,4	+0,7	+0,7	+0,5	+0,9	+0,9	+0,6	+0,9	+0,1	+1,0	+0,6	+0,2	+1,2
Gebrauchsgüter,	Index	97,4	96,9	97,3	97,2	97,3	97,8	98,2	97,8	97,9	98,0	98,2	98,3	98,4
langlebig	gg. Vj. in %	-0,6	-0,5	+0,4	+0,3	+0,4	+1,1	+1,4	+1,2	+1,1	+1,2	+1,6	+1,3	+1,2
Dienstleistungen	Index	103,8	105,5	106,8	106,3	107,3	107,3	107,6	107,1	107,9	107,0	107,6	108,3	107,0
	gg. Vj. in %	+1,4	+1,6	+1,2	+1,2	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	+1,2	+1,2	+0,9	+1,6	+0,8
darunter:	Index	103,8	105,4	106,7	106,5	106,8	107,1	107,4	107,1	107,1	107,3	107,4	107,5	107,6
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,3	+1,5	+1,2	+1,2	+1,2	+1,1	+1,1	+1,1	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	+1,0
Insgesamt ohne Energie	Index	104,2	105,6	106,8	106,6	107,0	107,4	107,5	107,3	107,6	106,9	107,4	108,2	107,6
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,3	+1,1	+1,2	+1,0	+1,3	+1,2	+1,3	+1,1	+1,2	+0,9	+1,4	+0,9
Energie	Index	118,0	115,5	107,4	110,4	107,7	104,0	99,2	105,0	102,0	99,5	98,6	99,6	100,5
	gg. Vj. in %	+1,4	-2,1	-7,0	-5,6	-7,6	-7,6	-7,8	-7,5	-6,5	-5,8	-8,5	-8,9	-8,5
Insgesamt (saisonbereinigt [3])	Index	105,7	106,6	106,9	107,1	107,0	106,9	106,6	107,1	106,7	106,6	106,5	106,8	107,1
	gg. Vj. in %	+1,5	+0,9	+0,3	+0,5	+0,1	+0,3	+0,2	+0,3	+0,4	+0,6	-0,1	+0,1	+0,1
HVPI [4]	Index	99,1	99,9	100,0	100,1	100,2	100,1	99,6	100,1	100,1	99,1	99,5	100,3	99,8
	gg. Vj. in %	+1,6	+0,8	+0,1	+0,3	0,0	+0,2	+0,1	+0,2	+0,2	+0,4	-0,2	+0,1	-0,3
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte [5]														
Insgesamt	Index	106,9	105,8	103,9	104,5	103,9	102,8	101,4	102,9	102,4	101,7	101,2	101,2	-
	gg. Vj. in %	-0,1	-1,0	-1,8	-1,4	-1,7	-2,4	-2,8	-2,5	-2,3	-2,4	-3,0	-3,1	-
Vorleistungsgüter	Index	104,6	103,5	102,3	102,9	102,6	101,2	100,2	101,1	100,8	100,4	100,1	100,1	-
	gg. Vj. in %	-1,1	-1,1	-1,2	-0,6	-1,0	-2,1	-2,2	-2,2	-2,2	-2,2	-2,2	-2,3	-
Investitionsgüter	Index	103,0	103,5	104,2	104,1	104,3	104,4	104,6	104,4	104,4	104,5	104,6	104,6	-
	gg. Vj. in %	+0,8	+0,5	+0,7	+0,7	+0,8	+0,7	+0,7	+0,7	+0,7	+0,6	+0,7	+0,6	-
Konsumgüter	Index	108,4	109,0	108,1	108,2	108,2	108,2	108,2	108,2	108,1	108,3	108,2	108,1	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+0,6	-0,8	-1,1	-1,0	+0,1	+0,3	+0,1	+0,3	+0,6	+0,3	-0,1	-
Gebrauchsgüter	Index	104,3	105,7	107,1	107,0	107,3	107,4	108,1	107,5	107,5	108,0	108,1	108,2	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+1,3	+1,3	+1,3	+1,4	+1,4	+1,4	+1,5	+1,5	+1,4	+1,4	+1,4	-
Verbrauchsgüter	Index	109,0	109,5	108,3	108,4	108,3	108,3	108,3	108,3	108,2	108,4	108,3	108,1	-
	gg. Vj. in %	+2,1	+0,5	-1,1	-1,4	-1,4	-0,1	+0,2	-0,1	+0,2	+0,6	+0,2	-0,3	-
Energie	Index	112,0	108,5	102,6	104,1	102,3	99,7	95,3	100,1	98,7	96,2	94,7	94,9	-
	gg. Vj. in %	-0,9	-3,1	-5,4	-4,3	-5,1	-6,8	-8,6	-7,1	-6,8	-7,3	-9,4	-9,2	-
Baupreise [6]														
Wohngebäude	Index	107,5	109,4	111,1	110,9	111,4	111,6	112,5	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,8	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	+1,7	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	108,9	110,3	111,4	111,3	111,4	111,6	111,7	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,4	+1,3	+1,0	+1,2	+0,5	+0,7	+0,5	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2015 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



Quelle: Statistisches Bundesamt.

6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2015			2016	2015		2016			
		2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Weltmarktpreise für Rohstoffe [1]														
Insgesamt	Index	122,5	113,8	66,8	76,7	64,4	56,9	47,9	57,8	51,1	44,7	46,1	52,9	56,4
	gg. Vj. in %	-2,0	-7,2	-41,3	-38,2	-45,1	-38,1	-30,7	-38,6	-35,2	-31,8	-36,3	-24,0	-24,0
Nahrungs- und Genussmittel	Index	109,1	105,9	87,8	87,6	87,1	84,4	81,5	83,9	83,5	80,9	80,3	83,2	86,2
	gg. Vj. in %	-10,9	-2,9	-17,1	-25,0	-13,3	-14,3	-11,6	-15,7	-15,1	-14,7	-13,4	-6,5	-1,8
Industrie-Rohstoffe	Index	93,6	89,0	70,0	74,2	67,5	62,2	62,2	61,2	60,3	59,8	62,1	64,8	66,8
	gg. Vj. in %	-2,7	-4,9	-21,3	-17,5	-25,5	-26,4	-18,3	-28,1	-26,7	-23,7	-18,4	-12,4	-9,2
Energie-Rohstoffe	Index	129,1	119,1	64,7	76,4	62,3	53,9	42,8	55,3	47,0	39,3	40,7	48,5	52,3
(Rohöl und Kohle)	gg. Vj. in %	-1,4	-7,7	-45,7	-41,8	-49,7	-42,0	-35,3	-42,1	-38,9	-35,5	-42,1	-27,9	-28,7
Außenhandelspreise [2]														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	105,9	103,6	100,9	102,9	100,6	98,8	96,2	99,1	97,9	96,4	95,8	96,5	-
	gg. Vj. in %	-2,6	-2,2	-2,6	-0,9	-3,0	-3,5	-5,2	-3,5	-3,1	-3,8	-5,7	-5,9	-
Güter der	Index	112,6	111,9	112,7	113,7	111,6	111,8	110,8	111,8	111,5	110,7	110,7	111,1	-
Ernährungswirtschaft	gg. Vj. in %	+0,9	-0,6	+0,7	+1,3	+0,5	+0,5	-2,4	+0,7	0,0	-1,9	-2,6	-2,9	-
Güter der gewerblichen	Index	105,3	102,8	99,7	101,8	99,4	97,4	94,8	97,8	96,5	95,0	94,3	95,1	-
Wirtschaft	gg. Vj. in %	-2,9	-2,4	-3,0	-1,2	-3,4	-4,0	-5,4	-4,0	-3,5	-3,9	-6,0	-6,2	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	118,1	109,0	88,3	95,8	86,4	79,7	70,4	80,6	75,9	70,2	68,6	72,4	-
	gg. Vj. in %	-6,9	-7,7	-19,0	-14,1	-20,8	-21,6	-23,0	-21,8	-20,0	-20,0	-25,8	-23,1	-
Fertigwaren	Index	101,3	100,9	103,3	103,7	103,5	102,9	102,3	103,2	102,9	102,7	102,2	102,1	-
	gg. Vj. in %	-1,4	-0,4	+2,4	+3,3	+2,5	+1,4	-0,6	+1,7	+1,4	+0,3	-0,6	-1,4	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,3	104,0	104,9	105,4	105,0	104,3	103,6	104,5	104,1	103,9	103,4	103,6	-
	gg. Vj. in %	-0,6	-0,3	+0,9	+1,4	+0,8	+0,2	-1,1	+0,3	+0,2	-0,5	-1,2	-1,6	-
Terms of Trade	Verhältnis	98,5	100,4	103,9	102,4	104,4	105,6	107,7	105,4	106,3	107,8	107,9	107,4	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,9	+3,5	+2,4	+3,8	+3,8	+4,3	+3,8	+3,3	+3,5	+4,7	+4,7	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,33	1,33	1,11	1,10	1,11	1,09	1,10	1,07	1,09	1,09	1,11	1,11	1,13
	gg. Vj. in %	+3,3	+0,1	-16,5	-19,4	-16,1	-12,3	-2,2	-13,9	-11,8	-6,5	-2,3	+2,4	+5,2
in Yen	Kurs	129,7	140,4	134,3	134,1	135,9	132,9	127,0	131,6	132,4	128,3	127,4	125,4	124,3
	gg. Vj. in %	+26,3	+8,3	-4,3	-4,2	-1,3	-7,0	-5,3	-9,3	-10,0	-6,7	-5,4	-3,8	-3,6
in Pfund-Sterling	Kurs	0,85	0,81	0,73	0,72	0,72	0,72	0,77	0,71	0,73	0,75	0,78	0,78	0,79
	gg. Vj. in %	+4,7	-5,0	-10,0	-11,5	-9,6	-8,5	+3,6	-10,6	-7,9	-1,6	+4,7	+7,8	+9,9
Effektive Wechselkurse des Euro [3]														
nominal	Index	101,2	101,8	92,3	91,2	92,7	92,4	94,1	91,1	92,5	93,6	94,7	94,1	94,8
	gg. Vj. in %	+3,6	+0,6	-9,3	-11,9	-8,4	-6,7	+1,2	-7,9	-6,6	-1,7	+1,5	+3,8	+5,7
real, auf Basis von	Index	98,2	97,9	88,4	87,5	88,7	88,3	89,6	87,1	88,3	89,1	90,1	89,6	90,2
Verbraucherpreisen	gg. Vj. in %	+3,3	-0,3	-9,7	-12,1	-8,7	-6,9	+0,5	-8,2	-6,9	-2,2	+0,7	+3,1	+4,7
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft [4]														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	98,3	98,5	94,7	94,5	94,8	94,5	94,8	94,1	94,3	94,5	94,9	95,0	95,3
	gg. Vj. in %	+2,5	+0,2	-3,9	-4,5	-3,6	-3,2	-0,2	-3,7	-3,4	-1,2	-0,3	+0,8	+1,4
56 Länder	Index	90,3	91,0	86,4	85,5	86,9	86,7	87,5	85,9	86,6	87,4	87,9	87,4	87,7
	gg. Vj. in %	+2,3	+0,8	-5,1	-6,8	-4,1	-3,3	+1,1	-4,0	-3,6	-0,3	+1,1	+2,5	+3,6

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010 = 100;

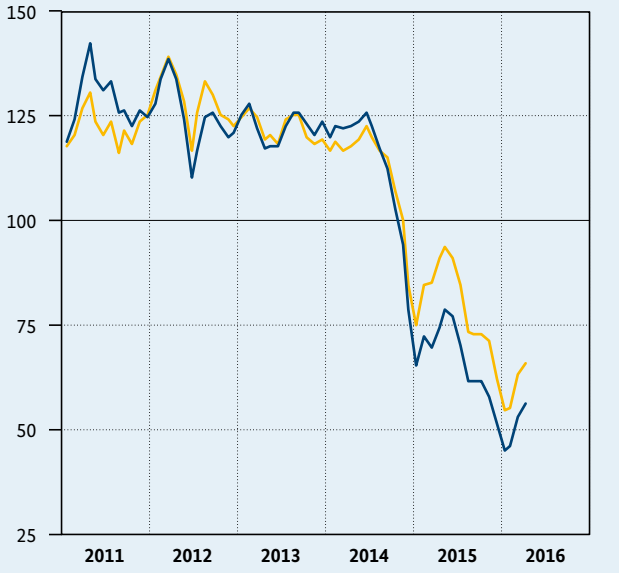
2 Index 2010 = 100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

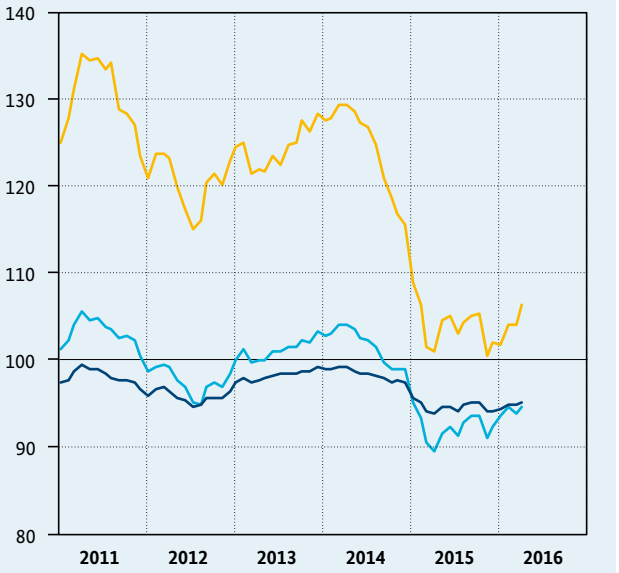
6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro

Index der Weltmarktrohstoffpreise (2010 = 100)



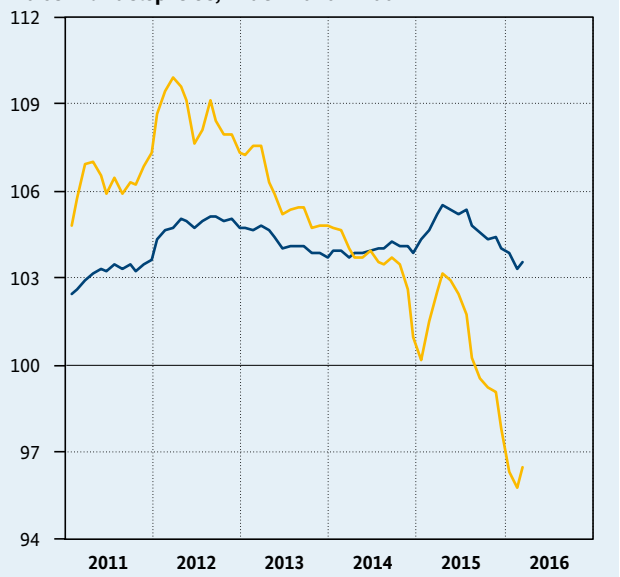
auf Euro-Basis
auf US-Dollar-Basis

Außenwert/Effektiver Wechselkurs des Euro



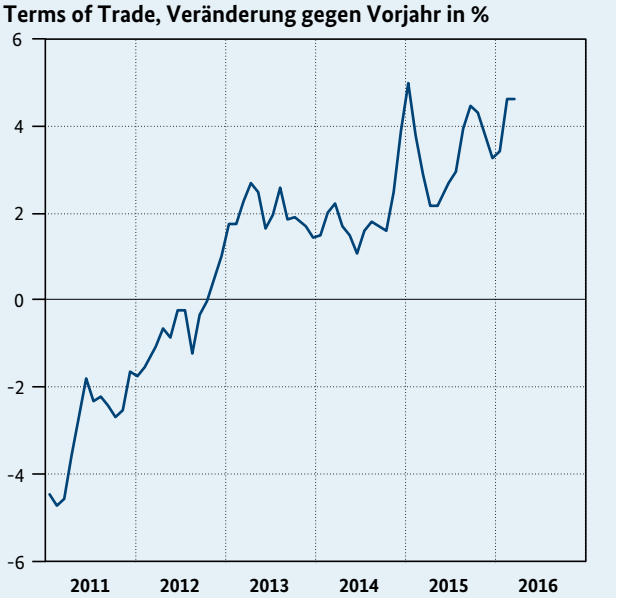
Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro [1];
1. Quartal 1999 = 100
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit [2]

Außenhandelspreise, Index 2010 = 100



Einfuhrpreise
Ausfuhrpreise

Terms of Trade, Veränderung gegen Vorjahr in %



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;

2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2015			2016	2015		2016			
		2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz[1]	Zinssatz	-	0,12	-0,13	-0,13	-0,15	-0,20	-0,31	-0,15	-0,18	-0,27	-0,27	-0,31	-0,36
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,22	0,21	-0,02	-0,01	-0,03	-0,09	-0,19	-0,09	-0,13	-0,15	-0,18	-0,23	-0,25
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,34	0,31	0,05	0,06	0,04	-0,01	-0,10	-0,02	-0,04	-0,06	-0,12	-0,13	-0,14
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,54	0,48	0,17	0,17	0,16	0,09	0,01	0,08	0,06	0,04	-0,01	-0,01	-0,01
Differenz 3M-EURIBOR ./. 3M-Repo-Satz[1]	Zinssatz	-	0,09	0,11	0,12	0,13	0,11	0,13	0,06	0,05	0,13	0,08	0,08	0,11
Umlaufsrendite 3–5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,41	0,22	-0,12	-0,08	-0,09	-0,19	-0,36	-0,22	-0,20	-0,25	-0,41	-0,43	-0,44
Umlaufsrendite 5–8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,94	0,64	0,13	0,17	0,23	0,08	-0,12	0,06	0,08	0,04	-0,18	-0,21	-0,24
Umlaufsrendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,57	1,16	0,50	0,49	0,66	0,53	0,26	0,52	0,55	0,43	0,17	0,17	0,13
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1[2]	gg. Vj. in %	7,0	6,0	10,9	11,3	11,8	11,2	10,3	11,1	10,8	10,5	10,2	10,1	-
Wachstum der Geldmenge M2[2]	gg. Vj. in %	4,0	2,6	5,0	5,1	5,2	5,3	5,4	5,2	5,3	5,5	5,4	5,4	-
Wachstum der Geldmenge M3[2]	gg. Vj. in %	2,3	1,9	4,8	5,1	5,0	5,0	5,0	5,0	4,7	5,0	4,9	5,0	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt[2]	gg. Vj. in %	2,3	1,9	4,8	5,1	5,0	5,0	-	5,0	4,9	4,9	5,0	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum[3]	gg. Vj. in %	-0,9	-2,0	+0,6	+0,5	+1,0	+1,0	+1,0	+1,2	+0,7	+1,0	+1,2	+1,0	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	-1,2	-1,6	+0,8	+0,8	+1,0	+1,0	+1,0	+1,3	+0,6	+0,9	+1,1	+1,0	-
an den privaten Sektor in Deutschland[2]	gg. Vj. in %	+0,6	+1,0	+2,5	+2,1	+2,8	+2,7	+2,4	+2,8	+2,5	+2,3	+2,4	+2,4	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+0,6	+0,8	+2,1	+1,9	+2,2	+2,5	+2,6	+2,5	+2,4	+2,4	+2,5	+2,8	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D.[3]	gg. Vj. in %	-0,7	-0,2	-0,6	-1,2	-0,9	+0,1	+1,6	-0,6	+1,5	+1,5	+1,6	+1,7	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-4,5	-2,9	-0,8	-1,4	-0,9	-1,6	+0,5	-2,3	-2,3	-0,5	-0,3	+2,2	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-1,2	+1,1	-1,5	-2,6	-3,0	-1,6	+0,4	-2,2	+0,5	+0,1	+0,8	+0,3	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+0,3	+0,3	-0,4	-0,9	-0,4	+0,8	+2,1	+0,2	+2,6	+2,3	+2,2	+1,9	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland[3]	gg. Vj. in %	+1,0	+1,2	+2,1	+1,9	+2,3	+2,6	+2,8	+2,6	+2,6	+2,7	+2,8	+2,8	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+2,3	+2,2	+3,4	+3,2	+3,6	+3,6	+3,5	+3,7	+3,5	+3,5	+3,5	+3,6	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30)[4]	Index	8307	9537	10969	11598	10686	10630	9674	10986	10681	9871	9291	9859	10023
	gg. Vp. in %	+21,1	+14,8	+15,0	+5,8	-7,9	-0,5	-9,0	+7,5	-2,8	-7,6	-5,9	+6,1	+1,7
Dow Jones Euro Stoxx (50)[5]	Index	2793	3145	3445	3624	3385	3335	2977	3440	3288	3042	2863	3028	3031
	gg. Vp. in %	+15,6	+12,6	+9,5	+5,4	-6,6	-1,5	-10,7	+5,0	-4,4	-7,5	-5,9	+5,8	+0,1
Standard & Poor's 500[5]	Index	1642	1931	2061	2102	2026	2053	1949	2081	2054	1923	1903	2023	2076
	gg. Vp. in %	+19,1	+17,6	+6,7	+1,8	-3,6	+1,4	-5,1	+2,8	-1,3	-6,4	-1,1	+6,3	+2,6
Nikkei 225[5]	Index	13540	15475	19166	20032	19422	19037	16870	19553	19182	17404	16317	16890	16549
	gg. Vp. in %	+48,6	+14,3	+23,8	+10,2	-3,0	-2,0	-11,4	+6,4	-1,9	-9,3	-6,2	+3,5	-2,0

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

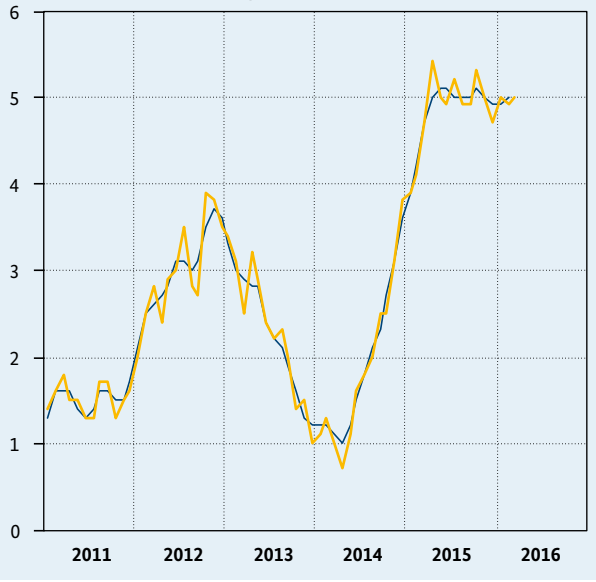
3 Ursprungszahlen;

4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

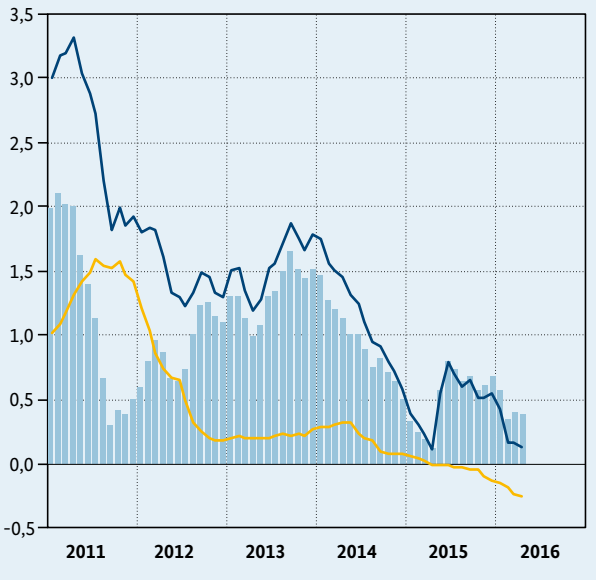
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur

Wachstum der Geldmenge M3 in der EWU



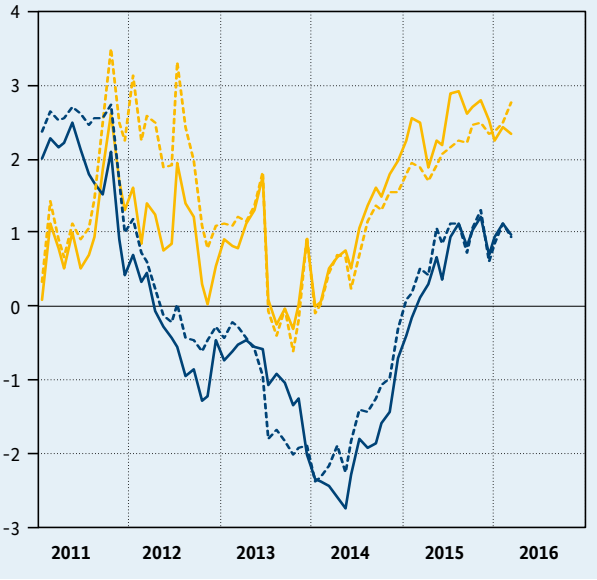
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %[1]
- monatlich
- gleitender 3-Monatsdurchschnitt

Umlaufsrendite, EURIBOR, in % p.a.



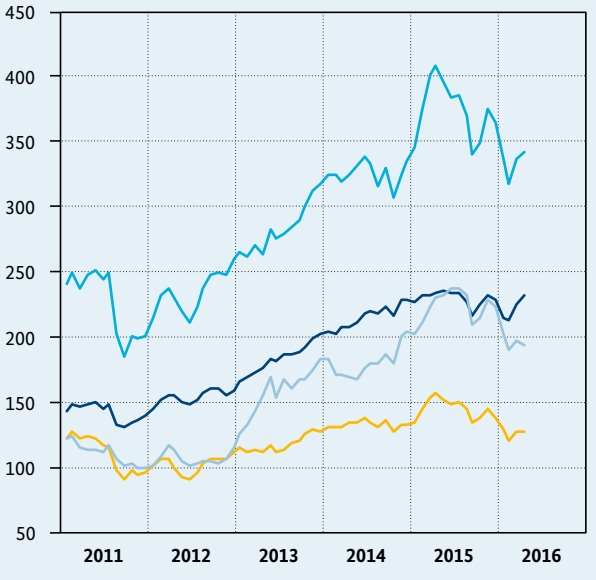
- EURIBOR 3-Monatsgeld[2]
- Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit[2]
- Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR

Kredite an Nichtbanken



Veränderung gegen Vorjahr in %
- Deutschland
- EWU
- Buchkredite Deutschland
- Buchkredite EWU

Aktienindizes



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
- DAX 30[3]
- Dow Jones Euro Stoxx (50)[4]
- Standard & Poor's 500[4]
- Nikkei 225[4]

Quelle: Deutsche Bundesbank.
1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
2 Monatsdurchschnitte;
3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzeltatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge usw.)
- Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen usw.)
- Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima usw.)

Obgleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Andreas Rüger, Dr. Daniela Hein-Dittrich,
Dr. Sandra Voos, Dr. Daniel Fülling, Hans-Peter Müller
und Dr. Ute von Oertzen Becker
(Die Reform des Vergaberechts 2016)

Dr. Toni Glaser
(Gesundheitswirtschaft: Gesamtdeutscher Wachstumsmotor)

Mascha Möbius
(Bleiben oder Nicht-Bleiben – das ist hier die Frage: Das EU-Referendum im Vereinigten Königreich)

Dr. Christiane Koziolek und Dr. Kathrin Müller
(Wettbewerbliche Ausschreibungen für Stromeffizienz am Start)

Nils Börnsen und Uta Böhner
(Potenziale für die Wirtschaft: Über den Nutzen von offenen (Geo-)Daten)

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
Juni 2015	ZIM – optimiert: Neue Richtlinie für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand Reformierte EU-Kohäsionspolitik 2014 – 2020 Intelligent vernetzt
Juli 2015	Auswirkungen höherer öffentlicher Investitionen in Deutschland auf die Wirtschaft des Euroraums Durch Vernetzung Energiezukunft gestalten Erneuerbare Energien und Energieeffizienz: Exportschlager „made in Germany“ Elektromobilität mit System G7-Energieminister beschließen „Hamburg Initiative“ für nachhaltige Energiesicherheit
August 2015	Unter Strom: Die Elektroindustrie leistet einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands Mit Mittelstand 4.0 in die digitale Zukunft gehen „Klein, aber fein“ – Neuauflage des Mikrokreditfonds schließt Marktlücke in der Kreditfinanzierung von Kleinstunternehmen
September 2015	Neue Erkenntnisse zu den volkswirtschaftlichen Effekten der Gesundheitswirtschaft Gesundheit – made in Germany Neuer Schwung für eine bessere Rechtsetzung in der Europäischen Union „Versprochen – gehalten“ – Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung in Deutschland Die Stromversorgung bleibt sicher und kostengünstig
Oktober 2015	Wachstumsdynamik und „Kleinteiligkeit“ der ostdeutschen Wirtschaft Stärkung der Berufsaufsicht über die Wirtschaftsprüfer Ein Jahr Digitale Agenda 2014 – 2017
November 2015	Herbstprojektion der Bundesregierung vom 14. Oktober 2015 Gemeinsam die Industrie stärken Die Bundesregierung zieht Bilanz: 25 Jahre Deutsche Einheit Kernenergie-Rückstellungen: Unternehmen sind in der Lage, die Verpflichtungen des Kernenergieausstiegs zu tragen Die Zukunft des Mittelstands ist digital: „Mittelstand-Digital“ unterstützt Unternehmen Genossenschaften – modern und zeitgemäß?!
Dezember 2015	Mindestlohn: Bisher keine Nebenwirkungen! Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz Die Europäische Investitionsinitiative – eine Chance auch für kleine und mittlere Unternehmen Netze neu nutzen – Strategie und Initiative Intelligente Vernetzung Technologiespezifische versus technologieoffene Forschungsförderung: Warum beides wichtig ist
Januar 2016	Energieeffizienzstrategie Gebäude Fünf Schaufenster für die intelligente Energieversorgung der Zukunft Modelle für das Energiesystem der Zukunft 9. Nationaler IT-Gipfel 2015 in Berlin: Digitalisierung und Vernetzung weiter ausbauen Keine Beschäftigungsverluste durch Digitalisierung

Ausgabe	Fachartikel
Februar 2016	Der Jahreswirtschaftsbericht 2016: Zukunftsfähigkeit sichern – Die Chancen des digitalen Wandels nutzen Das Klimaschutzabkommen von Paris Ladestationen für Elektroautos – einfach, sicher, bedarfsgerecht Einigung auf der 10. WTO-Ministerkonferenz
März 2016	Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss in der Kritik Startschuss für eine Modernisierungsoffensive im Gebäudebereich: das neue Anreizprogramm Energieeffizienz Forschungsprojekt PEGASUS
April 2016	Das Urheberrecht in der digitalisierten Welt Neuer Rechtsrahmen für die Digitalisierung der Energiewende auf dem Weg eBusiness-Standards – Schlüssel zur Digitalisierung Digitalisierung als Chance begreifen
Mai 2016	Frühjahrsprojektion der Bundesregierung – Stetiges Wachstum dank solider binnenwirtschaftlicher Auftriebskräfte Das Nationale Reformprogramm 2016 Soziales Unternehmertum heute – Unternehmerische Tätigkeit und soziales Engagement verbinden Smarte Netze ermöglichen effizienteren und umweltfreundlicheren Transport Forschungsinitiative UR:BAN – Innovative Fahrerassistenz- und Informationssysteme für die Stadt

Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik finden Sie im Internet unter
http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht

www.bmwi.de